

2017

SCHULDENREPORT

ENTWICKLUNG

BRAUCHT ENTSCULDUNG – JETZT!



MISEREOR
● IHR HILFSWERK

erlassjahr.de
Entwicklung braucht Entschuldung

IMPRESSUM

Schuldenreport 2017

Eine gemeinsame Publikation von
erlassjahr.de - Entwicklung braucht Entschuldung e.V.
und Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V.

erschienen am 17. März 2017

Redaktion:

Jürgen Kaiser
Mona Lach
Mara Liebal, V. i. S. d. P.
Naomi Ntoni
Kristina Rehbein
Klaus Schilder

Layout und Satz:

Mara Liebal

Bestellung und Information:

erlassjahr.de - Entwicklung braucht Entschuldung e. V.
Carl-Mosterts-Platz 1
40477 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 4693-196
Fax.: 0211 / 4693-197
E-Mail: buero@erlassjahr.de
www.erlassjahr.de

Links:

Alle verwendeten Hyperlinks wurden nach bestem Wissen und Gewissen geprüft. Abrufdatum war der 31. Januar 2017. Trotz sorgfältiger Prüfung können wir keine Verantwortung für externe Verweise übernehmen.

Druck:

Onlineprinters GmbH

AUTOREN & AUTORINNEN

Roman Herre arbeitet bei FIAN Deutschland e.V. zu den Themen Landwirtschaft, Landkonflikte und Agrarhandel.

Patrick Jedamzik ist Bezirksvertreter von Bündnis 90/Die Grünen im Stadtbezirk Mitte in Gelsenkirchen. Daneben ist er auch im Vorstand von erlassjahr.de tätig.

Jürgen Kaiser ist Politischer Koordinator von erlassjahr.de und von Anfang an Teil der Entschuldungsbewegung. Bei erlassjahr.de verantwortet er die Advocacy-Arbeit und die inhaltliche Ausrichtung des Bündnisses.

Peter Lanzet arbeitete viele Jahre als Referent für Entwicklungsfiananzierung beim Evangelischen Entwicklungsdienst (heute Brot für die Welt). In dieser Eigenschaft war er auch im Bündnisrat und Vorstand von erlassjahr.de aktiv.

Patricia Miranda arbeitet bei der bolivianischen *Fundación Jubileo* und ist Schuldenexpertin beim kontinentalen Netzwerk LATINDADD.

Dr. Klaus Schilder ist Finanzexperte beim Werk für Entwicklungszusammenarbeit MISEREOR und leitet die Arbeitsgruppe „Globale Strukturpolitik“ des Dachverbands der entwicklungspolitischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen VENRO.

Walter Ulbrich engagiert sich bei Campo Limpo e. V. und im Oikocredit Förderkreis Bayern. Als langjähriger Bündnisrat bei erlassjahr.de hat er die AG Verantwortliche Kreditvergabe geleitet.

INHALT

Die Rückkehr der Schuldenkrise zum Geleit - von Alberto Acosta	4
Verschuldete Staaten weltweit von Jürgen Kaiser	6
Deutschland als Schuldner und Gläubiger von Patrick Jedamzik und Jürgen Kaiser	18
Warten auf Godot? Die G20 und das Thema Staatsverschuldung von Dr. Klaus Schilder	26
Mosambik: Ein Land unter dem Ressourcenfluch von Jürgen Kaiser	31
Venezuela: Ölstaat in der Schuldenkrise von Patricia Miranda	36
Investmentfonds übernehmen Entwicklungspolitik – Der AATIF-Fonds als Entwicklungsfinanzierung für die Agrarindustrie von Roman Herre und Dr. Walter Ulbrich	40
Indiens Entwicklungszusammenarbeit zwischen postkolonialer Solidarität und geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen von Peter Lanzet	45
Glossar	52
Literaturhinweise	54



ZUM GELEIT

Die Rückkehr der Schuldenkrise

von Alberto Acosta

Alberto Acosta ist Wirtschaftswissenschaftler. Als Präsident der verfassungsgebenden Versammlung war er maßgeblich daran beteiligt, dass die Grundsätze des „Buen Vivir“, ein Konzept für ein gutes Leben, als Staatsziel in die Verfassung Ecuadors aufgenommen wurden. Er arbeitet schon lange mit der weltweiten Entschuldungsbewegung zusammen und ist daher eine der Stimmen der Kampagne „Debt20: Entwicklung braucht Entschuldung – jetzt!“ von erlassjahr.de.

Alle Signale deuten darauf hin, dass die Verschuldung von Staaten im Ausland wieder zu einem Problem des kapitalistischen Weltsystems wird. Wenn wir einen Blick in die Vergangenheit werfen, sollte uns das nicht überraschen. Nicht nur in den kapitalistisch unterentwickelten Ländern, auch in den „entwickelten“ Ländern hat die Überschuldung die betroffenen Staaten in Schwierigkeiten gebracht.

Im Laufe der internationalen Finanzgeschichte ist zu beobachten, dass Länder wiederholt Kredite aufnehmen, dadurch einen Aufschwung erleben, dann in einen Abschwung geraten, ihre Zahlungen einstellen und nach einiger Zeit wieder Kredite aufnehmen – ein fortwährender Kreislauf. Während dieses Kreislaufs werden praktisch alle Länder Schuldner von Gläubigern wie der Weltbank, multilateralen Institutionen oder großen Finanzspekulant und natürlich den Regierungen der reichsten Länder. Man kann von einer „verschuldeten Welt“ sprechen – aber verschuldet bei wem?

Heute sehen wir eine nächste große Schuldenkrise in kapitalistisch unterentwickelten Gesellschaften, angetrieben durch die gleichen Veränderungen, die man auch in den 70er und 80er Jahren beobachten konnte, als viele Länder im Globalen Süden in Schuldenkrisen gerieten. Damals gab es einen Preiseinbruch für Rohstoffe gefolgt von einem plötzlichen Anstieg der Zinsen. Wir erinnern uns, dass die USA sich 1971 entschieden, den Goldstandard abzuschaffen, um der komplizierten Kombination aus wirt-

schaftlicher Stagnation und Inflation entgegenzutreten. Als eine andere Form der Reaktion auf die Stagnation der 70er Jahre, nutzte der entwickelte Kapitalismus einen „neuen“ Mechanismus zur Gewinnerzielung: Er „recycelte“ die Petrodollar, die die Ölexporteure bei internationalen Banken anlegten, indem er massiv Kredite an die Länder des unterentwickelten Kapitalismus vergab. Diese erhebliche Ausweitung der Kreditvergabe – als Instrument zur Erhaltung der „Profirate“ des globalen Kapitalismus – in Kombination mit der Erhöhung der internationalen Zinssätze führte dazu, dass vor allem die lateinamerikanischen Länder (allen voran Mexiko 1982) ihre Zahlungsunfähigkeit erklären mussten.

Dieser Schuldenreport zeigt ab Seite 6, dass sich heute immer mehr Länder des unterentwickelten Kapitalismus in einer ökonomischen Abwärtsspirale befinden, die sie in eine neue Schuldenkrise führt. Sie sind gezwungen, sich an den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank zu wenden und/oder Kredite am internationalen Kapitalmarkt aufzunehmen. Doch das sind keine Einzelfälle, sondern, wie uns seinerzeit bereits Raúl Prébisch sagte, viele Probleme kapitalistisch unterentwickelter Gesellschaften (die Verschuldung eingeschlossen) sind eng verknüpft mit der Dynamik – und insbesondere der Krise – der entwickelten kapitalistischen Länder.

Diese den armen hoch verschuldeten Ländern nur allzu bekannte Realität klopft neuerdings auch an die Türen Europas. Griechenland

hat seine immense Schuldenkrise nicht überwunden. Andere europäische Länder wie Spanien oder Italien leiden unter ähnlichen finanziellen Schwierigkeiten. All das sind Folgen der Krise von 2008-2009, die durch die Verflechtungen und die Globalisierung des gegenwärtigen kapitalistischen Systems wahrscheinlich zur zweiten großen Krise des Systems seit den 1930er Jahren wird.

Die Auslandsverschuldung der unterentwickelten Länder stieg von 2,1 Billionen US-Dollar im Jahr 2000 auf 6,8 Billionen in 2015. Die Gesamtverschuldung im In- und Ausland erreichte über 31 Billionen US-Dollar und der Anteil der Schulden am Bruttoinlandsprodukt erreichte in einigen Ländern über 120 Prozent und in manchen sogar über 200 Prozent. Auf der anderen Seite verlassen enorme Summen diese Länder: 2015 wurde ein Nettoabfluss von 656 Milliarden US-Dollar registriert, was laut UNCTAD 2,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Herkunftsländer entspricht. Martin Kohr, Direktor des *South Centers*, merkt treffend an: „Schon jetzt lässt sich ein Albtraum-Szenario erahnen.“

Die nahezu unvermeidliche Ansteckung der ärmeren Länder an den Krisen der reichen deutet auf ein schwerwiegendes strukturelles Problem des internationalen Finanzsystems hin: das Fehlen eines geordneten, fairen und demokratischen Umschuldungsmechanismus, den in eine Schuldenkrise geratene Staaten in Anspruch nehmen können.

Die Geschichte zeigt uns, dass das Fehlen eines solchen Mechanismus die verschuldeten Länder viele Jahre in die Austerität zwingt. Sie wird ihnen von den Gläubigern und den Rettungsinstitutionen aufgezwungen. Dabei haben sie keinerlei Garantie, dass das Überschuldungspro-

blem wenigstens gelöst wird. Davor sind im Übrigen auch die Gläubiger nicht geschützt.

Leider ist das Gedächtnis von Banker/innen und Regierenden im Hinblick auf die Krisen der Vergangenheit sehr kurz. Jedenfalls schützt es sie nicht vor der Versuchung einfacher Gewinne durch Kreditvergabe, die oft mit Spekulation, Korruption und unsinnigen Großprojekten einhergeht. Genau so sieht die Geschichte unserer lateinamerikanischen Nationen von 1825 bis heute aus.

Es ist daher wichtig, den globalen Charakter des Schuldenproblems wahrzunehmen und eine umfassende Diskussion über Alternativen zuzulassen. Solche Alternativen dürfen nicht im akademischen Diskurs stecken bleiben und noch weniger in Einzellösungen oder sogar der Komplizenschaft mit dem transnationalen Finanzkapital.

Die Herausforderung der unbezahlbaren Auslandsverschuldung verlangt nach einer verstärkten politischen Anstrengung auf globaler Ebene. Die Kampagne „Debt20: Entwicklung braucht Entschuldung – jetzt!“, welche darauf abzielt, die Stimmen der von Überschuldung Betroffenen im Jahr der deutschen G20-Präsidentschaft zu Wort kommen zu lassen, ist genau eine solche Anstrengung: fokussiert auf das zentrale Problem der Überschuldung von Staaten, aber immer mit der systemischen Dimension im Blick. Schließlich ist die Überwindung der kapitalistischen Unterentwicklung – und selbst die weltweite Überwindung des Kapitalismus – ohne eine Lösung des Überschuldungsproblems gar nicht möglich.

Wir dürfen nicht schon wieder die Chance zu einer Befreiung verpassen, die der sich abzeichnenden umfassenden Schuldenkrise auch innewohnt.



wawritto / Shutterstock.com

Verschuldete Staaten weltweit

von Jürgen Kaiser

Im Schuldenreport 2016 haben wir zum ersten Mal eine Analyse der aktuellen Schuldenstände von Staaten im Globalen Süden mit einer Analyse der Trends der letzten vier Jahre kombiniert und daraus Einschätzungen bezüglich der auf uns zukommenden Schuldenkrisen hergeleitet. Auf der Basis der damals zur Verfügung stehenden Indikatoren zum Stichtag 31.12.2014 konnten wir erkennen, dass zwei Drittel aller betrachteten Indikatoren sich verschlechtert und nur eine Drittel sich verbessert hatte.

Ansteigende Schuldenstände und Schuldendienstzahlungen waren, wie schon vor einem Jahr erkennbar war¹, vor allem das Ergebnis zunehmender Kreditaufnahmen von Staaten im Globalen Süden. Diese wiederum verdanken sich den relativ hohen Erträgen, die Kapital im Vergleich mit den Niedrigzinsen, die in Europa und den USA zu bekommen waren, im Globalen Süden erzielen konnte. Wir haben auf der Grundlage der gleichen Datenquellen wie vor einem Jahr – Weltbank, Internationaler Währungsfonds (IWF) und in wenigen Ausnahmefällen auch eigene Berechnungen – nun überprüft,

ob die starke Tendenz zu erhöhten Verschuldungsindikatoren in diesem Jahr wie zu erwarten zu erhöhten Schuldenständen geführt hat.

Nach einer kurzen technischen Einführung listet der Text die Schuldenindikatoren für alle diejenigen Länder auf, in denen erlassjahr.de zum nunmehr aktuellen Stichtag 31.12.2015 Krisenanzeichen ausgemacht hat. Die Darstellung folgt dem auch im letzten Schuldenreport verwandten tabellarischen Aufbau, damit Leser/innen, die an einzelnen Ländern interessiert sind, deren wichtigste Schuldenindikatoren schnell finden und interpretieren können. Die farbliche Hervorhebung der verschiedenen problematischen Größenordnungen soll Probleme rasch erkennbar machen. Die tabellarische Darstellung wird dann wiederum durch eine Matrix ergänzt, die die Anzahl und Intensität von problematischen Indikatoren auf der y-Achse und den Trend der Veränderung von 2011 bis 2015 auf der x-Achse darstellt. Die Matrix-Darstellung soll schnell erkennen lassen, wie groß die Gefahr einer neuen Schuldenkrise in dem betreffenden Land ist.

¹ Rehbein, K. und J. Kaiser: „Zurück in die achtziger Jahre: die nächste Schuldenkrise der Entwicklungs- und Schwellenländer“, in: erlassjahr.de: Schuldenreport 2016, S. 20-26.

In einem kommentierenden Teil werden abschließend wichtige aktuelle Trends der öffentlichen beziehungsweise der Auslandsverschuldung dargestellt.

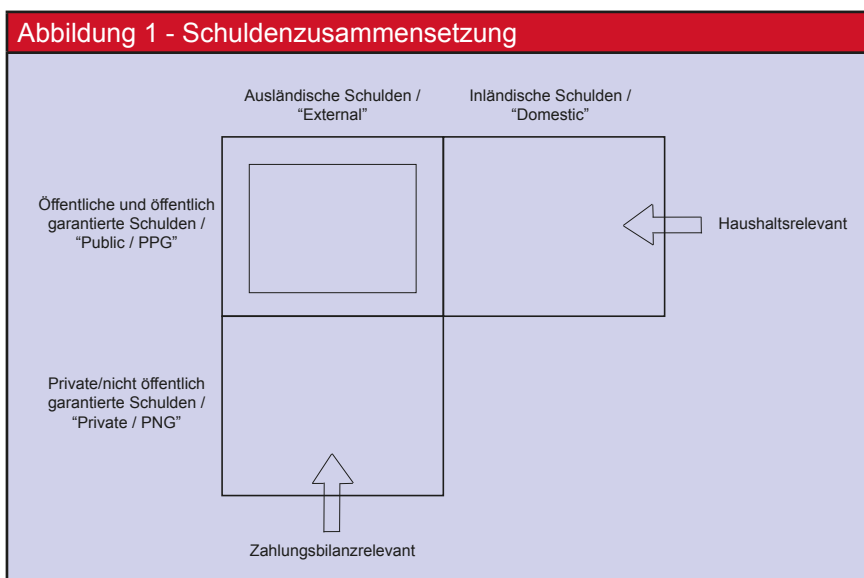
Wie identifiziert man Überschuldung?

Schulden – selbst hohe Schulden – sind nicht automatisch ein Problem für den Schuldner. Im Gegenteil: Eine kluge Kreditaufnahme kann Investitionen in die Zukunft einer Volkswirtschaft ermöglichen, die andernfalls hätten unterbleiben müssen. Bei einem verantwortungsvollen Umgang mit den aufgenommenen Mitteln ermöglichen die Erträge der damit finanzierten Vorhaben die Rückzahlung.

Problematisch wird es, wenn die gesamten Schulden eines Staates oder einer ganzen Volkswirtschaft in keinem vernünftigen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Schuldners mehr stehen. Oder aber, wenn die aufgenommenen Kredite verkonsumiert statt investiert oder gar von unverantwortlichen Regierungen oder Unternehmensverantwortlichen gestohlen werden. Dann entsteht leicht eine Situation, die man als Überschuldung bezeichnet, und aus der es häufig ohne die Streichung eines Teils der Schulden keinen Ausweg mehr gibt.

Wo genau aber die Grenze zwischen Tragbarkeit und Untragbarkeit liegt, ist zwischen den betroffenen Schuldnern und Gläubigern ebenso wie unter Expert/innen umstritten. Von daher gibt es keine einfache und mechanisch anwendbare Grenze zwischen tragbarer und untragbarer Schuld. Allerdings haben sich in den letzten Jahren unter (nahezu) allen an dieser Diskussion Beteiligten einige Übereinstimmungen herausgebildet, denen auch unsere Analyse folgt:

- Eine bestimmte Verschuldung kann unter einigen Aspekten harmlos und tragbar aussehen, unter anderen aber nicht; deswegen muss eine Tragfähigkeitsanalyse stets mehrere Dimensionen, insbesondere den Schuldenstand und die Belastung durch den laufenden Schuldendienst aus Tilgungen und Zinsen in den Blick nehmen.
- Schuldenprobleme können sich auf die öffentlichen Schulden bei inländischen wie auch bei ausländischen Gläubigern beziehen oder aber auf die gesamten Auslandsschulden eines Staates und der privaten Schuldner (siehe Abbildung 1).
- Es macht einen Unterschied, ob Schulden im Inland und in



heimischer oder gegenüber dem Ausland und in ausländischer Währung bestehen, das heißt, ob ein Währungsrisiko besteht oder nicht.

- Eine statische Betrachtung von Indikatoren zu einem gegebenen Zeitpunkt kann bedenkliche Trends verbergen, denen im Interesse einer zeitigen und dann stets kostengünstigeren Krisenlösung auch vor Ausbruch

von Zahlungsunfähigkeit begegnet werden sollte und nicht erst, wenn Staaten aufhören (müssen) ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Deswegen ist neben der aktuellen Schuldenhöhe stets auch die Entwicklung der Schulden in der jüngeren Vergangenheit ein wichtiger Aspekt von Schuldentragfähigkeit.

In der Vergangenheit sind Schuldenerlassprogramme wie etwa die Initiative für hoch verschuldete arme Länder (engl. *Heavily Indebted Poor Countries*, HIPC) oder auch die verschiedenen *Terms* des Pariser Clubs auf der Basis eines einzigen Indikators gestaltet worden, in der Regel dem Schuldenstand oder Schuldendienst im Verhältnis zu den jährlichen Exporteinnahmen. Inzwischen ist weitgehend unstrittig, dass Verschuldung ein mehrdimensionales Problem ist und bei der Definition von Tragfähigkeit verschiedene Indikatoren für das Verhältnis von Schuldenbelastung und Leistungsfähigkeit des Schuldners herangezogen werden müssen. Deshalb stützt sich die folgende Länderanalyse auf fünf Indikatoren, die jeweils einen Aspekt der öffentlichen oder externen Verschuldung ins Verhältnis zu einem Aspekt der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Staates beziehungsweise der gesamten Volkswirtschaft setzen. Außerdem werden diese nicht nur statisch betrachtet, sondern in ihrer Dynamik seit 2011.

Die Schuldenindikatoren sind:

- Öffentliche Schulden zum Bruttoinlandsprodukt
- Öffentliche Schulden zu den Staatseinnahmen
- Auslandsschulden zum Bruttoinlandsprodukt
- Auslandsschulden zu den Exporteinnahmen
- Auslandsschuldendienst (Zinsen und Tilgungen) zu den Exporteinnahmen.

Sie beziehen sich – sofern nicht ausdrücklich anders angegeben – auf den Stichtag 31.12.2015. Das ist das letzte Datum, zu dem kohä-

Box 1 - Messziffern der Verschuldung

Bei der „Messung“, wie kritisch die Verschuldungssituation eines Landes ist, wird sich auf folgende Verschuldungsindikatoren bezogen:

Hat die ganze Volkswirtschaft gegenüber dem Ausland mehr Zahlungsverpflichtungen als ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entspricht?

Auslandsschuldenstand
Bruttoinlandsprodukt

Der Auslandsschuldenstand wird ins Verhältnis zur gesamten Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft gesetzt. Zu den Auslandsschulden gehören die Verbindlichkeiten sowohl des öffentlichen Sektors als auch des Privatsektors eines Landes gegenüber ausländischen Gläubigern. Der Indikator weist auf die gesamtwirtschaftliche Belastung hin, das heißt, ob eine Volkswirtschaft genug Güter und Dienstleistungen produziert, um ihren Schuldendienst leisten zu können.

Ist der Staat im In- und Ausland stärker verschuldet als es der Leistungsfähigkeit der ganzen Volkswirtschaft entspricht? Ist der Staat im In- und Ausland so hoch verschuldet, dass seine Einnahmen den aktuellen Schuldendienst nicht mehr gewährleisten können?

Öffentliche Schulden
Bruttoinlandsprodukt

Öffentliche Schulden
jährl. Staatseinnahmen

Die öffentlichen Schulden sind die expliziten und impliziten Verbindlichkeiten der öffentlichen Hand – von der Zentralregierung bis hin zu öffentlichen Unternehmen. Zu den öffentlichen Schulden gehören aber auch die Schulden privater Unternehmen, für die der Staat eine Garantie ausgesprochen hat. In vielen Entwick-

lungsländern, aber vor allem in Schwellenländern, nimmt die inländische Verschuldung stetig zu und stellt mittlerweile einen signifikanten Anteil an der Verschuldung der öffentlichen Hand dar. Durch die Betrachtung der öffentlichen Verschuldung wird versucht, eine fiskalische Gefährdung zu identifizieren, also eine Belastung des Staatshaushalts. Es wird also geschaut, ob der Staat prinzipiell genug Einnahmen generiert, um die Staatsschulden zu bedienen.

Sind die Auslandsschulden von Staat, Bürger/innen und Unternehmen so hoch, dass durch Exporte nicht dauerhaft genug Devisen erwirtschaftet werden können, um die Schulden zu bezahlen?

Auslandsschuldenstand
jährl. Exporteinnahmen

Auslandsschulden können in den meisten Fällen nicht in Landeswährung zurückgezahlt werden. Die Leistung des Schuldendienstes erfordert die Erwirtschaftung von Devisen durch Exporte, Überweisungen von Migrant/innen oder neue Verschuldung.

Ist der laufende Auslandsschuldendienst von Staat, Bürger/innen und Unternehmen so hoch, dass durch Exporte aktuell nicht genug Devisen erwirtschaftet werden können, um im laufenden Jahr Zinsen und Tilgung zu bezahlen?

Schuldendienst
jährl. Exporteinnahmen

Dieser Indikator setzt die jährlichen Zahlungen für Tilgung und Zinsen ins Verhältnis zu den Exporteinnahmen. Er lässt erkennen, ob der jährliche Schuldendienst – unabhängig vom gesamten Schuldenstand – die aktuelle Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft in einem gegebenen Jahr überfordert.

Tabelle 1 - Stufen der Überschuldungsgefahr				
	Keine Überschuldungsgefahr (in Prozent)	Erste Stufe (in Prozent)	Zweite Stufe (in Prozent)	Höchste Stufe (in Prozent)
Öffentliche Schulden BNE oder BIP	<49	49 - <64	64 - 78	>78
Öffentliche Schulden jährl. Staatseinnahmen	<200	200 - <220	220 - 300	>300
Auslandsschuldenstand BNE oder BIP	<40	40 - <44	44 - 50	>50
Auslandsschuldenstand jährl. Exporteinnahmen	<150	150 - <165	165 - 200	>200
Schuldendienst jährl. Exporteinnahmen	<15	15 - <16,5	16,5 - 25	>25

rente Datensätze vom IWF beziehungsweise der Weltbank für die meisten Mittel- und Niedrigeinkommensländer zur Verfügung stehen. Box 1 erklärt, was die einzelnen gewählten Indikatoren aussagen.

Ausgangspunkt ist die Liste aller Mittel- und Niedrigeinkommensländer der Weltbank. Ausgeschlossen haben wir allerdings aus dieser Liste – um den Fokus auf verschuldete Länder im Globalen Süden und der europäischen Peripherie zu belassen – alle Länder, die Mitglied der OECD sind.²

Länder tauchen in unserer Liste aber auch nur dann auf, wenn wenigstens einer der fünf Indikatoren in zumindest der untersten Kategorie der dreistufigen Risiko-Skala liegt (siehe Tabelle 1). Eine Ausnahme haben wir dann gemacht, wenn alle Indikatoren unter der niedrigsten Risikoschwelle liegen, aber gleichwohl der IWF ein zumindest „mittleres“ Überschuldungsrisiko in seiner aktuellen Schuldentragfähigkeitsanalyse konstatiert oder wenn alle fünf Indikatoren im Zeitraum 2011 bis 2015 um mehr als 10 Prozent zugenommen haben.

Wer ist aktuell wie überschuldet?

Tabelle 2 zeigt die Indikatoren für alle aktuell im oben beschriebenen Sinne kritisch verschuldete Länder. Länder, die nicht berücksichtigt wurden, weisen entweder keinen Indikator im kritischen Bereich auf und sind auch vom IWF nicht als „überschuldungsgefährdet“ einge-

stuft oder es handelt sich um ein Hocheinkommensland und/oder ein Mitglied der OECD.³

Die Zahl der im oben beschriebenen Sinne kritisch verschuldeten Länder hat sich seit der Veröffentlichung des Schuldenreports 2016 von 108 auf 116 erhöht. Es sind acht Länder hinzugekommen, die im letzten Jahr nicht kritisch verschuldet waren, nun aber – teils sogar bereits deutlich – im kritischen Bereich angekommen sind: Angola, Gabun, Libyen, Mexiko, Nepal, Peru, Ruanda und Surinam.⁴

Einige dieser Länder blicken auf dramatische Überschuldungskarrieren in den letzten 40 Jahren zurück. Dagegen haben sich in einem Land die Indikatoren so weit verbessert, dass es aus unserer Betrachtung herausgefallen ist, nämlich Fidschi.

Die Matrix in Tabelle 3 kombiniert nun die statischen Schuldenindikatoren für das Jahr 2015 mit der Dynamik der Entwicklung jedes einzelnen Indikators in den vier Jahren von 2011 bis 2015. Sie trägt in der Vertikalen die Anzahl der bei allen fünf Indikatoren zusammen überschrittenen Grenzwerte ab. Da es für jeden der fünf Indikatoren drei Grenzwerte gibt (siehe Tabelle 1), können hier maximal 15 Punkte erreicht werden.

Auf der Horizontalen wird angegeben, wie viele Indikatoren sich von 2011 bis 2015 um mindestens 10 Prozent verbessert beziehungs-

² Mit Ausnahme des Mitteleinkommenslands Türkei, dessen Verschuldung stark angestiegen ist.

³ Außerdem gibt es mindestens drei mutmaßlich hoch verschuldete Länder, für die aber keine auch nur einigermaßen verlässlichen Daten aus den letzten vier Jahren vorlagen, und die deshalb nicht berücksichtigt wurden: Syrien, Somalia und Usbekistan.

⁴ Argentinien ist den letzten Jahren nicht aufgeführt worden, weil wegen des Streits zwischen der Kirchner-Regierung und dem IWF keine kohärenten Daten vorlagen. Für Ende 2015 hat die Weltbank Argentinien wieder in die Datenbank „International Debt Statistics“ aufgenommen und auch der IWF liefert wieder Daten zur öffentlichen Verschuldung. Auf deren Grundlage hätte Argentinien auch schon im letzten Jahr genannt werden müssen. Insofern ist es ein zusätzlicher „unechter“ Neuzugang.

Tabelle 2 - Überschuldungsgefährdete Länder weltweit (Stand 2015)

Indikator	Öffentliche Schulden / BIP	Trend ¹	Öffentliche Schulden / Staatseinnahmen	Trend ¹	Auslandsschuldenstand / BIP	Trend ¹	Auslandsschuldenstand / Exporteinnahmen	Trend ¹	Auslandsschuldenstand / Exporteinnahmen	Trend ¹	Risiko der Überschuldung laut IWF ²
Länder nach Regionen											
Südasien, Südostasien, Pazifik											
Afghanistan	6,2	▼	24,9	▼	12,6	▼	164,4	▲	2,9	▲	
Bangladesch	33,9	—	341,8	—	18,6	—	110,6	—	4,1	▼	
Bhutan	94,8	▲	327,6	▲	105,8	▲	269,1	▲	17,8	▲	
Indien	69,0	—	327,4	—	23,4	▲	108,2	▲	10,9	▲	
Indonesien	27,3	▲	183,8	▲	37,0	▲	177,9	▲	32,1	▲	
Kambodscha	32,5	—	172,6	▼	54,6	▲	74,5	▲	6,2	▲	
Kiribati	23,1	▲	13,8	▲	k.A.		k.A.		k.A.		
Laos	62,9	▲	272,4	—	99,6	—	317,3	—	10,9	▼	
Malaysia	57,4	—	258,5	▲	66,3	▲	85,6	▲	6,1	▲	
Malediven	73,1	▲	204,1	▼	33,5	▼	29,9	▼	3,5	—	
Marshallinseln	33,7	▼	59,0	▼	k.A.		k.A.		k.A.		
Mikronesien	26,3	—	42,0	▼	k.A.		k.A.		k.A.		
Mongolei	72,0		k.A.		201,7	▲	400,8	▲	32,6	▲	
Nepal	27,9	—	137,7	▼	19,6	—	155,3	▼	8,3	—	
Pakistan	63,6	—	438,7	—	22,9	▼	224,5	▲	12,9	▲	
Papua-Neuguinea*	30,6	▲	167,3	▲	147,6	▲	205,6	▲	11,3	▼	
Salomonen	10,3	▼	22,4	▼	18,0	▼	35,9	▼	2,4	▼	
Samoa	57,8	▲	162,5	▲	59,5	▲	228,4	▲	11,0	▲	
Sri Lanka	76,0	—	582,1	▲	54,6	▲	257,9	▲	18,7	▲	
Tonga	41,5		228,0	—	44,2	—	227,9	▲	20,2	▲	
Tuvalu	58,2	▲	45,5	▲	54,5	▲	129,2	▲	12,2		
Vanuatu*	25,6	▲	79,9	▼	17,2	▼	47,5	—	1,4	—	
Vietnam	58,3	▲	245,3	▲	42,5	—	44,8	▼	3,8	—	
Subsahara-Afrika											
Angola	64,2	▲	259,2	▲	31,1	▲	80,9	▲	15,6	▲	
Burkina Faso	32,7	—	167,2	▲	24,0	—	102,8	▲	4,4	—	
Burundi	42,4	—	185,2	▲	20,3	▼	325,3	▲	13,5	▲	
Côte d'Ivoire	48,9	▼	231,7	▼	34,1	▼	93,0	—	7,4	▲	
Demokratische Republik Kongo	18,8	▼	129,3	▼	16,8	▼	51,9	—	3,7	▲	
Dschibuti	39,5	▼	107,2	▼	k.A.		193,4	▲	7,2	▼	
Eritrea	127,1	—	890,4	▲	k.A.		k.A.		k.A.		
Gabun	43,9	▲	206,5	▲	37,8	▲	k.A.		k.A.		
Gambia*	91,6	▲	421,9	▲	63,9	▲	168,4		k.A.		
Ghana	70,8	▲	369,4	▲	56,3	▲	122,4	▲	6,2	▲	
Guinea	53,0	▼	279,1	▼	22,3	▼	57,5	▼	4,1	▼	
Guinea-Bissau	52,9	—	267,4	—	29,9	▲	101,4	—	0,8	▼	
Kamerun*	29,0	▲	162,5	▲	16,9	▲	54,6	▲	6,2	▲	
Kap Verde	120,5	▲	459,4	▲	97,7	▲	221,5	▲	6,2	▲	
Kenia	51,3	▲	263,0	▲	30,4	▲	177,5	▲	6,8	▲	
Komoren	25,4	▼	80,3	▼	24,2	▼	141,3	▼	0,3	▼	
Lesotho*	58,3	▲	98,6	▲	30,9	—	65,7	▲	3,8	▲	
Libyen	73,4	▲	343,0	▲	k.A.		k.A.		k.A.		

Fortsetzung Tabelle 2 - Überschuldungsgefährdete Länder weltweit (Stand 2015)

Indikator Länder nach Regionen	Öffentliche Schulden / BIP	Trend¹	Öffentliche Schulden / Staatseinnahmen	Trend¹	Auslandsschul- denstand / BIP	Trend¹	Auslandsschul- denstand / Export- einnahmen	Trend¹	Auslandsschul- denstand / Export- einnahmen	Trend¹	Risiko der Überschul- dung laut IWF²
Madagaskar	35,5	—	300,4	—	31,1	—	148,2	▲	1,7	▼	
Malawi	82,0	—	345,2	▼	27,3	▲	112,1	▲	4,3	▲	
Mali	30,9	▲	161,7	▲	28,9	▲	146,3	▲	4,3	▲	
Mauretanien	91,2	▲	311,9	—	103,2	▲	215,6	▲	12,6	▲	
Mauritius	58,6	—	258,7	—	128,5	▲	124,4	▲	28,9	▼	
Mosambik	86,0	▲	306,8	▲	69,5	▲	236,7	▲	9,5	▲	
Niger	45,1	▲	190,5	▲	40,8	▲	242,6	▲	7,5	▲	
Republik Kongo	70,6	▲	253,6	▲	49,7	▲	k.A.		k.A.		
Ruanda	37,3	▲	149,4	▲	28,4	▲	158,5	▲	7,7	▲	
Sambia	56,3	▲	309,3	▲	43,6	▲	106,7	▲	6,2	▲	
São Tomé und Príncipe*	82,3	▲	294,2	▲	63,9	▼	257,1	▼	2,8	▼	
Senegal	56,8	▲	226,5	▲	43,5	▲	163,8	▲	10,5	▲	
Seychellen*	69,0	▼	199,0	—	117,4	▼	141,3	—	k.A.		
Sierra Leone*	43,8	—	279,6	—	30,9	▼	63,1		3,2	▲	
Simbabwe	58,9	▲	214,0	—	66,4	▼	207,4	▲	13,4	▼	
Südafrika	49,8	▲	168,1	▲	45,2	▲	131,6	▲	7,7	▲	
Sudan	72,1	—	661,2	▲	26,0	▼	430,1	▲	10,5	▲	
Südsudan	63,8	▲	246,3	▲	k.A.		k.A.		k.A.		
Tansania	36,5	▲	246,5	▲	34,1	▲	157,3	▲	3,6	▲	
Togo	62,3	▲	285,7	▲	29,1	▲	63,2	▲	3,5	▲	
Tschad	42,6	▲	350,6	▲	15,3	▼	k.A.		k.A.		
Zentralafrikanische Republik	48,5	▲	338,8	▲	43,8	▲	k.A.		k.A.		
Lateinamerika, Karibik											
Antigua und Barbuda*	104,4	▲	474,0	—	41,1	—	87,9	—	17,2	▲	
Argentinien	52,1	▲	153,4	▲	27,9		218,6	▲	24,1	▲	
Bahamas*	64,4	▲	330,7	▲	23,2	▲	55,4	▲	3,3	▼	
Barbados*	104,9	▲	269,0	▲	105,5	▲	282,9	▲	6,6		
Belize	81,9	—	291,7	—	81,7	▼	127,8	—	8,4	▼	
Brasilien	73,7	▲	232,5	▲	31,3	▲	230,4	▲	38,1	▲	
Costa Rica	42,4	▲	300,1	▲	47,9	▲	138,9	▲	16,0	▲	
Dominica	82,4	▲	237,0	—	63,2	—	145,1	—	10,8	▲	
Dominikanische Republik	34,9	—	196,3	—	41,6	▲	151,2	▲	29,7	▲	
Ecuador	33,8	▲	101,6	▲	27,5	▲	126,6	▲	24,4	▲	
El Salvador	58,7	▲	323,3	▲	60,6	▲	220,6	—	17,0	▼	
Grenada	91,4	—	369,1	▼	72,6	—	280,4	—	11,4	▼	
Guatemala	24,2	—	223,4	—	32,5	▼	142,7	▲	15,2	—	
Guyana	48,1	▼	169,8	▼	51,6	▼	119,6	—	6,4	▲	
Haiti	30,1	▲	156,2	▲	23,5	▲	117,3	▲	2,0	▲	
Honduras	46,8	▲	177,9	▲	40,4	▲	113,4	▲	19,2	▲	
Jamaika	120,4	▼	446,4	▼	103,1	—	305,0	—	87,8	▲	
Kolumbien	50,6	▲	191,8	▲	38,8	▲	223,3	▲	28,1	▲	
Mexiko	54,0	▲	232,4	▲	37,5	▲	103,5	▲	13,2	▲	
Nicaragua	28,4	—	122,3	—	84,9	—	218,4	▲	17,5	—	

Fortsetzung Tabelle 2 - Überschuldungsgefährdete Länder weltweit (Stand 2015)

Indikator Länder nach Regionen	Öffentliche Schulden / BIP	Trend ¹	Öffentliche Schulden / Staatseinnahmen	Trend ¹	Auslandsschul- denstand / BIP	Trend ¹	Auslandsschul- denstand / Export- einnahmen	Trend ¹	Auslandsschul- denstand / Export- einnahmen	Trend ¹	Risiko der Überschul- dung laut IWF ²
Panama	38,8	—	189,7	▲	180,3	—	298,4	▲	8,9	▲	
Paraguay	24,2	▲	102,3	▲	62,0	—	138,6	▲	18,6	▲	
Peru	23,9	—	119,4	▲	35,6	▲	160,7	▲	11,5	▲	
St. Kitts und Nevis	67,8	▼	186,0	▼	25,9	▼	73,2	▼	11,3	▼	
St. Lucia	79,1	▲	298,4	—	37,4	—	77,7	—	10,6	▲	
St. Vincent und die Grenadinen	76,6	▲	290,0	—	45,2	—	170,2	—	17,3	—	
Suriname	43,5	▲	207,3	▲	45,3	▲	48,4	▲	k.A.		
Uruguay*	64,2	—	224,2	▲	24,4		168,6		26,4	▲	
Venezuela	41,5	▼	164,2	▼	48,2	▲	311,7	▲	60,4	▲	
Nordafrika, Naher Osten											
Ägypten	88,9	▲	405,4	▲	14,3	—	123,0	▲	13,3	▲	
Jemen*	66,7	▲	516,6	▲	22,0	—	385,6	▲	18,8	▲	
Jordanien	93,4	▲	373,6	▲	69,5	—	173,1	▲	14,3	▲	
Libanon	138,4	—	734,5	▲	64,7	—	141,9	▲	18,0	—	
Marokko	64,1	▲	241,6	▲	43,6	▲	127,1	▲	10,5	▲	
Tunesien	55,7	▲	238,8	▲	65,6	▲	152,6	▲	12,9	▲	
Europa, GUS											
Albanien	73,3	▲	278,8	▲	73,2	▲	252,4	▲	27,9	▲	
Armenien	46,9	▲	217,7	▲	81,3	▲	221,9	▲	38,7	▲	
Bosnien und Herzegowina	44,7	—	102,2	—	79,8	—	210,4	—	29,7	▲	
Bulgarien	26,3	▲	73,4	▲	79,9	—	112,9	▼	31,6	▲	
Georgien	41,5	▲	147,4	▲	109,4	▲	211,6	▲	29,7	—	
Kasachstan	21,9	▲	131,7	▲	89,3	▲	281,0	▲	63,6	▲	
Kirgisistan	66,0	▲	173,5	▲	118,6	▲	285,9	▲	15,7	▲	
Kroatien*	86,7	▲	198,3	▲	105,5	—	276,2	▲	38,1	—	
Mazedonien	38,0	▲	132,3	▲	70,6	▲	137,3	▲	20,8	▲	
Moldawien	41,5	▲	116,0	▲	91,1	▲	192,5	▲	12,9	—	
Montenegro	67,2	▲	163,4	▲	65,1	▲	134,5	▲	25,2	▲	
Rumänien	39,3	▲	120,0	▲	55,2	▼	126,9	▼	31,4	▲	
Serbien	77,4	▲	188,5	▲	88,8	▲	170,3	▼	23,6	▼	
Tadschikistan	34,1	—	114,3	▼	54,4	—	189,9	▲	16,8	▼	
Türkei	32,9	▼	89,9	▼	56,1	▲	195,9	▲	10,7	▼	
Ukraine	80,1	▲	190,3	▲	137,4	▲	235,5	▲	58,3	▼	
Weißrussland	53,7	▲	131,9	▲	72,7	▲	113,4	▲	15,9	▲	
Zypern*	108,9	▲	279,5	▲	258,2	▼	702,1	▼	k.A.		

* teilweise Daten von 2014

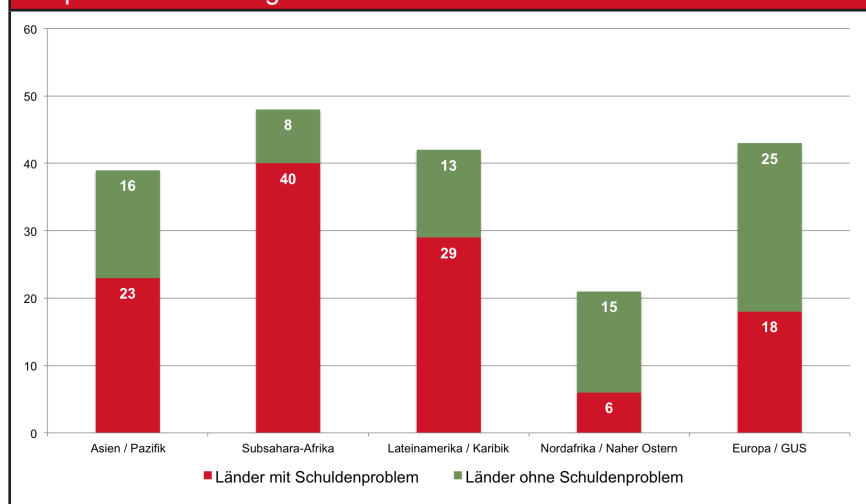
¹ ▲ Anstieg um mehr als 10 Prozent; ▼ Rückgang um mehr als 10 Prozent; — Stagnation (Veränderung um weniger als 10 Prozent)

² ■ niedriges Überschuldungsrisiko; ■ mittleres Überschuldungsrisiko; ■ hohes Überschuldungsrisiko; ■ zahlungsunfähig; □ keine Risikoeinschätzung durch IWF und Weltbank

Quellen: IMF: World Economic Outlook Database (zuletzt besucht: 22.12.2016); World Bank International Debt Statistics (zuletzt besucht: 22.12.2016); IMF: Article IV Consultation Reports bis Dezember 2016; CIA: World Factbook (zuletzt besucht: 21.12.2016); eigene Berechnungen.

Tabelle 3 - Übersichtsmatrix													
Wert	▼▼▼▼▼	▼▼▼▼	▼▼▼	▼▼	▼	—	▲	▲▲	▲▲▲	▲▲▲▲	▲▲▲▲▲	▲▲▲▲▲	▲▲▲▲▲
15					Jamaika								
14									Gambia				Bhutan
13										Sri Lanka			
12				Grenada					Kroatien, Ukraine	Mauretanien			Albanien, Kap Verde, Mosambik
11					São Tomé und Príncipe		Zypern	Libanon		Barbados, Jordanien			Kirgisistan
10							St. Vincent und die Grenadinen,			Jemen			Armenien, Brasilien
9						Laos	Bosnien und Herzegowina, Mauritius, Serbien	Antigua und Barbuda, Tonga, Uruguay	Mongolei	Georgien			Kasachstan
8				Belize		Simbabwe	Nicaragua, Venezuela	Dominica					Ghana, Montenegro
7					Tadschikistan		Pakistan	Sudan					Kolumbien, Samoa, Tunesien
6							Eritrea, Rumänien	Bulgarien, Malawi	Panama, Papua-Neuguinea, Republik Kongo	Ägypten, Argentinien, Malaysia			
5					Türkei			St. Lucia, Libyen	Bahamas, Dominikanische Republik, Indien,	Moldawien, Paraguay			Angola, Costa Rica, Honduras, Kenia, Marokko, Mazedonien, Sambia, Senegal, Weissrussland
4				Seychellen			Vietnam		Zentralafrikanische Republik	Peru, Tuvalu			Niger
3	Guinea			Guyana, Malediven	Bangladesch	Guinea-Bissau, Madagaskar		Südsudan		Surinam			Indonesien, Mexiko, Südafrika, Tansania, Togo
2	St. Kirts und Nevis			Côte d'Ivoire, Dschibuti	Sierra Leone			Burundi	Kambodscha				Ecuador
1				Nepal	Afghanistan				Gabun, Tschad	Lesotho			Ruanda
0	Komoren, Salomonen			Demokratische Republik Kongo, Marschall-Inseln	Mikronesien, Vanuatu			Burkina Faso, Guatemala, Kiribati					Haiti, Kamerun, Mali

Abbildung 2 - Entwicklungs- und Schwellenländer mit und ohne Schuldenproblem nach Region



Darüber hinaus ist der Trend zur Verschärfung der Schuldensituation in einer großen Zahl von Ländern ungebrochen, so dass auch in den kommenden Jahren eine weitere Zuspitzung der Situation zu erwarten ist. In diesem Jahr stehen 90 Verbesserungen einzelner Indikatoren über die Schwelle jeweils eines Grenzwerts 317 Verschlechterungen gegenüber; das entspricht einem Verhältnis von 3,5:1.

Ein sichtbarer Ausdruck davon neben dem generellen Trend nach rechts ist die gegenüber den Werten für Ende 2014 deutlich erhöhte Zahl von Ländern, die in der ganz rechten Spalte (+5) aufgeführt sind, also ausschließlich Verschlechterungen ihrer Indikatoren aufweisen.⁷

Regionale Trends

Alle fünf Regionen, nach denen wir die betroffenen Länder gruppiert haben, sind von dem Trend zur Verschärfung der Schuldensituation betroffen, aber nicht alle im gleichen Umfang.

Es zeigt sich, dass von den fünf Regionen Asien die krisenhafte Entwicklung am besten durchgestanden hat. In Subsahara-Afrika haben fast alle Länder einen oder mehrere Indikatoren im kritischen Bereich, allerdings eher im niedrigen Bereich. Das liegt nicht zuletzt an den durch die HIPC/MDRI-Initiative deutlich abgesenkten Schuldenindikatoren, welche seit etwa zehn Jahren den Ausgangspunkt für den neuen Verschuldungsaufbau darstellen. Dramatisch hoch und dramatisch dynamisch ist der Schuldenaufbau in der Region Nordafrika/Nahost – allerdings nur in einer vergleichsweise kleinen Zahl von betroffenen Ländern (siehe Abbildung 2). Relativ am höchsten verschuldet sind die betroffenen Länder in Europa/GUS.⁸ Nach Nordafrika/Nahost weist diese Region auch die negativste Dynamik auf.

Der Vergleich mit den regionalen Mittelwerten von vor einem Jahr zeigt zudem, dass sich die Verschuldungssituation in allen Regionen

weise verschlechtert haben.⁵ Haben sich alle Indikatoren verbessert, weist ein Land einen Wert von -5 auf und steht entsprechend ganz links in der Matrix; haben sich alle Indikatoren verschlechtert, beträgt der Wert +5, und das Land steht ganz rechts. Blieben alle Indikatoren stabil oder gibt es gleich viele Verbesserungen wie Verschlechterungen, liegt das Land bei Null in der mittleren Spalte der Matrix.⁶

Da hier keine genaueren Quantifizierungen der einzelnen Verbesserungen beziehungsweise Verschlechterungen vorgenommen werden, ist die Matrix natürlich kein Instrument zur Definition eines möglichen Schuldenerlassbedarfs. Sie ist nicht mehr und nicht weniger als ein Indiz für eine möglicherweise problematische oder eben beruhigende Entwicklung der öffentlichen und der Auslandsverschuldung eines Landes. Politische Konsequenzen aus einer eventuell problematischen Entwicklung eines Landes müssen stets auf der Grundlage einer individuellen Schuldentragfähigkeitanalyse diskutiert werden.

Das Verhältnis der Verschlechterungen zu Verbesserungen von 2:1 im Schuldenreport 2016 hatte bereits erwarten lassen, dass im darauffolgenden Jahr die Schuldenprobleme generell zunehmen würden. Der Durchschnitt aller Länder auf der y-Achse ist von 4,6 auf 5,7 gestiegen.

⁵ Auch wenn wir in der Auswertung die Trends im Vergleich zu der vor einem Jahr beschriebenen Situation am Stichtag 31.12.2014 diskutieren, dürfen die Hoch-/Runter-Pfeile nicht als Veränderung gegenüber dem Vorjahr interpretiert werden, sondern bilden wiederum die Entwicklung über einen Vierjahreszeitraum ab.

⁶ Ein Sonderfall ist Panama, wo die Weltbank auch rückwirkend dramatisch höhere Indikatoren der Auslandsverschuldung angegeben hat, als im letzten Jahr. Dies geht offenbar auf eine methodologische Veränderung zurück. Wir haben trotzdem die aktuellen Zahlen der Weltbank für Ende 2015 zugrunde gelegt. Der Trend (x=+3) darf aber nicht fehlinterpretiert werden.

⁷ Zusätzlich muss berücksichtigt werden, dass die wenigen Länder, die umfassen die Verbesserungen aufweisen (-5), dies infolge noch nicht zu lange zurückliegender Schuldenrestrukturierungen erreicht haben, wie Guinea und die Komoren unter der HIPC-Initiative und St. Kitts und Nevis in einer Vereinbarung mit den Privatgläubigern.

⁸ Bei allen Indikatoren haarscharf unter den Grenzwerten bleibt das Kosovo. Für einen gerade erst entstandenen Staat ist das eine mehr als bedenkliche Verschuldungskarriere. Da aber kein einziger Grenzwert überschritten wird und das Kosovo auch nicht in der Risiko-Bewertung des IWF mit einer kritischen Dotierung auftaucht und auch keine langfristig bedenklicher Trend über vier Jahre festgestellt werden kann, bleibt es aus Gründen der methodischen Kohärenz (in diesem Jahr) unberücksichtigt.

zuspitzt (siehe Abbildung 3). Die Bewegung nach oben ist in Asien vergleichsweise moderat, in allen anderen Regionen allerdings deutlich.

Ebenso ungebrochen wie der Trend nach „oben“ ist der Trend nach „rechts“, das heißt über den Zeitraum 2011-2015 haben sich in allen Regionen deutlich mehr Indikatoren verschlechtert als im Zeitraum 2010-2014, den wir im letzten Schuldenreport untersucht haben.

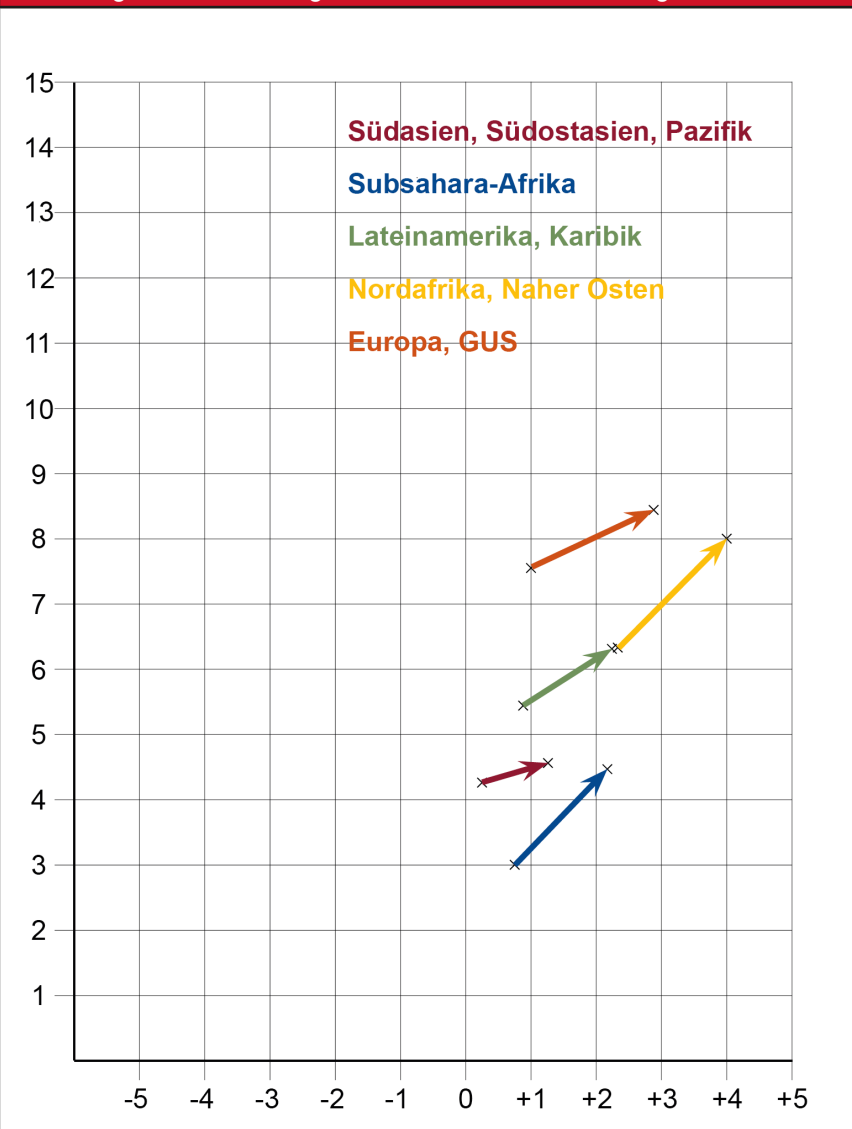
Alles andere als eine weitere Verschärfung der Schuldensituation von mehr Ländern bis hin zur Zahlungsunfähigkeit im Schuldenreport 2018 wäre vor diesem Hintergrund eine Überraschung.

Thematische Ländergruppen

In den vergangenen Jahren hatte erlassjahr.de vor allem drei Ländergruppen identifiziert, die besonders von neuerlicher Überschuldung betroffen sind:

- Kleine Inselentwicklungsstaaten mit einer wenig diversifizierten und hoch verletzlichen Wirtschaft.
- Transformationsstaaten in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion (die die Mehrheit der Länder in der oben beschriebenen Europa/GUS-Ländergruppe ausmachen), die ihren mehr oder weniger gelungenen Übergang von der Zentralverwaltungszur Marktwirtschaft mit hoher Verschuldung im Ausland finanziert haben.
- Unter der HIPC-Initiative seit 1996 entlastete Länder mit niedrigem Einkommen, die nicht zuletzt durch die Entschuldung kreditwürdig geworden sind und davon so ausgiebig Gebrauch gemacht haben, dass sie wenige Jahre nach der Entlastung bereits wieder ein kritisches Niveau erreicht haben. Zu dieser Gruppe zählen aktuell 33 *Post-Decision-Point*-HIPC, die Indikatoren im kritischen Bereich aufweisen.

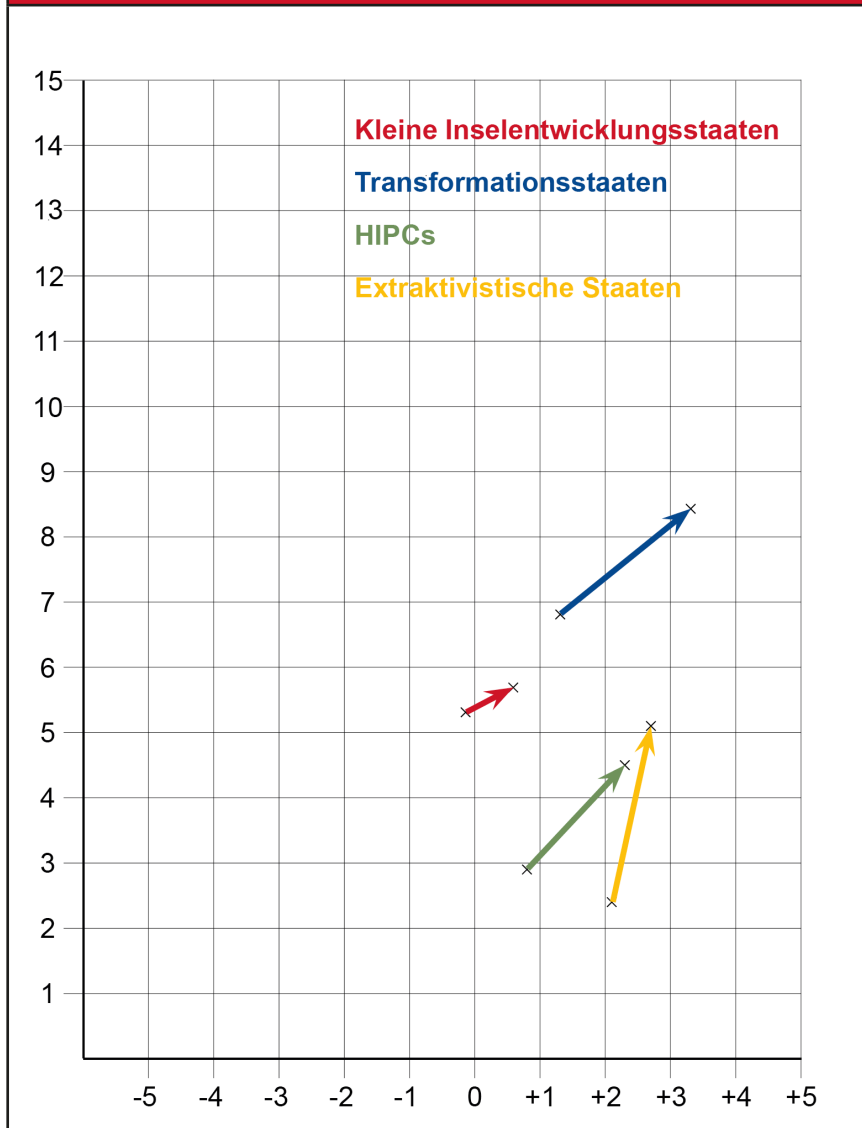
Abbildung 3 - Veränderung von 2014 auf 2015 nach Regionen



Dazu kommt nun eine weitere Gruppe, die nicht regional, sondern über ihre Wirtschaftsstruktur definiert wird und sich daher mit den drei genannten regional definierten Gruppen überschneidet:

- Staaten, die aufgrund ihrer starken Konzentration auf wenige Exportprodukte besonders vom Verfall der Rohstoffpreise, unter anderem infolge der zurückgehenden Nachfrage Chinas, betroffen sind. 20 Staaten, die mindestens 75 Prozent ihrer gesamten Warenexporteinnahmen durch den Verkauf von landwirtschaftlichen Rohstoffen, Treibstoffen und/oder Metallen und Mineralien an das Ausland oder mindestens

Abbildung 4 - Veränderung von 2014 auf 2015 der thematischen Ländergruppen



50 Prozent durch eine einzige dieser drei Kategorien erwirtschaften, können hierzu gezählt werden.⁹

Abbildung 4 zeigt, dass besonders in den letztgenannten drei Gruppen die Tendenz zur Krisenverschärfung sehr hoch ist. Vor allem die durchschnittliche Verschuldung der Transformationsstaaten liegt auf einem hohen Niveau mit einer deutlichen Zunahme des Anstiegs der Indikatoren.

Die Verschuldung der HIPC- und der Extraktivismus-Gruppe lag noch vor einem Jahr auf einem relativ niedrigen Niveau. Im Fall der HIPC's kann dies durch die

Auswirkungen der von 1996 bis in die jüngste Vergangenheit ausgesprochenen Entlastungen unter der multilateralen Entschuldungsinitiative, welche dieser Gruppe ihren Namen gibt, erklärt werden. Unter den Ländern der Extraktivismus-Gruppe ist bemerkenswert, dass abgesehen von dem Sonderfall Venezuela¹⁰ sich in keinem Land der Gruppe auch nur ein einziger Indikator verbessert hat. Hier erweist sich der Ressourcenfluch als wirklicher Fluch.

Auf dem Weg in die Zahlungsunfähigkeit?

Ein besonderes Augenmerk muss auf all diejenigen Länder gerichtet sein, die sich in den beiden ganz rechten Spalten der Auswertungsmatrix (Tabelle 3) befinden. Das sind Staaten, in denen entweder alle Indikatoren sich von 2011 bis 2015 um mindestens 10 Prozent verschlechtert haben (+5) oder es lediglich eine Stabilisierung aber keine einzige Verbesserung bei vier Verschlechterungen (+4) gegeben hat.

Gegenüber der Situation von Ende 2014 hat sich die Zahl der Länder in diesen beiden Gruppen deutlich erhöht: von 20 auf inzwischen 47 Länder, davon 33 in der extremsten (+5) Kategorie.

Dass Zahlungsunfähigkeit infolge kritischer Entwicklungen im Rohstoffsektor eine reale Bedrohung ist, zeigen erste kritische Entwicklungen in Ländern aus genau dieser Gruppe:

- Mosambik musste die Zahlungen an Gläubiger eines staatlichen wenngleich zwielichtigen Unternehmens einstellen, obwohl dessen Schulden durch eine öffentliche Garantie abgesichert sind. Das Land hatte sich mit Infrastrukturinvestitionen für die Ausbeutung der Gasvorräte vor seiner Küste übernommen.¹¹
- Die Mongolei wird vor dem Hintergrund stark gefallener Weltmarktpreise für ihre Hauptexportprodukte im Lau-

⁹ Hierzu zählen Burkina Faso, Ecuador, Ghana, Guinea, Kamerun, Kasachstan, Kolumbien, Republik Kongo, Mali, Mauretanien, Mosambik, Mongolei, Niger, Papua-Neuguinea, Peru, Ruanda, Sambia, Sie und Zentralafrikanische Republik, siehe Kaiser, J. (2017): „Extraktivismus und Verschuldung“, erlassjahr.de-Fachinformation 56, Februar 2017.

¹⁰ Siehe den Artikel „Venezuela: Ölstaat in der Schuldenkrise“ auf Seite 36 in diesem Schuldenreport.

¹¹ Siehe den Artikel „Mosambik: Ein Land unter dem Ressourcenfluch“ auf Seite 31 in diesem Schuldenreport.

fe des Jahres im Pariser Club der Gläubigerregierungen über eine Umschuldungen verhandeln müssen.

Die nächste Schuldenkrise

Im Hinblick auf das Jahr 2017 und darüber hinaus zeigen die Länder mit starkem Anstieg der Indikatoren, welche Arten von Schuldenkrisen wir erwarten können:

- Jenseits der Grenze von 8 Punkten bei den Überschuldungsindikatoren und rechts von der Mitte, die das Gleichgewicht zwischen positiven und negativen Trends anzeigt, finden sich besonders viele Länder, die von wenigen auf den Weltmarkt exportierten Rohstoffen abhängig sind: Gambia, Mauretanien, Mosambik, die Mongolei und Kasachstan sind aus diesem Grund in hohem Maße gefährdet.
- Unterhalb der 8-Punkte-Linie gibt es in der ganz rechten Spalte eine Reihe von Ländern, die den gleichen Trend zeigen, aber noch überwiegend tragfähige Schuldenindikatoren aufweisen: Ghana, Angola, Sambia und Niger gehören etwa in diese Kategorie. Kein einziges Land, welches 2016 in der +5-Kategorie war, hat diese in diesem Jahr verlassen können, nur drei von elf Ländern haben es aus der +4-Kategorie geschafft. Von daher ist es nicht unangebracht, bei den Ländern mit Verschlechterungen aller Indikatoren von einer Schuldenfalle zu sprechen.
- Bhutan (Erdbeben) und Jordanien (Belastung durch den Krieg in Syrien) stehen für Länder, die externe Schocks durch Kreditaufnahme kompensieren mussten. Weil angemessene Möglichkeiten der Schuldenerleichterungen von den Gläubigern nicht angeboten werden, kann aus diesen „Zwischen“-Finanzierungen eine Staatsschuldenkrise werden.

Box 2 - Auswertung

- 116 Länder weisen Indikatoren im kritischen Bereich auf.
- Besonders in den Regionen Europa/GUS und Nordafrika/Nahost weisen die Länder hohe Schuldenindikatoren auf.
- In 89 Ländern verschlechtert sich die Verschuldungssituation tendenziell. Demgegenüber stehen 27 Länder, in denen die Situation sich verbessert oder nicht verändert hat. In 48 Ländern haben sich vier oder sogar alle fünf Indikatoren verschlechtert.
- Der Trend zu höheren Verschuldungsindikatoren nimmt rasant zu: Stand das Verhältnis von Verschlechterungen zu Verbesserungen im letzten Jahr noch bei 2:1, steht es in diesem Jahr bei 3,5:1. Besonders deutlich zeigt sich der Trend zur Überschuldung in der Region Nordafrika/Nahost.
- Besonders dramatisch ist die Situation in Ländern, die bereits jetzt hohe Schuldenindikatoren aufweisen und in denen es keinen Trend zur Verbesserung gibt. Das ist der Fall in folgenden Ländern (nach Regionen):
 - GUS / Europa: Albanien, Kirgisistan, Armenien, Kasachstan, Montenegro, Georgien, Kroatien, Ukraine, Zypern, Bosnien und Herzegowina, Serbien
 - Subsahara-Afrika: Kap Verde, Mosambik, Ghana, Mauretanien, Gambia, Sudan, Mauritius, Simbabwe
 - Lateinamerika / Karibik: Brasilien, Kolumbien, Barbados, El Salvador, Antigua und Barbuda, Uruguay, Dominica, St. Vincent und die Grenadinen, Nicaragua, Venezuela
 - Asien / Pazifik: Bhutan, Samoa, Sri Lanka, Mongolei, Tonga, Pakistan, Laos
 - Nordafrika / Nahost: Tunesien, Jordanien, Jemen, Libanon
- Besonders stark überschuldungsgefährdet sind die unter der HIPC-Initiative entschuldeten Staaten, Transformationsstaaten, kleine Inselentwicklungsstaaten und extraktivistische Länder.



gopixa / Shutterstock.com

Deutschland als Schuldner und Gläubiger

von Patrick Jedamzik und
Jürgen Kaiser

¹ Deutsche Bundesbank: „Das deutsche Auslandsvermögen Ende 2015“, Pressemitteilung vom 30.09.2016, www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/BBK/2016/2016_09_30_auslandsvermoegen_2015.html.

² Betrachtet werden im Folgenden Schulden gegenüber dem Staat Bundesrepublik Deutschland. Forderungen privater deutscher Unternehmen sowie von Banken und Einzelpersonen sind hier nicht berücksichtigt.

³ Zahlen nach Bundesministerium der Finanzen: „Forderungen des Bundes gegenüber dem Ausland“, Stand: 31.12.2015, www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Internationales_Finanzmarkt/Internationale_Finanzpolitik/Internationale_Schuldenstrategie_und_Umschuldungen/Forderungen_des_Bundes_gegenueber_dem_Ausland.pdf, eigene Darstellung siehe Tabelle 1. Diese Darstellung und die im Artikel genutzten Zahlen weichen teilweise bei den aufsummierten Werten (Gesamtforderungen an einen Staat beziehungsweise Gesamtsumme) um bis zu 1 Million Euro von den Originalzahlen ab, da die Berechnungen des Ministeriums – wahrscheinlich aufgrund von Rundungen – nicht nachvollziehbar waren.

Die generelle Verschuldungssituation der Bundesrepublik hat sich 2015 etwas verbessert: Die Verbindlichkeiten der Bundesrepublik Deutschland sind um 1 Prozent auf 6.395 Milliarden Euro gesunken. Durch den gleichzeitigen Anstieg der Forderungen um 3,1 Prozent auf 7.871 Milliarden Euro bedeutet dies eine Verbesserung der deutschen Netto-Auslandsposition von 302 Milliarden Euro auf 1.476 Milliarden Euro.¹ Die folgende Analyse der Forderungen Deutschlands gegenüber Entwicklungs- und Schwellenländern beziehen sich indes immer auf Brutto-Forderungen, das heißt Gegenforderungen des betreffenden Landes an Deutschland werden nicht berücksichtigt. Dies wäre weder immer sinnvoll noch liegen kohärente Daten dazu vor.

Schulden von Entwicklungs- und Schwellenländern

Der Schuldenstand von Entwicklungs- und Schwellenländern bei der Bundesrepublik² ist weiter gesunken und setzt damit den Trend der letzten Jahre fort: 456 Millionen Euro weniger finden sich in

den Schuldbüchern. Der Schuldenstand ist damit auf knapp über 18 Milliarden Euro gesunken (siehe Abbildung 1).³

Diese Schulden bestehen zum einen aus den Forderungen aus der Finanziellen Zusammenarbeit (FZ). Hierunter versteht man Entwicklungskredite an Entwicklungs- und Schwellenländer, die zu vergünstigten Bedingungen vergeben werden und demnach entsprechend geringere Zinsen und längere Laufzeiten aufweisen.

Zum anderen sind es klassische Handelsforderungen: Hier werden marktübliche Konditionen angewandt und in der Regel entstehen diese Forderungen durch deutsche Exporte. Bei unsicherer Zahlungsfähigkeit eines ausländischen Geschäftspartners können die privaten deutschen Exporteure sogenannte Hermesbürgschaften abschließen und dadurch zusätzliche Sicherheit erlangen. Fallen dann die Zahlungen aus dem Ausland aus, springt der deutsche Staat ein, entschädigt den Exporteur zum größten Teil und übernimmt die Forderungen an das Ausland.

Auch dieses Jahr besteht der Rückgang zum größten Teil aus beglichenen oder gestrichenen Handelsforderungen: Fast drei Viertel des Rückgangs ist darauf zurückzuführen. Die übrigen 125 Millionen Euro fallen auf Forderungen aus der Finanziellen Zusammenarbeit an. Interessanter sind jedoch die Details.

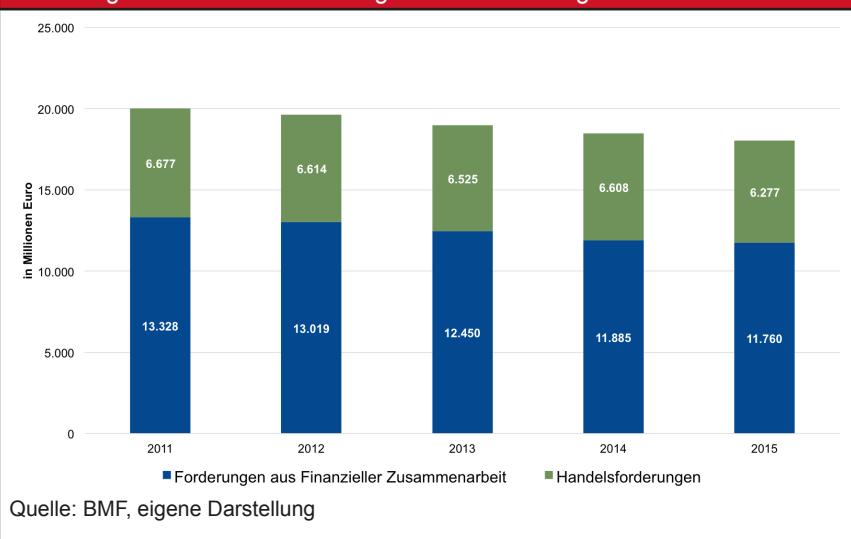
Entwicklung der Verschuldung

Auffällig ist vor allem die sehr viel kürzere Liste von Staaten (siehe Tabelle 1, S. 22-23). Im Jahr 2014 war die Liste der Schuldernationen noch um zwei auf 89 gestiegen, jetzt sind es nur noch 73 Staaten.

Chile hat Unterstützung im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit in Höhe von 46 Millionen Euro erhalten und taucht neu auf der Liste auf. Demgegenüber sind 15 Staaten nicht weiter bei der Bundesrepublik verschuldet. Konkret sind dies (Angaben in Euro):

- **Burkina Faso**
(-1 Mio. Handelsforderungen)
- **Jungferninseln, brit.**
(-1 Mio. Handelsforderungen)
- **Malaysia**
(-43 Mio. Handelsforderungen)
- **Mauretanien**
(-2 Mio. Handelsforderungen)
- **Mauritius**
(-1 Mio. Forderungen der Finanziellen Zusammenarbeit)
- **Russland R.F.**
(-88 Mio. Handelsforderungen)
- **Saudi Arabien**
(-44 Mio. Handelsforderungen)
- **Singapur**
(-209 Mio. Handelsforderungen)
- **Togo**
(-2 Mio. Handelsforderungen)
- **Turkmenistan**
(-1 Mio. Handelsforderungen)
- **Uganda**
(-1 Mio. Handelsforderungen)
- **VAE, Dubai**
(-2 Mio. Handelsforderungen)
- **VAE, Abu Dhabi**
(-40 Mio. Handelsforderungen)
- **Venezuela**
(-23 Mio. Handelsforderungen)
- **Weißrussland**
(-3 Mio. Handelsforderungen)

Abbildung 1 - Deutsche Forderungen an Entwicklungs- und Schwellenländer



Da mit keinem dieser Länder Schuldenerlasse vereinbart waren, ist davon auszugehen, dass die genannten Beträge regulär beglichen wurden.

Diesen und weiteren Senkungen der Handelsforderungen beispielsweise gegenüber **Kasachstan** mit 300 Millionen Euro und **Indonesien** mit 183 Millionen Euro stehen Anstiege der Handelsforderungen an den **Iran** (141 Mio. Euro), **Simbabwe** (195 Mio. Euro), **Irak** (195 Mio. Euro) und **Korea DVR** [Nordkorea] mit 387 Millionen Euro gegenüber.

Beim Iran und Irak ist der Anstieg auf neue Entschädigungen durch die Exportkreditversicherungsgruppe Euler Hermes zurückzuführen.

Kasachstan ist interessant, weil jetzt nur noch 17 Millionen Euro in den Schuldbüchern stehen – die Handelsforderungen machten fast 95 Prozent der Verschuldung des Landes bei Deutschland aus.⁴ Hintergrund könnte sein, dass nicht-gezahlte Hermesbürgschaften die aufstrebenden Handelsbeziehungen störten. Das Magazin „owc“ berichtete dazu bereits 2013:

„Dass es im kasachischen Handel nicht rund läuft, hängt vor allem an den nach wie vor fehlenden Hermes-Garantien. Nachdem ka-

⁴ Es fehlen in den Schuldbüchern insgesamt 302 Millionen Euro, davon 301 Millionen Euro Handelsforderungen und 1 Million Euro Forderungen aus der Finanziellen Zusammenarbeit.

sachische Banken vor drei Jahren die fälligen Schulden an die Deutschen nicht zahlten und Hermes sich in die Reihe der Gläubiger hinten anstellen musste statt bevorzugt bedient zu werden, werden die Garantien kasachischer Banken nicht mehr akzeptiert. Und so lange das Problem nicht gelöst ist, fließen keine neuen Gelder aus Berlin. Das kurzfristige Geschäft funktioniert, Großprojekte aber fehlen.“⁵

Im folgenden Jahr bahnte sich nach einem Bericht der örtlichen Delegation der Deutschen Wirtschaft nach einem Besuch von Bundeswirtschaftsminister Gabriel 2014 eine Lösung an:

„Man habe die Möglichkeit erörtert, das Problem der Schulden Kasachstans gegenüber der deutschen Exportkreditversicherung mit Hilfe der kasachischen Verwaltungsholding Baytarek und der kasachischen Entwicklungsbank möglichst bald zu lösen.“⁶

Die Zahlen des Finanzministeriums sprechen dafür, dass dies gelungen ist. Allerdings sind die Zahlen nicht mit denen aus dem Euler-Hermes-Jahresbericht kongruent, die nur von Rückzahlungen im Umfang von 49 Millionen Euro ausgehen. Offensichtlich bezieht die Angabe auf der BMF-Website sowohl Forderungen an den öffentlichen wie auch den privaten Sektor mit ein.

Wesentliche Reduzierungen lassen sich auch bei **Brasilien** (-70 Prozent von 197 Millionen Euro auf 59 Millionen Euro – insbesondere durch Abbau von Handelsforderungen) und der **Ukraine** (-62 Prozent von 138 Millionen auf 53 Millionen Euro – allein Abbau von Handelsforderungen) feststellen.

Beim **Iran** setzt sich die seit einigen Jahren zunehmende Verschuldung durch Handelsschulden fort. In den letzten Jahren ist die Verschuldung von 5 Millionen Euro (2011) auf jetzt 552 Millionen Euro gestiegen. Es ist davon auszugehen, dass diese Entwicklung sich nach

der Einigung im Atomstreit weiter fortsetzen wird. Im Jahresbericht über die Exportkreditgarantien der Bundesrepublik Deutschland beschreibt der damalige Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel ein „großes Exportpotential gerade für deutsche Unternehmen“⁷. Zudem wird darauf hingewiesen, dass die „Auszahlungen für Schäden“ durch Euler Hermes zurückgegangen seien. „Hauptursache ist der Rückgang von Auszahlungen für politische Schäden für Iran auf 94,2 Mio. Euro (Vorjahr 287,10 Mio. Euro).“⁸

Auch die Entwicklungen der Verschuldung **Simbabwes** sind gravierend, erhöhen sie den Schuldenstand doch um 68,4 Prozent auf nun 682 Millionen Euro. Nicht nur die Handelsforderungen sind hier auf 268 Millionen Euro gestiegen⁹, sondern auch im Bereich der Finanziellen Zusammenarbeit ist ein enormer Anstieg von 332 Millionen Euro im Jahr 2014 auf 414 Millionen 2015 festzustellen. In den vergangenen Jahren war der Anstieg niemals höher als 10 Millionen Euro, in der Regel sogar unter 5 Millionen Euro.¹⁰ Die Erklärung dafür ist eine Veränderung der Berechnungsgrundlage. Dies ist auch die Begründung im Fall **Nordkorea**, dessen Handelsschulden in den letzten Jahren konstant bei 117 Millionen Euro gelegen hatten und nun auf 504 Millionen gestiegen sind. Die beiden Staaten sind die einzigen, die in großem Stil Verzugszinsen an Deutschland zu zahlen haben, welche bislang in die Angabe der Forderungsbestände nicht eingeflossen sind. Im Hinblick darauf dass zumindest in ersterem Fall eine Regelung bald bevorstehen könnte (Simbabwe kann formal noch in die HIPC-Initiative aufgenommen werden), meldet Deutschland vorsorglich schon mal deutlich erhöhte Forderungen an, um ein relativ größeres Stück von dem nach der Entschuldung absehbar ziemlich kleinen Kuchen abzubekommen. In Nordkorea ist eine multilaterale Schuldenregelung eher nicht zu erwarten, aber man hat es vorgezogen, Verzugszinsen bei dieser Gelegenheit in gleicher Weise anzugeben.

⁵ owc Verlag für Außenwirtschaft: „Ausgebremst: Der Handel mit Kasachstan könnte dynamischer sein“, 06.04.2013, owc.de/2013/04/06/ausgebremst-der-handel-mit-kasachstan-koennte-dynamischer-sein/.

⁶ AHK: „Delegation der Deutschen Wirtschaft für Zentralasien: Kasachstan will Probleme mit Hermes-Exportkreditversicherungen lösen“, 06.03.2014, zentralasien.ahk.de/news/einzelansicht-nachrichten/artikel/kasachstan-will-probleme-mit-hermes-exportkreditversicherungen-loesen.

⁷ Euler-Hermes: „Exportgarantien der Bundesrepublik Deutschland. Jahresbericht 2015“, S. 4.

⁸ Ebd., S. 68.

⁹ 2013: 73 Mio. Euro.

¹⁰ 2014: +5 Mio. Euro, 2013: +4 Mio. Euro, 2012: +9 Mio. Euro, 2011: -1 Mio. Euro.

Großschuldner

Wenn man den Blick weiter nach oben wirft auf die Großschuldner mit mehr als 1 Milliarde Euro Schulden, hat sich weder in der Anzahl, noch in der Reihenfolge etwas verändert. Aktuell sind dies (Angaben in Millionen Euro):

• Ägypten	2.321	(-69)
• Argentinien	2.309	(+73)
• Indien	1.929	(-202)
• China, VR	1.375	(-41)
• Pakistan	1.239	(-11)

Mit zwei Ausnahmen läuft der Schuldenabbau sehr ähnlich den Entwicklungen aus dem letzten Jahr.

Indien hat den Schuldenberg stärker reduziert. Zum einen wurden – anders als in den Vorjahren – nun auch Forderungen aus Handelsgeschäften reduziert (um 50 Mio. Euro). Diese sind dadurch auf 17 Millionen Euro gesunken und damit im Vergleich fast verschwunden. Der weitaus höhere Posten der Forderungen aus finanzieller Zusammenarbeit ist um 152 Millionen Euro auf 1.912 Millionen Euro reduziert worden. Dies ist eine deutliche Reduktion im Vergleich zu den Vorjahren, in denen zwischen 40 und 80 Millionen Euro aus den Schuldbüchern verschwanden.

Etwas unklar ist das weitere Vorgehen in Bezug auf das argentinische Schuldenaufkommen. 2014 wurde ein Rückzahlungsabkommen mit dem Pariser Club getroffen und im gleichen Jahr wurde zu für **Argentinien** unvorteilhaften Bedingungen mit der Rückzahlung begonnen. 2015 hingegen stieg die Verschuldung bei Deutschland wieder an. Im gleichen Jahr leistete Argentinien mit 130 Millionen Euro unter allen Schuldnern mit Abstand die höchsten Zinszahlungen auf seine Handelsschulden bei Deutschland.¹¹ Dass der Schuldenstand bei Deutschland trotzdem erheblich gestiegen ist, ist darauf zurückzuführen, dass nach der Vereinbarung von 2014 nun erstmals Klarheit über die Höhe der bislang unberücksichtigten Zin-

sen besteht. Diese wurden bei der Angabe des Forderungsbestands nun eingerechnet. Neue Deckungen oder Schäden bei Argentinien hat es 2015 nicht gegeben. Ob die aktuelle argentinische Regierung angesichts der anhaltenden wirtschaftlichen Schwäche diesen ehrgeizigen Rückzahlungsplan, der noch von der Kirchner-Regierung vereinbart worden war, durchhalten kann, bleibt abzuwarten.

Unklarheiten: FZ-Forderungen aus *Public Private Partnerships*¹²

Das Bemühen der Bundesregierung, zusätzliches privates Kapital für Entwicklungs- und Schwellenländer zu mobilisieren, führt zu weiteren deutschen Forderungen, welche in der Tabelle nicht vollständig abgebildet werden.

In der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der bündnisgrünen Bundestagsfraktion¹³ wurde deutlich, dass Schulden, die aus der Ko-Finanzierung privater Investitionen resultieren, nur teilweise in der Rubrik „FZ-Forderungen“ erfasst werden. Tabelle 2 (S. 24) zeigt von der Bundesregierung zum 31.12.2015 ausgewiesenen Forderungen im Zusammenhang mit PPP-Geschäften.

In der von BMF, BMZ und KfW angewandten Logik sind die „Darlehen aus Haushaltsmitteln“ Teile der vom BMF ausgewiesenen gesamten FZ-Forderungen mit Ausnahme der nicht ländermäßig aufgeschlüsselten Beträge „Alle Entwicklungsländer“ und „BCIE“. Dabei handelt es sich um Forderungen der Bundesregierung gegenüber multilateralen Finanzinstitutionen, die bislang in den Aufstellungen des BMF (und daher auch bislang im Schuldenreport) nicht berücksichtigt wurden. Das ist zweifellos eine Unschärfe in der Darstellung der Gläubigerposition gegenüber Entwicklungs- und Schwellenländern, die aber mit knapp 100 Millionen Euro zumindest im Moment nicht allzu sehr ins Gewicht fällt.

Allerdings gibt es eine weitere Inkongruenz zwischen den beiden

¹¹ Euler-Hermes: „Exportgarantien der Bundesrepublik Deutschland. Jahresbericht 2015“, S. 70.

¹² Zum Wesen von PPPs im Allgemeinen und ihrer Problematik siehe den Artikel „Investmentfonds übernehmen Entwicklungspolitik – Der AATIF-Fonds als Entwicklungsfinanzierung für die Agrarindustrie“ auf Seite 40 in diesem Schuldenreport.

¹³ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen „Globale Investitionen für nachhaltige Entwicklung“ vom 16. Januar 2017 (Bundestagsdrucksache 18/10709).

Tabelle 1 - Deutsche Forderungen aus Mitteln der Finanziellen Zusammenarbeit und aus Handelsforderungen (in Millionen Euro)

Land	2015					2014		
	FZ	Han- delsf.	Gesamt	Verän- derung	in Prozent	FZ	Han- delsf.	Gesamt
Ägypten	2.278	43	2.321	-69	-2,9%	2.265	125	2.390
Albanien	126	-	126	2	1,6%	124	-	124
Algerien	6	-	6	-2	-25,0%	7	1	8
Argentinien	64	2245	2309	73	3,3%	65	2.171	2.236
Armenien	97	-	97	-3	-3,0%	100	-	100
Aserbaidshan	70	-	70	2	2,9%	67	1	68
Bolivien	43	-	43	-	0,0%	43	-	43
Bosnien und Herzegowina	22	39	61	-23	-27,4%	42	42	84
Brasilien	59	-	59	-138	-70,1%	63	134	197
Bulgarien	10	38	48	-44	-47,8%	10	82	92
Burkina Faso	-	-	-	-1	-100,0%	-	1	1
Chile	46	-	46	46	Neu	-	-	-
China, VR	1.375	-	1375	-41	-2,9%	1.415	1	1.416
Costa Rica	17	-	17	-	0,0%	17	-	17
Côte d'Ivoire	53	-	53	-36	-40,4%	53	36	89
Dominik. Republik	18	2	20	-6	-23,1%	20	6	26
Ecuador	17	8	25	-	0,0%	11	14	25
El Salvador	100	-	100	-1	-1,0%	101	-	101
Gabun	3	25	28	-6	-17,6%	4	30	34
Georgien	156	-	156	-3	-1,9%	159	-	159
Ghana	183	-	183	15	8,9%	158	10	168
Guatemala	53	-	53	-2	-3,6%	55	-	55
Guinea-Bissau	-	1	1	-	0,0%	-	1	1
Honduras	31	-	31	5	19,2%	26	-	26
Indien	1.912	17	1929	-202	-9,5%	2.064	67	2.131
Indonesien	616	-	616	-223	-26,6%	656	183	839
Irak	-	926	926	212	29,7%	-	714	714
Iran	-	552	552	141	34,3%	-	411	411
Jamaika	13	-	13	-2	-13,3%	15	-	15
Jemen	-	1	1	-	0,0%	-	1	1
Jordanien	266	-	266	-	0,0%	266	-	266
Jungferninseln, brit.	-	-	-	-1	-100,0%	-	1	1
Kambodscha	-	1	1	-1	-50,0%	-	2	2
Kamerun	23	5	28	-2	-6,7%	24	6	30
Kasachstan	17	-	17	-302	-94,7%	18	301	319
Kenia	217	3	220	-11	-4,8%	225	6	231
Kirgisistan	86	6	92	8	9,5%	79	5	84
Kolumbien	31	-	31	-9	-22,5%	34	6	40
Korea DVR (Nord)	-	504	504	387	330,8%	-	117	117
Kosovo	5	-	5	3	150,0%	2	-	2
Kroatien	3	-	3	-5	-62,5%	2	6	8
Kuba	-	51	51	-8	-13,6%	-	59	59
Libanon	8	-	8	2	33,3%	6	-	6
Malaysia	-	-	-	-43	-100,0%	-	43	43

Fortsetzung Tabelle 1 - Deutsche Forderungen aus Mitteln der Finanziellen Zusammenarbeit und aus Handelsforderungen (in Millionen Euro)

Land	2015					2014		
	FZ	Han- delsf.	Gesamt	Verän- derung	in Prozent	FZ	Han- delsf.	Gesamt
Marokko	297	-	297	-22	-6,9%	302	17	319
Mauretanien	-	-	-	-2	-100,0%	-	2	2
Mauritius	-	-	-	-1	-100,0%	1	-	1
Mazedonien	30	-	30	-1	-3,2%	31	-	31
Moldau	6	12	18	11	157,1%	7	-	7
Mongolei	94	-	94	-9	-8,7%	91	12	103
Montenegro	1	21	22	-	0,0%	1	21	22
Myanmar	113	542	655	32	5,1%	119	504	623
Namibia	67	-	67	-5	-6,9%	72	-	72
Nicaragua	17	-	17	-	0,0%	17	-	17
Nigeria	11	-	11	-2	-15,4%	11	2	13
Pakistan	1.051	188	1239	-11	-0,9%	1.046	204	1.250
Paläst. Gebiete	5	-	5	-	0,0%	5	-	5
Papua-Neuguinea	7	-	7	-1	-12,5%	8	-	8
Paraguay	15	-	15	-2	-11,8%	16	1	17
Peru	215	-	215	-7	-3,2%	217	5	222
Philippinen	128	-	128	-3	-2,3%	131	-	131
Rumänien	15	-	15	-1	-6,3%	15	1	16
Rußland R.F.	0	-	-	-88	-100,0%	-	88	88
Saudi Arabien	0	-	-	-44	-100,0%	-	44	44
Serbien	177	179	356	4	1,1%	177	175	352
Seychellen	3	-	3	-	0,0%	3	-	3
Simbabwe	414	268	682	277	68,4%	332	73	405
Singapur	-	-	-	-209	-100,0%	-	209	209
Sri Lanka	256	-	256	-12	-4,5%	268	-	268
Sudan	-	323	323	56	21,0%	-	267	267
Südafrika	77	-	77	-4	-4,9%	81	-	81
Swasiland	6	-	6	-1	-14,3%	7	-	7
Syrien	126	223	349	55	18,7%	123	171	294
Tadschikistan	18	-	18	-	0,0%	18	-	18
Thailand	67	-	67	-11	-14,1%	74	4	78
Togo	-	-	-	-2	-100,0%	-	2	2
Tonga	2	-	2	-	0,0%	2	-	2
Tunesien	143	-	143	-	0,0%	141	2	143
Turkmenistan	-	-	-	-1	-100,0%	-	1	1
Uganda	-	-	-	-1	-100,0%	-	1	1
Ukraine	7	46	53	-85	-61,6%	7	131	138
Uruguay	3	-	3	-2	-40,0%	3	2	5
Usbekistan	139	-	139	-4	-2,8%	143	-	143
VAE, Dubai	-	-	-	-2	-100,0%	-	2	2
VAE, Abu Dabi	-	-	-	-40	-100,0%	-	40	40
Venezuela	-	-	-	-23	-100,0%	-	23	23
Vietnam	226	8	234	-4	-1,7%	220	18	238
Weißrussland	-	-	-	-3	-100,0%	-	3	3
Gesamt	11.760	6.277	18.037	-456		11.885	6.608	18.493

Tabelle 2 - Darlehen der deutschen FZ für laufende investive PPP-Projekte pro Land

Land	Darlehen (EUR) aus	
	Haushaltsmitteln	Marktmitteln
Afrika		27.470.794,21
Alle Entwicklungsländer	53.455.452,54	401.568.960,00
Armenien	3.941.812,04	50.000.000,00
BCIE - Zentralamerikanische Entwicklungsbank	43.975.269,64	177.657.115,40
Chile	9.612.918,81	19.225.837,62
China	27.640.652,13	27.359.347,87
Costa Rica	4.607.015,67	29.917.031,04
Ghana	13.000.000,00	
Indien	34.302.800,31	315.000.000,00
Indonesien	3.106.286,50	60.000.000,00
Jordanien	14.999.378,22	
Kambodscha		1.517.105,36
Kenia	19.124.210,69	22.582.921,60
Marokko	71.083.535,59	786.000.000,00
Mauritius		8.910.490,12
Mexiko		35.335.689,00
Nicaragua	6.000.000,00	
Peru	22.548.693,05	35.583.160,26
Südosteuropa		10.000.000,00
Tunesien	30.810.138,92	46.707.359,11
Türkei	36.701.035,00	93.050.000,00
SUMME	394.909.199,11	2.147.885.811,59
Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen „Globale Investitionen für nachhaltige Entwicklung“ vom 16. Januar 2017 (Bundestagsdrucksache 18/10709); Daten KfW Entwicklungsbank; Stand 31.12.2015; eigene Darstellung.		

arbeit aufgeführt werden. Auch KfW-Marktmittel müssen die Kriterien des *Development Assistance Council* (DAC) für *Official Development Aid* (ODA) erfüllen. Es handelt sich dabei um Mittel, die die KfW dank ihres optimalen Ratings am Kapitalmarkt zu sehr günstigen Konditionen aufnehmen und entsprechend günstig weitergeben kann. Diese Forderungen werden an das Finanzministerium gemeldet, dort aber offenbar nicht vollständig in die Forderungsliste aufgenommen, wie man an den weiteren Diskrepanzen bei Kambodscha, Mauritius, Mexiko und Marokko erkennen kann.

Es ist zu hoffen, dass diese Unklarheiten bei der Berichterstattung über die deutschen Forderungsbestände bei der nächsten Aktualisierung der Darstellung auf der BMF-Homepage beseitigt werden. Festgehalten werden kann jetzt schon, dass die deutschen Forderungen an Entwicklungs- und Schwellenländer aus der Entwicklungszusammenarbeit höher sind als bislang vom BMF – und unter Berufung auf das Finanzministerium auch von erlassjahr.de – ausgewiesen.

Schuldenumwandlung

Seit 1993 verfügt Deutschland als eines von wenigen Gläubigerländern über die Möglichkeit, auf Entwicklungshilfe-Rückzahlungen ärmerer Länder zu verzichten, wenn das Partnerland im Gegenzug Mittel in nationaler Währung für mit dem BMZ vereinbarte Vorhaben des Umweltschutzes oder der sozialen Entwicklung bereitstellt. Diese jährlich im Haushaltsgesetz fortgeschriebene „Schuldenumwandlungsfazilität“ umfasste in den letzten Jahren jeweils 150 Millionen Euro.

Allerdings waren von 2011 bis 2014 keine neuen Umwandlungen vereinbart worden, weil das Bundesfinanzministerium mit einem bürokratischen Trick die Umsetzung der Fazilität durch das Entwicklungsministerium verhindert hatte.¹⁵

Tabellen, denn die PPP-bezogenen Forderungen decken alle bis zum Stichtag 31.12.2015 getätigten Zusagen ab, während die BMF-Tabelle alle zum gleichen Datum ausgezahlten Beträge auflistet. Fragen wirft die Türkei auf, die in der BMF-Liste überhaupt nicht auftaucht, in der PPP-Liste aber immerhin mit Haushaltsmitteln von knapp 37 Millionen Euro steht. Zwei Erklärungen sind denkbar: Entweder sind diese Schulden aus PPP-Geschäften vor dem 31.12.2015 zugesagt, aber noch nicht ausgezahlt, oder sie wurden vom BMF nicht aufgeführt, weil die Türkei ein europäisches OECD-Land ist.¹⁴

Unklar ist, ob neben den BMZ-Haushaltsmitteln auch die KfW-Marktmittel vom BMF unter den deutschen Forderungen aus der Finanziellen Zusammen-

¹⁴ Da das OECD-Land Chile in der Tabelle des BMF aufgeführt wird, ist es denkbar, dass das Finanzministerium bewusst europäische OECD-Länder nicht aufführt. Dafür spricht, dass in den internen Meldungen der KfW an das Ministerium ausdrücklich auch die Griechenland-Kredite aufgeführt werden, Griechenland in der Darstellung des BMF jedoch seit 2014 nicht mehr geführt wird.

¹⁵ Siehe ausführlich dazu: Kaiser, J.: „Die deutsche Schuldenumwandlungsfazilität - Ein Lehrstück über mächtige und ohnmächtige Ministerien“, in: erlassjahr.de/ Misereor: Schuldenreport 2015, S.33-37.

Auf Druck von erlassjahr.de und Partnern aus generell infrage kommenden Ländern gelang es dem BMZ dann Ende 2015 in einer interministeriellen Abstimmung, die Blockade aufzubrechen. Vereinbart wurden im gleichen Jahr dann aber nur noch kleinere Umwandlungen mit Kirgisistan und Papua-Neuguinea, welche beide noch nicht umgesetzt sind.

2016 sah es nicht viel besser aus: Auch wegen personeller Unterbesetzung im BMZ gelang es erst kurz vor Ende des Jahres, die Zustimmung des Bundestagshaushaltsausschusses für eine Umwandlung mit El Salvador unter dem *Debt-2Health*-Programm des *Global Fund to Fight AIDS, Tuberculosis and Malaria* einzuholen. Mit einem Volumen von nur 15 Millionen Euro ist dieser Swap aber recht klein, so dass das eigentlich mögliche Volumen für Schuldenumwandlungen auch 2016 bei Weitem nicht ausgeschöpft werden konnte.

Ausgelaufen ist 2016 eines der innovativsten und ambitioniertesten Projekte, welche aus der Fazilität finanziert wurden, der Deutsch-Peruanische Gegenwartfonds. Beim *Fondo Peruano Alemán* (FPA) wurden die von der Regierung aufzubringenden Gegenwartsmittel nicht von vornherein bestimmten Entwicklungsvorhaben zugeordnet, sondern in einen Gegenwartfonds eingezahlt, welcher von den beiden Regierungen sowie der peruanischen Zivilgesellschaft gemeinsam verwaltet wurde. Damit war

der FPA nicht nur ein innovatives Instrument der Entwicklungsfinanzierung, sondern setzte auch im Hinblick auf die Partizipation der Zivilgesellschaft Maßstäbe.¹⁶

Bemühungen, den Fonds durch erneute Umwandlungen aufrecht zu erhalten, waren nicht erfolgreich, da Perus Schuldenindikatoren zwischenzeitlich deutlich gefallen waren. Ironischerweise würden die in diesem Schuldenreport dokumentierten Indikatoren für Ende 2015 das Land wieder qualifizieren. Allerdings ist Peru inzwischen auch von der Weltbank vom „Land mit Niedrigem Mittleren Einkommen“ (LMIC) zu einem „Land mit Höherem Mittlerem Einkommen“ (UMIC) hochgestuft worden. Damit ist das Land nicht mehr in der Gruppe potenzieller Empfängerländer.

2017 sind insgesamt 23 Länder mit niedrigem oder niedrigem-mittlerem Einkommen für Schuldenumwandlungen im Rahmen der deutschen Fazilität qualifiziert (siehe Box 1), davon 18 durch die Höhe ihrer Schuldenindikatoren und 9 durch laufende Abkommen mit dem Pariser Club; vier von diesen qualifizieren sich unter beiden Kriterien. Bei Konzentration der Mittel auf wenige dieser Länder, und vor allem indem man die Fazilität endlich wieder voll ausschöpft, könnte die Bundesregierung durchaus spürbare Effekte – etwa zur Bekämpfung von Fluchtursachen – erzielen. Wenn man meint, nicht mehr geben zu können, ist weniger nehmen immer eine gute Alternative.

Box 1 - Aktuell qualifizierte Länder für Schuldenumwandlungen im Rahmen der deutschen Fazilität

- Armenien
- Ägypten
- Elfenbeinküste
- El Salvador
- Ghana
- Guatemala
- Honduras
- Indonesien
- Kenia
- Kirgisistan
- Moldau
- Mongolei
- Myanmar
- Nicaragua
- Pakistan
- Papua-Neuguinea
- Simbabwe
- Sri Lanka
- Tadschikistan
- Tonga
- Tunesien
- Ukraine
- Vietnam

¹⁶ Eine ausführliche Bilanz der Arbeit des FPA hat die Informationsstelle Peru gezogen: Merk, B.: „Deutsch-Peruanischer Gegenwartfonds beendet nach 13 Jahren seine Arbeit. Eine Bilanz“, Freiburg, Februar 2017, www.infostelle-peru.de/web/wp-content/uploads/2017/02/GegenwertfondsBericht0217HP-1-1.pdf.



Casa Rosada (Argentina Presidency of the Nation): G20 2016 leaders / CC BY 2.5 AR

Warten auf Godot? Die G20 und das Thema Staatsverschuldung

von Dr. Klaus Schilder

Die Problematik wachsender Staatsschulden in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern ist ein grundlegendes Hindernis für die nachhaltige Entwicklung, die Bekämpfung von Armut und die Verringerung von sozialen Ungleichheiten. Eine drückend hohe Schuldenlast, gekoppelt mit sinkenden oder ohnehin geringen Staatseinnahmen aufgrund stagnierender Rohstoffpreise, verringert die politischen Handlungsspielräume der Regierungen, die für wirtschaftliches Wachstum und Entwicklung notwendigen Investitionen zu tätigen und in angemessener Art und Weise in öffentliche Grunddienstleistungen zu investieren.

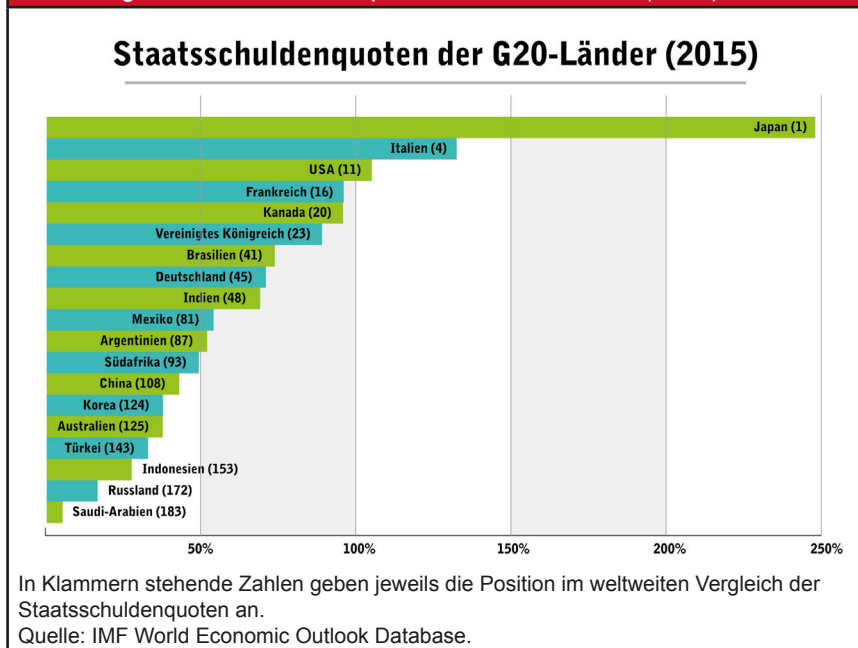
Die Staatsschuldenproblematik ist für die G20-Staaten auch ein Thema von zentraler Bedeutung, da sie selbst betroffen sind. Derzeit finden sich den Berechnungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) zufolge mit Japan und Italien zwei G20-Mitglieder unter den Top 10 der Länder mit der höchsten Staatsschuldenquote, dicht gefolgt von den USA, die weltweit an 11. Stelle stehen (siehe Abbildung 1).

Die G20-Finanzminister stellten im Februar 2016 eine generelle Zunahme der Krisenanfälligkeit in ihren Volkswirtschaften fest: „*The downside risks and vulnerabilities have risen, against the backdrop of volatile capital flows, a large drop of commodity prices, escalated geopolitical tensions, the shock of a potential UK exit from the European Union and a large and increasing number of refugees in some regions*“.¹ Eine drückende Schuldenlast und die damit verbundene Sparpolitik der öffentlichen Haushalte bremst wirtschaftliches Wachstum weiter und führt damit fast zwangsläufig zu weniger Beschäftigung und steigenden sozialen Spannungen. Kommt es zu einer Schuldenkrise infolge einer drohenden Zahlungsunfähigkeit, so werden die Sparprogramme vielfach noch durch Kürzung der öffentlichen Ausgaben, Erhöhung von Konsum- und Verbrauchssteuern und Einsparungen bei Programmen der sozialen Sicherung verschärft, letztlich auf Kosten der Bevölkerung.

Eine Analyse der Abschlussdokumente zurückliegender G20-Gipfel zeigt, dass sich die G20 den Ri-

¹ G20 Finance Ministers and Central Bank Governors Meeting, Shanghai, 27.02.2016, www.g20.utoronto.ca/2016/160227-finance-en.html.

Abbildung 1 - Staatsschuldenquoten der G20-Länder (2015)



siken einer neuen Schuldenkrise zum Trotz erst seit einigen Jahren mit der Problematik der Staatsverschuldung beschäftigt haben, und das vor allem mit Blick auf die Situation in Schwellen- und Entwicklungsländern. So bezogen sich die G20 unter russischer Präsidentschaft im Jahr 2013 lediglich auf die Anerkennung der Bedeutung der Richtlinien für das öffentliche Schuldenmanagement sowie der Schuldentragfähigkeitsanalysen von IWF und Weltbank für Niedrigeinkommensländer und würdigten die kapazitätsfördernden Maßnahmen der Bretton-Woods-Zwillinge in diesem Bereich.² Auch ein Jahr später unter australischer Präsidentschaft fanden sich mit dem Verweis auf die Bedeutung der Klauseln für kollektive Umschuldungen (*Collective Actions Clauses, CACs*) und sogenannter Gleichrangigkeitsklauseln (*pari passu*) nur wenige Worte zur Restrukturierung staatlicher Schuldenlasten in der G20-Abschlusserklärung.³ In ähnlicher Weise würdigten die G20 auch im Jahr 2015 unter der türkischen G20-Präsidentschaft die internationalen Fortschritte im Schuldenmanagement und unterstrichen die Bedeutung der Tragfähigkeitsanalysen insbesondere für Niedrigeinkommensländer.⁴ Als China

im Jahr 2016 die Präsidentschaft der G20 übernahm, überraschte das Land die Öffentlichkeit mit der Bereitschaft, weitere Schritte zur Reform des internationalen Finanzsystems zu gehen. China setzte die Frage der Restrukturierung von Staatsschulden und ein mögliches zukünftiges Staateninsolvenzverfahren auf die Tagesordnung der mächtigsten Wirtschaftsmächte der Welt.⁵ Zuvor hatten die G20 ein solches systemisches Interesse an einem geordneten Insolvenzverfahren nicht erkennen lassen. Bereits das erste Treffen der G20-Finanzminister/innen im Februar 2016 endete mit einem klaren Bekenntnis zur Weiterarbeit an einem solchen Verfahren sowie der Verbesserung der Schuldentragfähigkeitsanalysen von IWF und Weltbank: „We will continue to promote the orderliness and predictability of sovereign debt restructuring processes and strengthen debt sustainability frameworks.“⁶

In der Abschlusserklärung des G20-Gipfels in Hangzhou findet sich aber jenseits der floskelhaften Bereitschaft zur Unterstützung nachhaltiger Schuldenmanagementprozesse nur ein allgemeiner Bezug zur Arbeit des Pariser Club, einem informellen Zusammen-

² Vgl. G20 Leaders' Declaration, St. Petersburg, 06.09.2013, www.g20.utoronto.ca/2013/2013-0906-declaration.html.

³ Vgl. G20 Leaders' Communiqué, Brisbane, 16.11.2014, www.g20.utoronto.ca/2014/2014-1116-communique.html.

⁴ Vgl. G20 Leaders' Communiqué, Antalya, 16.11.2015, www.g20.utoronto.ca/2015/2015-1116-communique.html.

⁵ Vgl. Rede des chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping zu den Prioritäten der G20-Präsidentschaft 2016 in China, Peking, 01.12.2015, www.g20chn.org/English/Speeches/201512/P020151201040461460841.pdf.

⁶ G20 Finance Ministers and Central Bank Governors Meeting, Shanghai, 27.02.2016.

schluss der wichtigsten öffentlichen Gläubiger: „We underline the importance of promoting sound and sustainable financing practices and will continue to improve debt restructuring processes. We support the continued effort to incorporate the enhanced contractual clauses into sovereign bonds. We support the Paris Club's discussion of a range of sovereign debt issues, and the ongoing work of the Paris Club, as the principal international forum for restructuring official bilateral debt, towards the broader inclusion of emerging creditors.“⁷ Erst im G20-Hangzhou-Aktionsplan wird darüber hinaus Bezug auf die Notwendigkeit weiterer Arbeit hin zu einem ordentlichen Staateninsolvenzverfahren genommen: „We support the efforts to explore the cost and feasibility of the inclusion of the enhanced contractual clauses in existing stock of sovereign debt, as well as examining and discussing additional measures to smooth the sovereign debt restructuring processes.“⁸ Verstanden werden muss die chinesische Initiative auf dem Hintergrund des gleichzeitig laufenden Prozesses für ein geordnetes Staateninsolvenz-

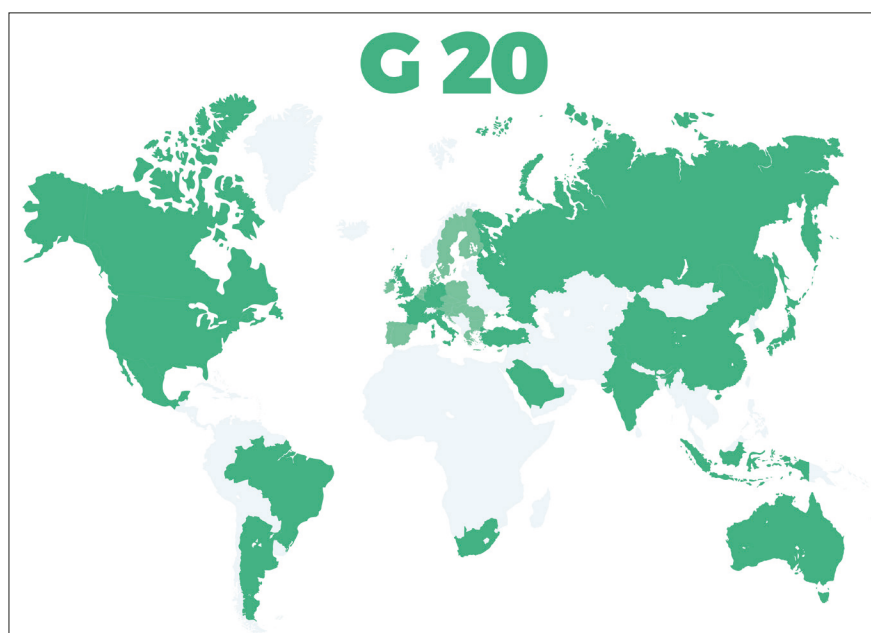
verfahren in der Vollversammlung der Vereinten Nationen. Dieser war von der Gruppe der Entwicklungs- und Schwellenländer (G77 und China) auf den Weg gebracht worden.

Deutschland hat sich für seine G20-Präsidentschaft 2017 als einen von drei Schwerpunkten die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der internationalen Finanzarchitektur zum Ziel gesetzt. Dazu zählt die Absicht, durch geeignete Maßnahmen die Schuldentragfähigkeit als Voraussetzung für die Stabilität der Finanzmärkte zu verbessern. Denn für viele Länder gibt es derzeit keine verlässlichen Strukturen oder Verfahren, um im Falle einer Schuldenkrise eine schnelle und effiziente Lösung zu finden. Deutschland beabsichtigt, gemeinsam mit den G20 daran zu arbeiten, Schuldentragfähigkeitsprinzipien insbesondere für Niedrigeinkommensländer zu entwickeln.⁹ Als weitere Arbeitsfelder für die G20 wurden im Finanzministerium der Abbau der öffentlichen und privaten Verschuldung sowie Überlegungen zur Reduzierung der Verschuldung von Industriestaaten genannt. Die

⁷ G20 Leaders' Communiqué Hangzhou Summit, 04.-05.09.2016, www.g20chn.org/English/Dynamic/201609/t20160906_3396.html.

⁸ Hangzhou Action Plan, 08.09.2016, www.g20chn.org/English/Documents/Current/201609/t20160908_3410.html.

⁹ Vgl. G20-Präsidentschaft Schwerpunkte im Finanzbereich, 29.11.2016, www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Broschueren_Bestellservice/2016-12-01-auf-den-punkt-g20-praesidentschaft.pdf?__blob=publicationFile&v=4.



Die Gruppe der 20 (G20) ist ein internationales Forum für Regierungen und Zentralbankgouverneure der zwanzig größten Volkswirtschaften der Welt. Dazu gehören: Argentinien, Australien, Brasilien, China, Deutschland, Frankreich, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Kanada, Südkorea, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien, Südafrika, Türkei, USA, Vereinigtes Königreich sowie die Europäische Union.

Unterstützung eines fairen und geordneten Entschuldungsmechanismus, über den seit 2014 auf UN-Ebene verhandelt wird, zählt allerdings nicht zu den deutschen Prioritäten.

Durchbruch auf UN-Ebene notwendig

Die Vereinten Nationen haben sich 2015 mit der Agenda 2030 und dem darin formulierten Globalen Nachhaltigkeitsziel (engl. *Sustainable Development Goal*, SDG) 17.4 dazu verpflichtet, den „Entwicklungsländern dabei behilflich [zu] sein, durch eine koordinierte Politik zur Förderung der Schuldenfinanzierung, der Entschuldung beziehungsweise der Umschuldung die langfristige Tragfähigkeit der Verschuldung zu erreichen, und das Problem der Auslandsverschuldung hochverschuldeter armer Länder an[zuh]gehen, um die Überschuldung zu verringern.“¹⁰ SDG 17.4 bezieht sich insofern auf die bisherigen Arbeiten und Initiativen der Vereinten Nationen zur Restrukturierung von Staatsschulden und zur nachhaltigen Kreditvergabe.

Bereits im September 2014 schlug der UN-Generalsekretär im Syntheserbericht zur Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung ein internationales Forum zur Diskussion eines transparenten, ordentlichen und partizipativen Verfahrens zur Schuldenrestrukturierung verschuldeter Staaten vor.¹¹ Ein solcher informeller, und damit freiwilliger Zusammenschluss von Schuldner- und Gläubigerstaaten könnte zwar als Beratungsplattform Verhandlungen unterstützen, ist aber kein Ersatz für ein international vereinbartes und verbindliches Staateninsolvenzverfahren. Dementsprechend haben sich zivilgesellschaftliche Organisationen auch im Kontext der Überprüfung des Schuldentragfähigkeitsrahmens (*Debt Sustainability Framework*) für Niedrigeinkommensländern von IWF und Weltbank dafür ausgesprochen¹², im Sinne der Umsetzung des SDG 17.4 unabhängige Schuldentragfähigkeitsanalysen auf UN-Ebene durchzuführen.

Im Jahr 2015 hat die UN-Generalversammlung (mit nur sechs Gegenstimmen, darunter fünf aus der Gruppe der G20-Staaten einschließlich Deutschlands) neun Grundprinzipien für ein geordnetes Staateninsolvenzverfahren¹³ verabschiedet. Dies war das Ergebnis des einjährigen Prozesses in der UN-Vollversammlung, der von der G77 und China initiiert worden war. Das Ergebnis bleibt weit hinter dem geforderten statuarischen Rahmenwerk zurück, dessen Erarbeitung in dieser kurzen Zeit ohnehin wenig realistisch war. Mit den verabschiedeten Prinzipien bleibt das politische Fenster für die Weiterarbeit an einem internationalen Rechtsrahmen aber weiterhin offen. Nur international verbindliche Regeln können Verlässlichkeit bei der Bewältigung von Schuldenkrisen wie im Falle von Argentinien oder anderen Schuldnerstaaten schaffen.

Notwendige Reformfortschritte

Bereits jetzt ist erkennbar, dass dem internationalen Schuldenmanagement unter der deutschen G20-Präsidentschaft entgegen den Erwartungen der internationalen Zivilgesellschaft und der G77 nur eine geringe Bedeutung beigemessen werden dürfte. Damit erfüllen sich die Hoffnungen auf eine Fortsetzung und Konkretisierung der chinesischen Initiative nicht. Dabei könnte gerade von Deutschland ein wichtiger Impuls dafür ausgehen, dass die G20-Staaten als führenden Wirtschaftsnationen der Welt gemeinsame Schritte für konkrete Reformen im internationalen Schuldenmanagement unternehmen, um der Gefahr einer Staatsschuldenkrise in vielen Ländern des Globalen Südens durch einen fairen Interessensausgleich zwischen den Gläubigern und den hoch verschuldeten Schuldnerstaaten wirksam zu begegnen.

Die deutsche G20-Präsidentschaft baut hier bisher auf die Ausweitung des Pariser Clubs – doch die Geschichte zeigt, dass ein solches Kartell wenig nützt, um zukünftige Schuldenkrisen abzuwehren und

¹⁰ UN-Generalversammlung: „Transformation unserer Welt: Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“, Resolution der UN-Generalversammlung vom 25. September 2015, www.un.org/Depts/german/gv-70/band1/ar70001.pdf.

¹¹ Vgl. UN-Generalversammlung: „The road to dignity by 2030: Ending poverty, transforming all lives and protecting the planet“, 04.12.2014, A/69/700, www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/69/700&Lang=E.

¹² Vgl. Civil Society positions on the IMF and World Bank Debt Sustainability Framework Review, Juni 2016, jubilee-debt.org.uk/wp-content/uploads/2016/06/IMF-and-World-Bank-Debt-Sustainability-Framework-Review_06.16.pdf.

¹³ Vgl. UN-Generalversammlung: „Basic Principles for Sovereign Debt Restructuring“, 29.09.2015, UN A/RES/69/319, www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/RES/69/319.

die Schuldentragfähigkeit hochverschuldeter Länder wiederherzustellen. Dies kann und sollte nur unter dem Dach einer multilateral abgestimmten Initiative geschehen. Die G20 – und hier insbesondere die Industrieländer innerhalb der Gruppe – sollten sich daher auch im multilateralen Rahmen stärker als bisher für die Entwicklung eines neuen multilateralen Regelwerks für Staateninsolvenzen einsetzen und einen solchen Mechanismus mit den notwendigen institutionellen Strukturen ausstatten. Derzeit ist aber nicht erkennbar, dass die G20 unter deutschem Vorsitz ernsthaftes Interesse daran haben, die Initiativen der Vereinten Nationen zur Schaffung eines verlässlichen Rechtsrahmens für die Umschuldung von Staaten unter breiter Einbindung von Entwicklungs- und Schwellenländern zu unterstützen. Dazu wäre ein deutliches Bekenntnis zur Unterstützung der Arbeit der UN-Generalversammlung in der Umsetzung der Grundprinzipien für ein Staateninsolvenzverfahren nötig.

Konkret sollte sich die G20 unter deutscher Präsidentschaft dafür einsetzen, dass

- sich alle Gläubigerstaaten auf allen politischen Ebenen an der Schaffung eines verbindlichen Rechtsrahmens für die Umschuldung von öffentlichen Schulden beteiligen. Ausnahmeregelungen für einige Gläubigergruppen sind abzulehnen.
- alle Schulden der hoch verschuldeten Schwellen- und Entwicklungsländer in eine wirksame Entschuldungsinitiative einbezogen werden.
- die Entscheidung über Schuldenerlasse von unabhängigen Instanzen auf der Basis unparteilicher und von Gläubigerinteressen unabhängiger Empfehlungen hinsichtlich der Tragfähigkeit und der Legitimität der Gläubigeransprüche getroffen werden.
- Investor-Staaten-Klageverfahren gegen mögliche negative

Auswirkungen regulatorischer Maßnahmen zur Überwindung von Schulden- und Finanzkrisen ausgeschlossen werden.

- Kriterien für eine verantwortliche Kreditvergabe entwickelt werden. Hier können einerseits die UNCTAD-Prinzipien zur Förderung einer verantwortungsvollen Kreditvergabe und andererseits die zivilgesellschaftliche Charta zur verantwortungsvollen Kreditvergabe an Entwicklungsländer¹⁴ als Blaupause dienen.
- im Zuge einer Staateninsolvenz fiskalische Spielräume zur Gewährung eines menschenwürdigen Existenzminimums für alle Bürgerinnen und Bürger eines betroffenen Schuldnerstaates gewährleistet sind.
- sich alle G20-Staaten an einem konstruktiven Dialog über ein verbindliches Entschuldungsverfahren auf multilateraler Ebene beteiligen.

Deutschland hat mit dem Vorsitz der G20 im Jahr 2017 auch unter schwierigen weltpolitischen Vorzeichen die Chance, die Initiative der chinesischen G20-Präsidentschaft aufzugreifen und fortzusetzen und sich für geordnete Verfahren im Falle von Staateninsolvenzen einzusetzen. Es gilt, effiziente und rechtsverbindliche Vorschläge zu entwickeln, die dazu beitragen können, die Verschuldungsgefahr in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern zu verringern. Den betroffenen Staaten müssen neue Spielräume zur Finanzierung der zur Umsetzung der SDGs bis 2030 notwendigen Investitionen in Bildung, Gesundheit und andere soziale Infrastrukturinitiativen geöffnet werden.

Die Erwartungen der Zivilgesellschaft an die deutsche Bundesregierung sind hoch, gehören doch vor allem die Menschen in den ärmsten hoch verschuldeten Ländern zu den Hauptleidtragenden der bisherigen fehlgeleiteten Finanzpolitik der G20!

¹⁴ EUODAD: „Responsible Finance Charta“, 2011, eurodad.org/files/integration/2012/01/Charter-EN-final1.pdf.



Fedor Selivanov / Shutterstock.com

Mosambik: Ein Land unter dem Ressourcenfluch¹

Am 15. September 2016 tat der Internationale Währungsfonds (IWF) etwas für seine Verhältnisse sehr Ungewöhnliches: Er kündigte einen so genannten Schuldenaudit an, das heißt die Überprüfung der Rechtmäßigkeit von Schulden eines Mitgliedsstaates bei bestimmten Gläubigern.² Es geht um Schulden der halbstaatlichen Firmen beziehungsweise Holdings EMATUM, MAM und *Proindicus* in Höhe von zusammen bis zu 2,3 Milliarden US-Dollar, welche nicht nur offenbar anders als vorgesehen verwendet, sondern auch von der Regierung vor dem IWF geheim gehalten worden waren. Alle drei Unternehmen wurden 2013 und 2014 eigens zu dem Zweck gegründet, Kredite für die Finanzierung von hauptsächlich maritimen Rüstungsgütern zu akquirieren. Sie werden in unterschiedlichen Konstellationen von der Regierung und dem Geheimdienst kontrolliert. EMATUM hat erstaunlicherweise seinen Sitz in den Niederlanden und nicht in Mosambik. Alle drei Kredite wurden von der *Crédit Suisse* oder der russischen Privatbank VTB bereitgestellt und inzwischen in kleine Tranchen zerlegt

und teilweise an Investoren weiterverkauft.³

- EMATUM ist eigentlich die Thunfischfangflotte des Landes; sie nahm 2013 einen Kredit von 850 Millionen US-Dollar auf, um in Frankreich Fischerboote zu kaufen, die aber nie zum Einsatz kamen. Im September 2015 ging EMATUM in Konkurs; der Kredit wurde in eine Staatsanleihe in Höhe von 727 Millionen US-Dollar umgewandelt.
- *Proindicus* ist ein vor der mosambikanischen Öffentlichkeit verborgenes Unternehmen, das noch vor dem EMATUM-Kredit 620 Millionen US-Dollar mit einer öffentlichen Garantie aufgenommen hatte.
- MAM (*Mozambique Asset Management*) schließlich hatte bei der VTB 535 Millionen US-Dollar aufgenommen, um davon Schnellboote zu kaufen, sowie einen weiteren Kredit in Höhe von 221 Millionen US-Dollar für Polizeiausrüstungen und Panzerwagen für das Innenministerium.

von Jürgen Kaiser

¹ Eine frühere Version dieses Textes erschien unter dem Titel „Verschuldete Zukunft“ im Mosambik-Rundbrief Nr. 93 des Koordinierungskreis Mosambik.

² IMF: „Transcript of a Press Briefing with Gerry Rice, Director of the IMF Communications Department and IMF Spokesman“, 15.09.2016, www.imf.org/en/News/Articles/2016/09/15/tr091516-Transcript-of-a-Press-Briefing-with-Gerry-Rice-Director-of-the-IMF-Communications.

³ Zu den Details des Skandals siehe die ausführliche Darstellung in: Kesselring, T.: „Der Mosambik-CS-Skandal I-III“, www.rat-kontrapunkt.ch/neu/kreditskandal-in-mosambik-die-intransparente-rolle-der-credit-suisse/.

Die genannten drei Verbindlichkeiten waren vor dem IWF bei der Vereinbarung über das laufende Beistandsprogramm sowie den Gläubigern bei der Platzierung der jüngsten Staatsanleihe verborgen worden. Im April 2016 kamen die verborgenen Kredite dann bei der regulären Artikel-IV-Konsultation des IWF ans Tageslicht. Am 4. November 2016 wurde das US-amerikanische Wirtschaftsprüfungsunternehmen *Kroll* mit der Durchführung des Audits betraut. Offizieller Auftraggeber ist die mosambikanische Generalstaatsanwaltschaft und bezahlt wird der Audit von Schweden. Treibende Kraft hinter der Beauftragung ist aber zweifelsfrei der IWF. Der Endbericht sollte eigentlich bis zum Jahresende vorliegen. Im Januar 2017 bat *Kroll* um eine Verlängerung um weitere drei Monate.

Ob der IWF zu einer solchen Überprüfung von Forderungen Dritter an einen Mitgliedsstaat, die Präsident Nyusi noch im Juli explizit und vehement abgelehnt hatte, überhaupt berechtigt ist, wurde nicht weiter hinterfragt. Der Fonds ist als Türsteher vor dem Eingang zu den internationalen Kapitalmärkten hinreichend wichtig, um solche Entscheidungen auch gegen ein Mitglied treffen zu können – zumindest gegen ein armes.

Offensichtliche Zweckentfremdung der Kredite

Die mosambikanische Zivilgesellschaft hat eine externe Überprüfung des reichlich undurchsichtigen Finanzgebarens der FRELIMO-Regierung in dieser Sache begrüßt. Im Juni hatten große Netzwerke der Zivilgesellschaft selbst genau einen solchen Audit gefordert.⁴

Präsident Nyusi und die Regierungspartei FRELIMO hatten bis zum Machtwort des IWF versucht, einen unabhängigen Audit unter Verweis auf bereits begonnene eigene Ermittlungen zu verhindern. Inzwischen liegt der Bericht einer parlamentarischen Untersuchungskommission vor. Diese war von dem angesehenen FRELIMO-Abgeordneten und früheren

Finanzminister Eneas Comiche geleitet worden. Sie bestand praktisch nur aus Abgeordneten der Regierungspartei. Gleichwohl ist ihr Ergebnis ein bemerkenswert ehrlicher Blick in einen Abgrund von Machtmissbrauch, Korruption und Regierungsversagen:⁵

- Das Aussprechen einer Staatsgarantie hätte laut Verfassung eines parlamentarischen Beschlusses bedurft, da nur das Parlament deren Gewährung autorisieren kann. Dies ist nie geschehen.
- Die aufgenommenen Kredite wurden sofort und vollumfänglich an einen dubiosen Vertragsnehmer, die Firma *Abu Dhabi Mar*, die ihrerseits mit Schlüsselpersonen der Regierung verbunden ist, weitergeleitet.
- Einen sichtbaren Nutzen haben die Kredite Mosambik bislang nicht gebracht. Selbst die angeschafften Thunfischfangschiffe erwiesen sich als unbrauchbar und verrosteten derzeit im Hafen der Hauptstadt Maputo.

Allerdings empfehlen die Parlamentarier keine Zurückweisung der Kreditrückzahlung. Die pikante Begründung dafür ist, dass dann die damals verantwortlichen Personen rechtlich belangt werden könnten. Es steht zu erwarten, dass der IWF auf der Grundlage des *Kroll*-Berichts Anfang 2017 weniger rücksichtsvoll mit den damals Verantwortlichen, namentlich Ex-Präsident Guebuza und Ex-Finanzminister Chang, umgehen wird. Guebuza hatte als Reaktion auf den parlamentarischen Bericht trotzig erklärt, er würde alles noch einmal ganz genauso machen.

Der Skandal ist nur ein Symptom

Schon jetzt ist aber erkennbar, dass diese dubiose Kreditaufnahme nicht zu trennen ist von der dramatischen Umgestaltung der mosambikanischen Wirtschaft, welche sich bis zum Jahr 2020 abzeichnet. Der IWF untersucht regelmäßig die wirtschaftliche Situation seiner Mit-

⁴ Forum de Monitorio do Orçamento et al.: „It is unacceptable to pay illegal debts“, Positionspapier von Forum de Monitorio do Orçamento, Grupo Moçambicano da Dívida and Transparency and Fiscal Justice Coalition, www.fmo.org.mz/documentos/Position-paper-Civil-Society-Moz.pdf.

⁵ Der Bericht selbst ist nicht öffentlich. Informationen aus: Hanlon, J.: „Damning report from Parliament“, in: Mozambique – News reports & clippings 348, 11.12.2016.

glieder und veröffentlicht die mitunter recht kritischen Ergebnisse in den so genannten „Artikel-IV-Berichten“. Der jüngste Bericht über Mosambik erschien Anfang 2016.⁶ Er lohnt die trockene Lektüre, insbesondere dort, wo er sich mit der zunehmenden Verschuldung des Landes beschäftigt.

Nach dem Ende des Stellvertreterkrieges zwischen der auf den Ostblock orientierten Regierungspartei FRELIMO und den vom Westen sowie der südafrikanischen Apartheidregierung unterstützen Contra-Bewegung der RENAMO waren neben großem menschlichem Leid rekordhohe Schulden des Landes die Folge des Krieges und der wirtschaftlichen Destabilisierung. 2000 und 2005 verschafften dann die internationalen Entschuldungsinitiativen HIPC und MDRI, durch die der größte Teil der Altschulden gestrichen wurde, dem Land die Chance auf einen Neuanfang.

In der Folge stiegen die Schulden im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung von einem niedrigen Niveau aus zunächst nur langsam wieder an – seit 2010 aber immer schneller. Verantwortlich dafür sind zwei Faktoren: der immens hohe Investitionsbedarf in Mosambiks Infrastruktur und die seit der Weltfinanzkrise historisch niedrigen Zinssätze auf den wichtigsten Kapitalmärkten. Afrika ist aktuell eine *Bonanza* für Investoren, die in Europa und den USA kein Geld mehr verdienen können. Besondere Aufmerksamkeit finden dabei diejenigen Länder des Kontinents, die reich an stark nachgefragten Rohstoffen sind – oder es zu werden versprechen. Seit der Entdeckung riesiger Erdgasvorräte vor der Küste des Landes gehört auch Mosambik zu dieser Gruppe.

Ende 2015 gewährte dann der erwähnte Länderbericht des IWF einen Einblick in die Dynamik, die solche Außenfinanzierung mittlerweile angenommen hat: Bis 2019 soll nach dem Basisszenario des IWF die Auslandsverschuldung des Landes von derzeit 106 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf

126 Prozent steigen.⁷ Zum Vergleich: Die meisten Expert/innen sehen zwischen 60 und 90 Prozent des Bruttoinlandsprodukts den Grenzwert, jenseits dessen Schulden ärmerer Länder eigentlich nicht mehr rückzahlbar sind, weil der laufende Schuldendienst einen zu großen Teil der jährlichen Wirtschaftsleistung absorbiert.

Anders als in der letzten Schuldenkrise werden heute die meisten Schulden aber nicht vom Staat, sondern von privaten mosambikanischen Unternehmen aufgenommen, überwiegend zum Aufbau der für die Gasexploration notwendigen Infrastruktur. Aber auch dieser Schuldenanstieg auf immerhin das Doppelte gängiger Obergrenzen ist nur ein Teil des immensen Kapitalzuflusses, den IWF und Regierung erwarten: Mosambik weist seit seiner Unabhängigkeit eine negative Leistungsbilanz auf, die nur durch dramatisch hohe Direktinvestitionen ausgeglichen wird. Diese werden nach der Vorhersage des IWF von heute 21 auf 65 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2019 ansteigenden. Direktinvestitionen schaffen zwar keine neuen Schulden, aber sie begründen ausländisches Eigentum am Rohstoffsektor Mosambiks.

Im Jahr 2020 bricht nach der Vorhersage des IWF dann aber der Zufluss der Investitionen abrupt ein und wird durch einen dramatischen Anstieg der privaten Auslandsverschuldung ersetzt. Diese wachsen laut Prognose in einem einzigen Jahr um mehr als 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die gesamte Auslandsverschuldung wird (ohne die „versteckten Schulden“) im Jahr 2020 bei 188,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen.

Mosambik im Jahr 2020: Das Basisszenario ...

Welche Zukunft lässt sich für Mosambik aus diesem Szenario herauslesen? 2020 wird es noch immer ein Niedrigeinkommensland sein. Seine Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland liegen dann aber relativ zur Wirtschaftsleistung

⁶ IMF: „Republic of Mozambique: Staff Report for the 2015 Article IV Consultation, Fifth Review Under the Policy Support Instrument, Request for Modification of Assessment Criteria, and Request for an 18-Month Arrangement Under the Standby Credit Facility-Press Release; Staff Report; and Statement by the Executive Director for Republic of Mozambique“, Country Report 16/9, www.imf.org/external/pubs/cat/longres.aspx?sk=43588.0; im folgenden: „Artikel-IV-Bericht“.

⁷ Die Angaben aus dem Artikel-IV-Bericht berücksichtigen noch nicht die versteckten Schulden; der Indikator würde durch sie nochmals um 10-15 Prozentpunkte ansteigen.

so hoch wie die Griechenlands heute. 36 Prozent seiner Exporteinnahmen werden in den Schuldendienst fließen. Der Rohstoffsektor und die zu seinem Funktionieren notwendige Infrastruktur werden im Wesentlichen in der Hand internationaler Unternehmen beziehungsweise deren mosambikanischer Töchter sein. Der Anteil des Gas-Exports an der jährlichen Wirtschaftsleistung wird etwa so groß sein wie der aller übrigen Sektoren zusammengenommen. Zugespitzt formuliert: Die mosambikanische Volkswirtschaft wird wenig mehr sein als ein Anhängsel ihres eigenen Rohstoffsektors.

Dies gilt, wohl gemerkt, für das Basisszenario, welches der IWF Anfang 2016 für das wahrscheinlichste hinsichtlich der unmittelbaren Zukunft des Landes hielt. Es baut auf ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 7,2 Prozent zwischen 2015 und 2020 und von 11,0 Prozent zwischen 2021 und 2035. Diese aus europäischer Sicht exorbitanten Wachstumsraten (zumal als langjähriger Durchschnitt) sind nicht von vornherein utopisch, denn das Wachstumspotenzial ist, da ein kompletter Rohstoffsektor neu aufgebaut wird, tatsächlich sehr groß.

... und seine Risiken

Wenn aber zum Beispiel der Gaspreis sich von seinem aktuell niedrigen Niveau nicht, wie in Maputo und Washington erhofft, erholt, bis zum Ende der Dekade das erste Gas fließt; wenn die Landwirtschaft des Landes erneut Opfer von Dürren im Klimawandel wird; wenn das „traditionelle“ Exportprodukt Kohle aufgrund anhaltender Nachfrageschwäche in China und zunehmender globaler Klimaschutzbemühungen sich nicht wie erhofft weiter verkauft – dann wird Mosambik einer gigantischen Auslandsschuld mit einer stagnierenden Wirtschaftsleistung gegenüberstehen: ein in Afrika nur allzu bekanntes Szenario.

Für den IWF ist der Versuch der mosambikanischen Regierung,

den Tiger namens „Gasexploration“ zu reiten, eine heikle Sache. Einerseits soll er natürlich dem Wirtschaftswachstum nicht im Wege stehen und wichtige am mosambikanischen Gas interessierte Mitglieder wären sicherlich nicht amüsiert, wenn aus Washington zur Zurückhaltung bei dessen schuldenfinanzierter Ausbeutung gemahnt würde. Überdies ist er auch selbst mit einem dreistelligen Millionenbetrag Gläubiger Mosambiks und die Rückzahlung setzt natürlich das gedeihliche Wachstum der Wirtschaft des Landes voraus. Andererseits aber kennen die Fonds-Expert/innen natürlich die oben beschriebenen Risiken und benennen sie in der Schuldentragfähigkeitsanalyse auch deutlich.

Der IWF versucht, mit einer gefährlichen Selbsttäuschung aus diesem Dilemma herauszukommen, indem er darauf verweist, dass es für die privaten Auslandsschulden keinerlei öffentliche Verantwortung gibt. Das ist formal richtig, aber die gab es 2008-2010 in Irland und Spanien auch nicht, und trotzdem sahen die Staaten sich genötigt, sich selbst dramatisch zu verschulden, um die für *too big to fail* gehaltenen privaten Banken zu retten. Wenn die Gefahr besteht, dass der gesamte Gassektor zusammenbricht, wird dem mosambikanischen Staat seine formale Unzuständigkeit wenig nützen.

Der sogenannte EMATUM-Skandal gibt einen Vorgeschmack darauf, wie die mosambikanische Demokratie sich unter dem „Ressourcenfluch“ immer mehr der Realität anderer rohstoffreicher Länder wie Angola oder der Republik Kongo annähern könnte: Private unternehmerische Interessen höhlen demokratische Spielregeln aus, ohne sie formal abzuschaffen; die fiskalischen Möglichkeiten des Staates werden immer marginaler im Verhältnis zu den Summen, die der Rohstoffsektor denjenigen zahlen kann, die seinen Interessen dienlich sind.

Wohlgemerkt: So kann es kommen; und die Regierung hat in den letz-

ten Jahren viel dafür getan, dass es so kommen wird. Andererseits bauen auch kritische Bewegungen wie der erlassjahr.de-Partner *Grupo Moçambicano da Dívida* darauf, dass in der alten Befreiungsbewegung FRELIMO noch genügend demokratische Substanz steckt, um eine solche Entwicklung zu verhindern. Und ein demonstratives Aufräumen mit den intransparenten Strukturen, die den EMATUM-Skandal möglich gemacht haben, sowie eine entsprechende Bestrafung der Schuldigen könnten ein großer Schritt in diese Richtung sein. Dabei könnte sich dann sogar der IWF nützlich machen.

Ausweg aus der Schuldenfalle: Entlastung durch Zahlungsverweigerung?

Dass Mosambiks Auslandsschulden spätestens mit der Hinzurechnung der „versteckten Schulden“ nicht mehr tragfähig sind, wird auch vom IWF so gesehen.⁸ Tatsächlich hat das Land bereits eine Coupon-Zahlung auf die EMATUM-Anleihe verpasst und befindet sich damit technisch im Zahlungsausfall. Eine Umschuldung ist unerlässlich, aber gleichzeitig in der aktuell unsicheren Rechtslage schwer zu bewerkstelligen. Einige Anleihegläubiger haben sich bereits zu einem Komitee zur Verteidigung ihrer Interessen zusammengeschlossen und verlangen interessanterweise, nachdem sie bei der Umwandlung des EMATUM-Kredits in eine Anleihe schon einen nominellen Verzicht geleistet haben, dass auch offizielle Gläubiger ihren Teil beitragen müssten.⁹ Allerdings ist davon auszugehen, dass die EMATUM-Umschuldung „barwertneutral“ verlaufen ist, das heißt: Der niedrigere Nennwert der Anleihe gegenüber dem ursprünglichen Kredit wurde durch einen höheren Zinscoupon ausgeglichen.

Eine gewisse Entlastung Mosambiks könnte unkonventionell dadurch gesucht werden, dass

das Parlament die Staatsgarantien auf die Skandalkredite für verfassungswidrig und damit unwirksam erklärt. Dann gäbe es eine Ungleichbehandlung der drei „versteckten Schulden“: Nur der bereits in eine Staatsschuld umgewandelte EMATUM-Bond würde weiter bedient werden, während die beiden anderen nach einer Zurücknahme der Staatsgarantie ausschließlich Schulden der beiden Holdings MAM und *Proindicus* wären. Dann könnte Mosambik die EMATUM-Anleihe weiter bedienen, aber die beiden anderen Kredite als gegenstandslos betrachten, was das Land der Wiedergewinnung seiner Schuldentragfähigkeit näher bringen könnte.¹⁰ Die beiden Banken *Crédit Suisse* und *VTB*, die die Anleihen erworben hatten, beziehungsweise diejenigen Anleger, denen sie sie inzwischen weiter verkauft haben, müssten dann auf Bedienung der Anleihen durch den mosambikanischen Staat klagen. Da beide Anleihen unter englischem Recht vergeben wurden, würde sich das Verfahren vor einem englischen Gericht und in der dort üblichen Öffentlichkeit abspielen. Für die Anleger keine schöne Vorstellung, denn dass die Banken Sorgfaltspflichten beim Erwerb der Anleihen grob verletzt haben, ist auf den ersten Blick erkennbar: Wie Federico Salazar von der Ratingagentur *Fitch* es ausdrückte: „Im EMATUM-Fall reichten den Investoren ein zweiseitiges Faltblatt sowie eine zweifelhafte Staatsgarantie, um einer Firma ohne jegliche Reputation mal eben 750 Millionen US-Dollar zuzuschieben.“¹¹

Für Mosambik würde das allerdings auch bedeuten, dass man einen eigenen Ex-Regierungschef und einen Ex-Minister des offenen Rechtsbruchs bezichtigen müsste.¹² Für die globale Schuldenbewegung indes wäre das die Wiederaufnahme der seit vielen Jahren vernachlässigten Diskussion um die Legitimität von Gläubigeransprüchen.

⁸ IMF: „IMF staff team concludes visit to Mozambique“, 13.12.2016, www.imf.org/en/News/Articles/2016/12/13/PR16555-Mozambique-IMF-Staff-Team-Concludes-Visit.

⁹ Strohecker, K.: „Mozambique bondholders call restructuring a 'pipe dream'“, Reuters, 05.12.2016, www.reuters.com/article/mozambique-eurobonds-idUSL8N1DW5PL.

¹⁰ Hanlon, J.: „Two different kinds of loans require different kinds of responses“, Mozambique – News reports & clippings 355, 22.01.2017.

¹¹ Gokolok, S.: „Fitch Chides Bond Buyers Over Mozambique's Tuna-Fishing Debt“, Bloomberg, 12.12.2016, www.bloomberg.com/news/articles/2016-12-12/fitch-chides-bond-buyers-over-mozambique-firm-that-barely-exists.

¹² Hanlon, J.: „Fitch says tuna lenders should have known better“, in: Mozambique – News reports & clippings 349, 15.12.2016.



Anton Watman / Shutterstock.com

Venezuela: Ölstaat in der Schuldenkrise

von Patricia Miranda

Venezuela ist kein Land, das man in einer Schuldenkrise vermuten würde. Es ist eines der führenden Öl-Exportländer, hat die größten nachgewiesenen Reserven und seine staatliche Erdölgesellschaft *Petróleos de Venezuela S.A.* (PDVSA) ist die fünftgrößte der Welt.¹ In Lateinamerika fördert nur Mexiko mehr Öl und Erdgas.²

2015 reduzierten sich die Beiträge der PDVSA zum Staatshaushalt um 24 Prozent – von 26,8 Milliarden US-Dollar auf 20,4 Milliarden US-Dollar – und der Rohölabsatz des Staatsunternehmens reduzierte sich im gleichen Zeitraum von 101,6 Milliarden US-Dollar auf 55,3 Milliarden US-Dollar, ein Rückgang von 46 Prozent.⁴

¹ Stand 2015 laut Petroleum Intelligence Weekly (PIW).

² Organización Latinoamericana de Energía, www.olade.org/sectores/hidrocarburos.

³ CADTM: „¿Qué pasa si Venezuela no paga su deuda externa?“, 21.07.2016, www.cadtm.org/Que-pasa-si-Venezuela-no-paga-su.

⁴ PDVSA, Geschäftsbericht 2015, www.pdvsa.com/index.php?tpl=interface.sp/design/biblioteca/readdoc.tpl.html&news-id_obj_id=14075&newsid_temas=111.

⁵ Der Primärsaldo entspricht der Differenz zwischen Staatseinnahmen und Staatsausgaben ohne Berücksichtigung der Zinsen auf die öffentlichen Schulden. Die meisten Staaten haben einen kleinen Primärüberschuss, aus dem dann die Zinsen bezahlt werden.

⁶ IWF: „Regional Economic Outlook“, 2016.

⁷ Gillespie, P.: „Venezuela's cash could run out 'within a year'“, CNN Money, 03.08.2016, money.cnn.com/2016/08/03/news/economy/venezuela-running-out-of-cash/index.html?iid=EL.

Auch wenn seit mehreren Jahren Maßnahmen zur Reduzierung der Abhängigkeit von den Öleinnahmen durch verstärkten Export anderer Waren angekündigt werden, bleibt diese nicht erneuerbare Ressource weiterhin die Haupteinnahmequelle des Landes. 96 Prozent der Deviseneinnahmen stammen normalerweise aus dem Ölexport, doch aktuell hat der Preisverfall diese Einnahmen auf 75 Prozent reduziert.³

Die Haupteinnahmequelle, PDVSA, hat nicht nur in den letzten zwei Jahren geringere Einnahmen zu verzeichnen, sondern ist auch einer der Hauptverursacher von Auslandsverschuldung durch die am internationalen Kapitalmarkt platzierten Anleihen. Von 2014 auf

Dieser Einnahmerückgang wird Auswirkungen auf den Finanzierungsbedarf des in den letzten Jahren signifikant gewachsenen Schuldendienstes haben. In dem komplexen wirtschaftlichen Kontext gehen einige Vorhersagen von einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 8 Prozent aus – der stärkste Rückgang seit 2013 –, außerdem einer Inflation von 720 Prozent und einem Primärsaldo⁵ von -23,4 Prozent.⁶

Der soziale Kontext ist ebenfalls vielschichtig, vor allem durch die Knappheit der Güter für den Grundbedarf. Die verfügbaren Daten⁷ zeigen, dass der Import von Lebensmitteln und Medikamenten im ersten Semester 2016 um 40-50 Prozent zurückgegangen ist.

Anstieg der öffentlichen Schulden

Die Schulden der Zentralregierung Venezuelas betrugen im September 2016 153 Milliarden US-Dollar, das entspricht etwa 38 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Von diesen Zahlungsverpflichtungen bestehen 27 Prozent gegenüber dem Ausland (9 Prozent des BIP), 73 Prozent sind inländische Schulden (29 Prozent des BIP).

Es muss jedoch beachtet werden, dass die Umrechnung Venezolanischer Bolívar in US-Dollar zur Überbewertung des Bruttoinlandsprodukts führt. Der offizielle und der inoffizielle Wechselkurs entfernen sich immer weiter voneinander. Während laut offiziellem Wechselkurs 10 Bolívar einem US-Dollar entsprechen, kostet ein Dollar auf dem Schwarzmarkt im Dezember 2016 900 Bolívar. Für die Bürger/innen des Landes bedeutet das, dass importierte Waren – und die meisten Konsumgüter sind importiert – unerschwinglich werden.

Die Auslandsschulden der Zentralregierung (siehe Abbildung 1) setzen sich hauptsächlich aus Anleihen zusammen, die zu ungefähr 98 Prozent in US-Dollar ausgegeben wurden. 87 Prozent haben eine feste Zinsrate zwischen 5,75 und 13 Prozent.

Der Anstieg der öffentlichen Schulden wird jedoch vor allem durch die Inlandsschulden verursacht (siehe Abbildung 2). 63 Prozent entsprechen der Ausgabe von Anleihen und staatlichen Obligationen und 37 Prozent Schuldtiteln des *Fondo Simón Bolívar para la Reconstrucción S.A.*, einer 2010 geschaffenen Körperschaft zur Förderung des Wohnungsbaus im Land. Würde man allerdings einen marktmäßigen Wechselkurs zugrunde legen (siehe oben), würde sich das Verhältnis von Inlands- zu Auslandsschulden dramatisch in Richtung der letzteren verändern.

Mehr als 96 Prozent der inländischen Schulden wurden in Bolívar ausgegeben. Das ist hinsichtlich der mit den unterschiedlichen Wäh-

Abbildung 1 - Auslandsschulden der Zentralregierung (2006-2016)

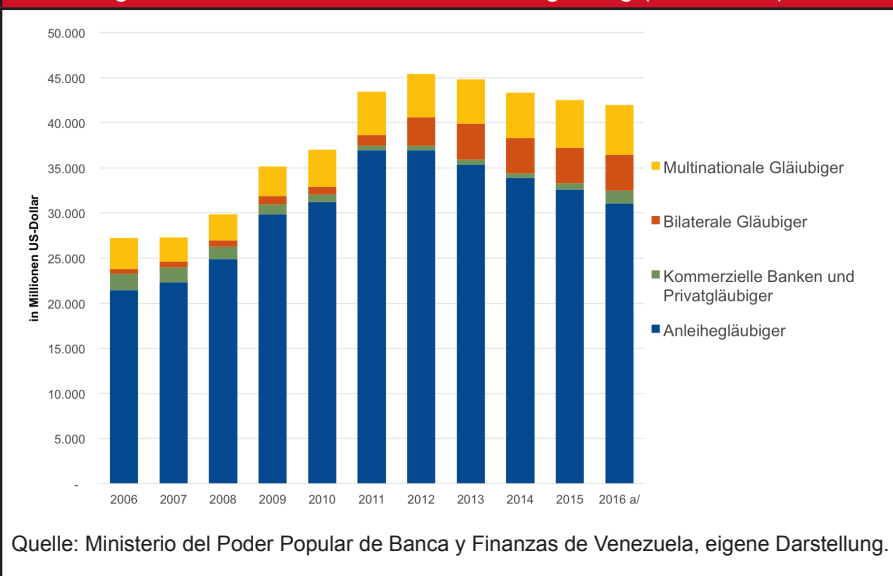
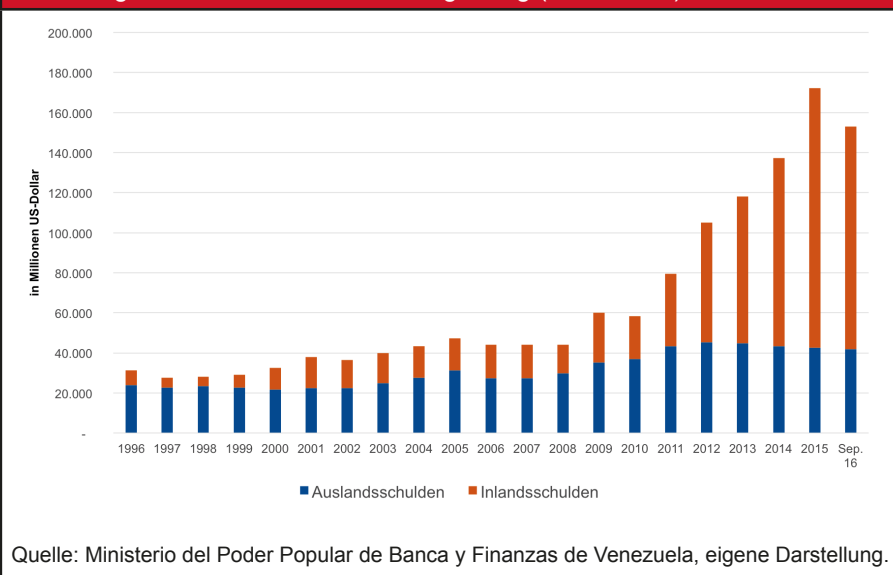


Abbildung 2 - Schulden der Zentralregierung (1996-2016)



runge verbundenen Risiken positiv. Die Laufzeiten dieser Schulden liegen zwischen 5 und 17 Jahren. Zwar sind 52 Prozent der inländischen Schulden festverzinst, die Zinssätze liegen aber bei bis zu 18 Prozent, die in der Praxis die Inflation auffrisst.

Zusätzlich zu den auf die Zentralregierung entfallenden existieren weitere Schulden gegenüber dem Ausland durch staatliche Firmen oder Treuhandfonds bilateraler Gläubiger, für die in letzter Instanz die Steuerzahler/innen haften.

Nach den verfügbaren Daten erreicht Venezuela durch die Firma

PDVSA im Jahr 2015 eine Auslandsschuldenlast in Höhe von 45,7 Milliarden US-Dollar, die hauptsächlich aus Kapitalmarktanleihen besteht.

Die Schulden bei China durch den Investmentfonds *Fondo Conjunto Chino-Venezolano y el Financiamiento de Gran Volumen y a Largo Plazo* werden auf 25 Milliarden US-Dollar in 2015 geschätzt. Weitere Schulden gegenüber China werden auf ungefähr 7 Milliarden US-Dollar geschätzt. Das Ziel des *Fondo Chino* ist die Finanzierung von Infrastrukturprojekten, Landwirtschaft, Energie, Bergbau, Petrolchemie und anderer Bereiche, die die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes vorantreiben.

Diese Schulden entfallen formal nicht auf die Zentralregierung und tauchen nicht in den Schuldenstatistiken auf. Laut einer Hochrechnung haben die öffentlichen Schulden im In- und Ausland 2015 einen Stand von 222,5 Milliarden US-Dollar erreicht, was der Hälfte des Bruttoinlandsprodukts entspricht. Venezuela ist damit in Bezug auf die Verschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt das zweitverschuldetste Land in der Region. Jedoch muss beachtet werden, dass der zugrunde gelegte Wechselkurs ein kritischer Faktor dieser Berechnung ist, da die bereits erwähnte Abweichung des offiziellen vom inoffiziellen Wechselkurs zu einer Überbewertung des Bruttoinlandsprodukts führt und damit bessere Schuldenindikatoren suggeriert. Zusätzlich verschlimmert die galoppierende Abwertung den akuten Mangel an Grundprodukten, der im Land herrscht.

Die Belastung durch den Schuldendienst

Trotz allem ist aber das größte Problem für Venezuela die Rückzahlung der Schulden. Die Projektionen zeigen, dass zwischen 2016 und 2027, den Jahren, in den die Last des Schuldendienstes am größten sein wird, dieser durchschnittlich bei 9 Milliarden US-Dollar liegen wird, zum großen Teil durch die Be-

dienung der inländischen Schulden (siehe Abbildung 3).

Venezuela versucht seine Schulden zurückzuzahlen, um nicht in die Zahlungsunfähigkeit zu geraten und nimmt dabei die sozialen Kosten in Kauf, die ein hoher Schuldendienst mit sich bringt. Aber zusätzlich kommen die Kosten für die Bedienung derjenigen Schulden hinzu, die nicht auf die Zentralregierung selbst zurückgehen, aber trotzdem eine Auslandsverschuldung darstellen. Die Bedienung der Verbindlichkeiten der PDVSA kostet 2015 8,1 Milliarden US-Dollar, und die Zahlungen an den *Fondo Chino*, die durch den Ölexport geleistet werden, entspricht in etwa einem Drittel der Einnahmen aus dem Rohölexport.

Einige Schätzungen⁸ gehen davon aus, dass der gesamte Schuldendienst im Jahr 2016 eine Höhe von 14 Milliarden US-Dollar erreicht, was 57,9 Prozent der Exporteinnahmen entspricht.

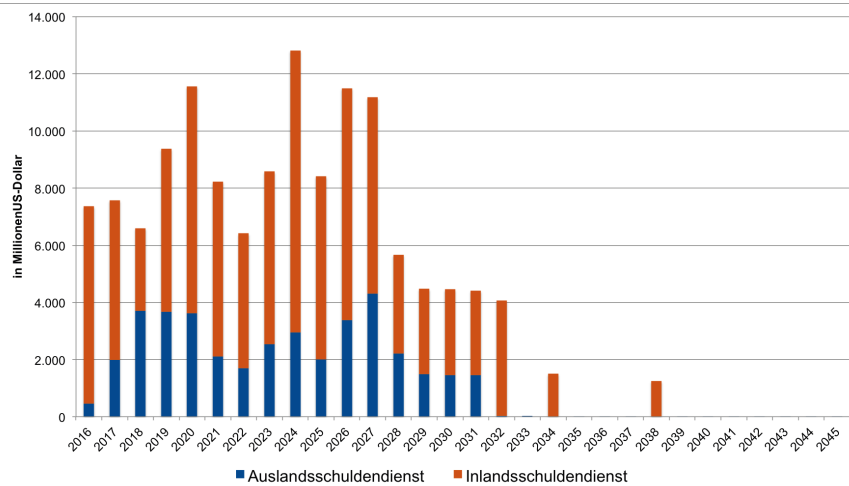
Aus den Medien ist bekannt, dass Venezuela mit China eine Stundung ausgehandelt hat, entsprechend der es 2016 und 2017 nur die Zinsen, aber keine Tilgungsraten zahlen muss. Das hilft Venezuela seinen Schuldendienst zu reduzieren und angesichts des Preisverfalls beim Öl den Haushalt zu schonen.

Die Währungsreserven der venezolanischen Zentralbank betrugen am 8. Dezember 2016 rund 11,7 Milliarden US-Dollar. Dies stellt einen signifikanten Rückgang dar; Anfang des Jahres betrugen die Reserven noch 16,3 Milliarden US-Dollar. Der Rückgang führte zu den niedrigsten Reserven seit dem Streik in der Ölindustrie im April 2003. In dieser angespannten Situation versucht Venezuela sich mit einem Umtauschangebot an seine Anleihegläubiger über 5 Milliarden US-Dollar etwas Luft zu verschaffen.

Venezolanische Staatsanleihen werden als hochspekulativ eingestuft: Seit 2009 fiel ihre Bewertung durch die Ratingagentur *Moody's*

⁸ Beispielsweise der venezolanischen Wirtschafts- und Finanzberatungsfirma *Ecoanalitica*.

Abbildung 3 - Schuldendienst der Zentralregierung (2016-2045)



Quelle: Extractado Ministerio del Poder Popular de Banca y Finanzas de Venezuela, eigene Darstellung.

von B2 (Aussicht stabil) auf Caa3 (Aussicht negativ) in 2016 und von B+ auf CCC im gleichen Zeitraum bei *Fitch*. Grund dafür war laut der Berichte dieser Ratingagenturen hauptsächlich das Risiko eines Zahlungsausfalls. Es ist außerdem wichtig zu erwähnen, dass nach der Begleichung der Schulden bei der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) Venezuela keine Kredite von diesen beiden internationalen Organisationen erhält und auch keine laufenden Programme bestehen. Der letzte Artikel-IV-Bericht des IWF zu Venezuela stammt aus dem Jahr 2004.

Die Abhängigkeit der venezolanischen Wirtschaft vom Ölexport und damit von den Preisschwankungen am Weltmarkt führt trotz der großen nachgewiesenen Ölreserven zu einer hohen Krisenanfälligkeit bei den Staatseinnahmen.

Die Bemühungen Venezuelas, gemeinsam mit der OPEC das Angebot zu reduzieren und den Ölpreis zu stabilisieren, werden den Einnahmerückgang wahrscheinlich nicht aufhalten. Auch wenn das die Verschuldungssituation kurzfristig verbessert, muss Venezuela langfristige Maßnahmen ergreifen wie den Ausbau der industriellen Wei-

terverarbeitung des Rohöls, um inländische Wertschöpfung zu generieren.

Venezuela hat im Hinblick auf seinen Schuldendienst ein erhebliches Liquiditätsproblem, aber noch wichtiger ist, dass Schuldenstände wie der Venezuelas zur Insolvenz führen können. Es wird wichtig sein, über eine Umschuldung nachzudenken, auch wenn das komplizierter ist, weil die wichtigsten Gläubiger Anleihehalter sind, was mögliche Rückkäufe oder Anleihetäusche erschwert. Im Falle von bilateralen Gläubigern haben China und Russland bereits umgeschuldet, um die hohe Schuldenlast der letzten zwei Jahre zu erleichtern, jedoch ist es wahrscheinlich, dass sie in Zukunft keine neuen Kredite mehr geben werden.

Letztendlich kann diese Situation zu einer sozialen Schuld führen, mit der Gefahr des Verlustes der dank der Einnahmen aus dem Ölexport erreichten sozialen Fortschritte. Zu diesen gehören Umverteilungsmaßnahmen zur Verringerung der extremen Armut. Dabei würden 10 Milliarden US-Dollar, die das Land jährlich an Schuldendienst leistet, ausreichen, um die gravierenden Versorgungslücken bei Importwaren zu schließen.⁹

⁹ Kogan, J.: „Why Venezuela should default“, New York Times, 21.12.2016.



Jennifer White Maxwell / Shutterstock.com

Investmentfonds übernehmen Entwicklungspolitik – Der AATIF-Fonds als Entwicklungsfinanzierung für die Agrarindustrie

von Roman Herre und
Dr. Walter Ulbrich

Sowohl die UN-Entwicklungskonferenz 2015 in Addis Abeba als auch die nachfolgend beschlossenen nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen und die OECD setzen auf die verstärkte Einbeziehung der Privatwirtschaft in die Entwicklungsfinanzierung. Auch die G20-Staaten begrüßten bei ihrem letzten Treffen in Hangzhou, China, ausdrücklich die Bemühungen der multilateralen Entwicklungsbanken, „private Ressourcen einzuwerben“¹.

Eine Diskussion um grundsätzliche, systemische Probleme bei der Einbindung der Privatwirtschaft in Entwicklungsvorhaben, wie noch vor einigen Jahren üblich, wird nicht mehr geführt. Risiken werden höchstens auf der Umsetzungsebene gesehen, welche durch gute Bewertungs- und Überprüfungsmethoden sowie unverbindliche *Corporate-Governance*-Grundsätze und verantwortungsvolle Unternehmensführung in den Griff zu bekommen sind.²

Die G20 unterstützen dabei eine „Diversifizierung von Finanzinstrumenten“³. Neben den auch in

Deutschland sehr kontrovers diskutierten Öffentlich-Privaten Partnerschaften (engl. *Public Private Partnerships*, PPPs) und der Nutzung von Finanzintermediären, also Banken und anderen Finanzakteuren, denen Gelder zur weiteren Vergabe überlassen werden, spielen in den letzten Jahren immer mehr so genannte Mischfinanzierungsinstrumente beziehungsweise *Blending*-Fazilitäten eine Rolle. Hier werden öffentliche und private Gelder eingeworben und diese dann vermischt (= *blended*) weiter investiert. Oft geschieht dies über Investmentfonds, die dann in mehrere Unternehmen oder Projekte investieren.

Angesichts unterschiedlicher Einschätzungen der entwicklungspolitischen Wirkung gab das Europäische Parlament 2014 eine Studie dazu in Auftrag.⁴ Diese kommt zum Ergebnis, dass eine solche Vermischung öffentlicher Zuschüsse mit privaten Kapitalmarktdarlehen nicht weiter geführt werden solle, solange keine ausreichende Klarheit über deren Wirkungen herrscht. Und statt über solche Instrumente finanzielle Risiken privater Geldge-

¹ Communiqué der Staats- und Regierungschefs der G20, Gipfeltreffen von Hangzhou, 04.-05.09.2016, www.g20.org/Content/DE/_Anlagen/G7_G20/2016-09-04-g20-kommunique-de.pdf?__blob=publicationFile&v=8, Abschnitt 39.

² Ibid.

³ Ibid.

⁴ European Parliament (eds.): „Financing for development post 2015: improving the contribution of private finance“, 2014, europa.eu/eyd2015/sites/default/files/users/maja.ljubic/expo-deve_et2014433848_en.pdf.

ber abzusichern, sollten die EU und deren Mitgliedsländer vielmehr mit Zuschüssen den Aufbau institutioneller Kapazitäten in den Entwicklungsländern unterstützen.

Die Weltbank hat über ihre *International Finance Corporation* (IFC) die Förderung privater Investitionen über Investmentfonds massiv ausgebaut. So verwaltet beispielsweise die 2009 gegründete Tochter der IFC, die *Asset Management Corporation*, mittlerweile über 13 eigene Investmentfonds insgesamt 9,1 Milliarden US-Dollar.⁵ Auch die deutsche KfW Entwicklungsbank hält mittlerweile Beteiligungen an 39 Investmentfonds mit einem Wert von 1,3 Milliarden Euro, die meist zusammen mit anderen europäischen Entwicklungsbanken aufgelegt wurden.⁶

Der AATIF-Fonds

Einer dieser Entwicklungsfonds ist der vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) initiierte und zusammen mit der KfW Entwicklungsbank sowie der Deutsche Bank AG im August 2011 aufgelegte *Africa Agriculture and Trade Investment Fund* (AATIF) mit Sitz in Luxemburg. Dieser wird als „innovative öffentlich-private Partnerschaft“⁷ bezeichnet, hat jedoch deutliche Charakteristika einer Mischfinanzierung und sollte eher als *Blending*-Fazilität verstanden werden.

Der AATIF ist ein strukturierter offener Fonds, der so in Deutschland nicht erlaubt wäre.⁸ Diese Spezialform beinhaltet unterschiedliche Risikoklassen. Gemäß der Übernahme von Verlusten nach dem Wasserfallprinzip ergibt sich, dass

- die C-Anteile zuerst Verluste übernehmen (Einlagen von derzeit 64 Millionen US-Dollar BMZ-Mitteln und 2 Millionen US-Dollar der zwischenstaatlichen Finanzinstitution *Common Fund for Commodities*),
- darüber hinausgehende Verluste von den B-Anteilen getragen werden (Einlagen von je 26 Millionen US-Dollar von der KfW und der Deutschen Bank,

sowie 12 Millionen US-Dollar von der Österreichischen Entwicklungsbank OeDB)

- und wenn diese aufgebraucht sind, werden sie von den A-Anteilen getragen (Einlagen von 30 Millionen US-Dollar kommen von kirchlichen Investoren und aus privaten Vermögen, dazu 12 Millionen US-Dollar von der OeDB).

Damit übernimmt das BMZ substantielle finanzielle Risiken, was in der Logik des Fonds private Investoren anlocken soll.

140 Millionen US-Dollar wurden bis dato investiert.⁹ Zwischen April 2014 und März 2016 waren etwa 105 Millionen US-Dollar an Krediten offen. In diesem Zeitraum flossen jährlich etwa 6,1 Millionen US-Dollar an Zinsen aus Afrika nach Luxemburg zurück, womit die Zinsrate bei knapp 6 Prozent liegen müsste.

Der Fonds wird von der Deutschen Bank verwaltet, welche durch ein Investment-Komitee und dies wiederum durch den Aufsichtsrat unter Vorsitz der KfW überwacht wird. Das BMZ ist nicht in der *Governance*-Struktur des Fonds vertreten, lässt sich jedoch regelmäßig berichten.¹⁰ Eine externe Evaluierung der entwicklungspolitischen Wirkungen des AATIF insgesamt ist nach Aussage der Bundesregierung erst vor Auslaufen einer Teilinvestition im Jahr 2021 vorgesehen.¹¹

Ein Fonds für die Armen?

Erklärter Auftrag des Fonds ist „das Potenzial des afrikanischen Agrarsektors auf allen Ebenen – Produktion, Verarbeitung, Dienstleistungen und Handel – zugunsten der Armen zu erschließen“¹². Noch deutlicher wird der Aufsichtsratsvorsitzende des AATIF, Thomas Duve von der KfW: „2011 machten wir uns auf den Weg, die Millenniumsentwicklungsziele der Beendigung der extremen Armut und des Hungers zu unterstützen.“¹³

Der Nachweis positiver Effekte für die Armen ist angesichts der ver-

⁵ Siehe Webseite der *IFC Asset Management Company*: www.ifcamc.org.

⁶ KfW: „Agrarfinanzierungen der KfW in Afrika“, www.kfw.de/KfW-Konzern/Newsroom/Pressematerial/Themen-kompakt/Agrarfinanzierung. 60 Prozent der Beteiligungen sind öffentliche Gelder, knapp 40 Prozent Eigenmittel der KfW.

⁷ Siehe hierzu die Webseite des AATIF: www.aatif.lu.

⁸ Siehe auch Antwort des BMZ (Staatsekretär Silberhorn) vom 17.11.2014 auf eine Schriftliche Frage des Bundestagsabgeordneten Movassat, Drucksache 18/3258.

⁹ Stand: 2. Quartal 2016; „AATIF Quarterly Reporting Q2 2016“, www.aatif.lu/tl_files/downloads/quarterly_reports/Quarterly_Report_2016_Q2.pdf.

¹⁰ Nach Aussage des BMZ erfolgen diese Berichte teilweise mündlich.

¹¹ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Globale Investitionen für nachhaltige Entwicklung“, Drucksache 18/10868 vom 18.10.2017, Frage 32 innerhalb des Abschnitts über Strukturierte Fonds, dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/108/1810868.pdf.

¹² Deutsche Bank: „Innovative Public-Private-Finanzierungsstrukturen für Lebensmittelsicherheit in Afrika: Der Africa Agriculture and Trade Investment Fund (AATIF)“, www.db.com/cr/de/konkret-Africa-Agriculture-Trade-and-Investment-Fund.htm.

¹³ „AATIF Annual Report 2014/15“, www.aatif.lu/tl_files/downloads/annual_reports/AATIF_AR_2015.pdf, S. 4, eigene Übersetzung.



Wie alle Megafarmen in Sambia ist auch die *Agrivison-Farm Somawhe* eine Enklave, die man nicht ohne Weiteres durchqueren kann.

schachtelten Finanzierungsmechanismen jedoch schwierig.

Entwicklungshilfe von Finanzparadiesen zu Finanzparadies

Nach eigenen Angaben zielt der Fonds auf „kleine, mittlere und große Landwirtschaftsbetriebe sowie Agrarunternehmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette“¹⁴. Zwar wird erklärt, dass dies durch direkte sowie indirekte Finanzierungen erreicht werden solle. Ein Blick auf die Investitionen des Fonds zeigt jedoch, dass von den 140 Millionen US-Dollar 79 Prozent an Firmen vergeben wurden, die aus Finanzparadiesen agieren oder kontrolliert werden.

Auch der Fonds selbst operiert aus dem Finanzparadies Luxemburg.¹⁵

Es werden also große Summen (direkt und indirekt) in andere Finanzparadiese verschoben. Offiziell begründet wird die Auswahl Luxemburgs als Standort wie folgt:

- der Fonds muss dort „grundsätzlich keine Ertragssteuer zahlen“,
- „das Luxemburger Recht ermöglicht die Strukturierung des Fonds nach dem so genannten Wasserfallprinzip, bei dem bestimmte Investoren mehr Verlus-

te übernehmen als andere“ und

- „Luxemburg bietet einen angemessenen Regulierungsrahmen“.¹⁶

Mit anderen Worten waren dem BMZ die deutschen Regeln und Gesetze in Sachen Investmentfonds, die nicht ohne Grund vom deutschen Gesetzgeber geschaffen wurden, nicht genehm. Standortwahl und Investitionen des AATIF sind auch bezüglich der Bemühungen der Bundesregierung im Rahmen der G20, Finanzparadiese besser zu regulieren und Steuer-
vermeidung und -verschleierung durch hohe Intransparenz zu reduzieren, schwer verständlich.

AATIF-Investition in Sambia und Armutswirkung

Der Frage nach den entwicklungs-
politischen Effekten, die durch zusätzliche private Gelder auch noch vervielfältigt werden sollen, soll nun anhand der ersten Investition des AATIF in Sambia nachgegangen werden. Hier ist eine Bewertung möglich, da es sich um einen direkten Kredit des Fonds handelt und zudem auf umfangreiche Informationen durch vom Fonds unabhängige Vor-Ort-Recherchen zurückgegriffen werden kann.¹⁷

¹⁴ „AATIF Annual Report 2015/2016“, www.aatif.lu/tl_files/downloads/annual_reports/AATIF_AR_2015.pdf, S. 11, eigene Übersetzung.

¹⁵ Laut KfW ist dies heute gängige Praxis der deutsche finanziellen Zusammenarbeit. Vgl. KfW: „Agrarfinanzierungen der KfW in Afrika“.

¹⁶ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Die Rolle der Deutschen Bank AG als Partner für Ernährungssicherheit“, Drucksache 17/10286 vom 11.07.2012, dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/102/1710286.pdf.

¹⁷ Neben der Sichtung öffentlich zugänglicher Dokumente wurden seit 2012 mehrfach Gespräche mit den Fonds-Verantwortlichen und dem *Compliance Advisor* geführt sowie zwei Vor-Ort-Recherchen im Februar 2014 und Juli 2016 durchgeführt.

Im Oktober 2011 hat der AATIF seinen ersten Kredit über 10 Millionen US-Dollar an den Finanzinvestor *Agrivision Africa* (damals *Chayton Africa*) mit Sitz auf Mauritius vergeben. Damit sollte die Expansion der Tochterfirma *Agrivision Zambia* (damals *Chobe Agrivision*) in Sambia finanziert werden. Im Oktober 2016 wurde der 5-Jahres-Kredit um weitere 5 Jahre verlängert.¹⁸

Aktuell hat *Agrivision* 18.000 Hektar Land in Sambia erworben und baut vor allem Soja, aber auch Weizen und Mais im industriellen Stil an, was unter anderem auf der Johannesburgurer Börse verkauft wird. *Agrivision* profitiert von einem Investitionsschutz und -fördervertrag, der Exportrechte von bis zu 80 Prozent der Produktion sichert.¹⁹

Der Fonds hebt in seinem ersten Bericht zur AATIF-Investition in *Agrivision* folgende lokale entwicklungspolitische Wirkungen der Investition hervor:²⁰

1. Verbesserung des lokalen Arbeitsangebotes
2. Beschäftigungsprogramm zur Weiterbildung und Qualifizierung von Arbeiter/innen
3. Trainingsprogramme für benachbarte Kleinbäuer/innen
4. Verbesserung der Wohnsituation von Arbeiter/innen und Malaria-schutz
5. Anbindung der Kinder von Farmarbeiter/innen an die lokale Schule

2009 erklärte der Investor in Sambia öffentlich, 1.639 Arbeitsplätze zu schaffen.²¹ Tatsächlich ist seit dem Jahr der Kreditvergabe die Zahl der Arbeitsplätze trotz weiterer Farmzukäufe von 258 auf 208 gesunken.

Vertreter des AATIF ergänzten im Entwicklungsausschuss des deutschen Bundestags im Juni 2012, dass Arbeitsplätze für arme Menschen auch über Vertragslandwirtschaft geschaffen würden. Doch ein Kleinbauernprogramm, das mit zusätzlichen Mitteln des BMZ unterstützt werden sollte, scheint laut AATIF-Informationen nach über vier Jahren der 5-Jahres-Laufzeit



Für das Sammeln von 50 Kilo dieser Wild-Nüsse bezahlt *Agrivision* 50 Ngwee, etwa 5 Cent.

noch in der Planungsphase zu stecken. Von einer direkten und auch indirekten positiven Beschäftigungswirkung, die als zentrale Armutswirkung hervorgehoben wird, kann demnach keine Rede sein.

Darüber hinaus wurde eine extrem niedrige Bezahlung von Gelegenheitsarbeit auf den *Agrivision*-Farmen im Distrikt Mkushi dokumentiert. Das Sammeln eines 50-Kilo-Sacks von herbizidresistenten Wild-Nüssen wird laut Aussage der Arbeiter/innen mit umgerechnet 5 Cent entlohnt.²²

Laut AATIF-Kontrollen wurde der staatlich garantierte Mindestlohn an Angestellte sowie Gelegenheitsarbeiter/innen gezahlt. Aber nicht nur das genannte Beispiel lässt erhebliche Zweifel an der Aussage aufkommen: Bei einem Besuch des Vize-Arbeitsministers Sambias auf der Farm *Somawhe* im Jahr 2014 forderte er das Farm-Management auf, Mindestlöhne zu bezahlen.²³

Bei mehreren der *Agrivision*-Farmen schwelen Landkonflikte zwischen lokalen Gemeinden und der kommerziellen Farm. Die kleinbäuerliche Gemeinde Kasambamyambi lebt im westlichen Randgebiet der 12.000 Hektar großen Farm

¹⁸ Im Oktober 2015 wurde planungsgemäß die erste Tranche von 3 Millionen US-Dollar zurückgezahlt. Der verbliebene Kredit in Höhe von 7 Millionen US-Dollar wurde 2016 um 5 Jahre verlängert.

¹⁹ Vgl. „AATIF Annual Report 2015/2016“, S. 29. Dies ist widersprüchlich zu der Aussage von Herrn Duve im Entwicklungsausschuss (14.06.2012), dass bei Hungersituationen der Export gestoppt würde.

²⁰ Vgl. „AATIF Annual Report 2011“, www.aatif.lu/tl_files/downloads/annual_reports/AATIF_AR_2011.pdf, S. 14; sowie KfW: „Pressemitteilung: Absatzmärkte für Afrika erschließen“, 11.02.2012, www.db.com/cr/de/docs/003_D_Absatzmaerkte_fuer_Afrika_erschliessen_-_AATIF.pdf.

²¹ The Post: „Govt pledges better investment climate“, 13.11.2009.

²² Persönliche Interviews mit Gelegenheitsarbeiter/innen am 04.07.2016.

²³ Persönliche Interviews mit Farmarbeiter/innen im Juli 2016.

Somawhe im Distrikt Mpongwe. Expansionspläne, die praktisch die Vertreibung der gesamten Gemeinde bedeutet hätten, wurden auf Drängen von FIAN revidiert. Gemeindemitglieder berichten, dass sie kurz vor der Übernahme durch *Agrivision* von ihrem Land, das weiter innerhalb der Farm lag, gewaltsam vertrieben wurden. Eigentum, wie Häuser oder eine Maismühle, wurde ohne Entschädigung zerstört. Die Gemeinde fordert seit Jahren eine offizielle Grenzziehung und Vergabe eines eigenen Landtitels, um nicht der Willkür des Investors ausgesetzt zu sein und langfristige Sicherheit zu schaffen.

Seit Mitte der 80er Jahre lebt die Gemeinde Ngambwa auf einem Streifen Land entlang der Eisenbahntrasse zwischen Großfarmen, die unter anderem in Besitz von *Agrivision* sind. Der gesamte Siedlungsstreifen war bis vor kurzem in Besitz der Eisenbahngesellschaft TAZARA, die dort ihre ehemaligen Arbeiter/innen angesiedelt hatte, von denen einige bis heute hier leben. Die Gemeinde nutzte das Land zum Anbau von Nahrungsmitteln. Im Juli 2016 berichteten die Gemeindemitglieder, dass ihnen seit einigen Monaten von *Agrivision* verboten wurde, das wenige Ackerland um ihre Häuser zu bewirtschaften. Eine Bewohnerin erklärte: *„Das Land wurde uns weggenommen. Nun ist es schwierig an Essen zu kommen. Wir wollen den Boden bewirtschaften, damit unsere Kinder satt werden und nicht stehlen gehen.“*²⁴ Mehr noch, ihnen wurde angekündigt, dass alle selbst errichteten Häuser zerstört würden und alle Bewohner/innen das Land zu verlassen haben. Es wurde eine alternative Fläche angeboten, welches jedoch ohne Häuser und Zugang zu Wasser für sie unakzeptabel sei.

Das Vorgehen verletzt menschen-

rechtliche Mindeststandards in Bezug auf Zugang zu Land und Umsiedlungen. Durch den Verlust des Ackerlandes wurde der Gemeinde eine grundlegende Möglichkeit genommen, sich zu ernähren und damit ihr Recht auf Nahrung verletzt.

Bewertung

Die Investition wirft substantielle Fragen zur angemessenen Überwachung und Einhaltung menschenrechtlicher Standards wie Land-, Arbeits- und Partizipationsrechte auf. Wie im Kontext von Agrarinvestitionen vielfältig zu beobachten, werden auch bei *Agrivision* anfangs positive Zielbotschaften in den öffentlichen Raum gestellt. Durch den Investor wie auch durch die Bundesregierung wurde vor allem eine umfangreiche Beschäftigungswirkung hervorgehoben. Doch die offiziellen Zahlen des AATIF legen eine gegenteilige Wirkung nahe. Auf Nachfragen zu Landkonflikten wurde erklärt, dass es bei der *Agrivision*-Investition um bereits existierende Großfarmen ginge und daher Landkonflikte kein Thema seien.²⁵ Auch dies erwies sich als nicht zutreffend.

Die Bundesregierung sieht „keinen Widerspruch zwischen einer angemessenen risikoorientierten Rendite und dem angestrebten Beitrag zu Armutsminderung und Ernährungssicherung“²⁶. Im Gegenteil: „Der AATIF soll die Realisierung und die Machbarkeit finanziell nachhaltiger bzw. rentabler und entwicklungspolitisch sinnvoller Vorhaben demonstrieren.“²⁷

Werden solche neuen Instrumente zur Entwicklungsfinanzierung weiter ausgebaut, wie es auch der „Marshallplan für Afrika“ des BMZ fordert, wird deren Relevanz auch für die Verschuldung von Entwicklungsländern von zunehmender Bedeutung sein.

²⁴ Dorfbewohnerin, Interview im Juli 2016.

²⁵ Anhörung des Entwicklungsausschusses AWZ vom 14.06.2012.

²⁶ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Die Rolle der Deutschen Bank AG als Partner für Ernährungssicherheit“, Drucksache 17/10286.

²⁷ Ibid.



Golden Brown / Shutterstock.com

Indiens Entwicklungszusammenarbeit zwischen postkolonialer Solidarität und geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen

Bei Rang 130 auf der UNDP-Skala der Menschlichen Entwicklung ist es nicht selbstverständlich, dass ein Land als Geber mit eigener Entwicklungszusammenarbeit (EZ) auftritt. 68,8 Prozent aller Indier/innen leben mit weniger als 2 US-Dollar am Tag. Indiens EZ dient der politischen Unterstützung Indiens und dem Marketing indischer Produkte, vielleicht noch stärker als die EZ der traditionellen Geber.¹ Wie alle EZ bewirkt auch die indische einen Strukturwandel und stellt traditionelle Formen der Existenzsicherung in Frage. Die indische Zivilgesellschaft schafft es nicht, von der eigenen Regierung eine Rechenschaftslegung für die indische EZ zu fordern. Dafür fehlen die Beteiligungsmöglichkeiten und die Transparenz.

Entwicklungsparadox Indien

Voraussichtlich 2019 übernimmt Indien die G20-Präsidentschaft – ein wichtiger Meilenstein auf seinem Weg zu internationalem Einfluss. Indien ist ein „Entwicklungsparadox“, so der frühere britische Entwicklungsminister Andrew Mitchell. Das Land hat eine der

höchsten Wachstumsraten der Welt, gibt 32 Milliarden US-Dollar für Verteidigung aus, verfügt über Atomwaffen, leistet sich ein ca. 2 Milliarden US-Dollar pro Jahr teures Raumfahrtprogramm und hat 153.000 Dollarmillionäre.² Indiens Wirtschaftsleistung liegt bei gut 2 Billionen US-Dollar bei Wachstumsraten von zwischen 7 und 8 Prozent jährlich. In die eigene EZ investierte es ca. 1,4 Milliarden US-Dollar.

Indien zählt jedoch selbst noch zu den Entwicklungshilfeempfängern: 2014 erhielt Indien Netto-Entwicklungshilfe von knapp 3 Milliarden US-Dollar, das ist 1 Prozent der Staatseinnahmen. Denn Indien wird von der Weltbank mit einem kaufkraftbezogenen Pro-Kopf-Einkommen von 5.700 US-Dollar³ als ein unteres Mitteleinkommensland klassifiziert. Ein Zensus zeigte 2015, dass immer noch 75 Prozent der indischen Bevölkerung unter der nationalen Armutsgrenze von 2,40 US-Dollar leben.⁴

Indiens Auslandsschulden sind moderat. Sie liegen am Jahresende 2015 bei 23,7 Prozent der gesam-

von Peter Lanzet

¹ Fuchs, F. und K. C. Vadlamannati: „The Needy Donor: An Empirical Analysis of India's Aid Motives“, 2012, Universität Heidelberg.

² The Internationalist: „Does India need aid?“, 2012, newint.org/books/reference/world-development/case-studies/india-need-foreign-development-aid/.

³ Trading Economics: „India GDP Annual Growth Rate“, www.tradingeconomics.com/india/gdp-growth-annual.

⁴ Katyal, R.: „India census exposes extent of poverty“, 03.08.2015, CNN, edition.cnn.com/2015/08/02/asia/india-poor-census-secc/.

Tabelle 1 - Ausgewählte Schwellenländer und ihre EZ			
Land	Entwicklungszusammenarbeit		Jahr
	in Prozent des Bruttonationaleinkommens	in Mio. US-Dollar	
Argentinien	0,004	10	2006
Brasilien	0,04	900	2010
China	0,05	4.350	2012
Kolumbien	0,002	8	2012
Mexiko	0,002	19	2009
Südafrika	0,08	194	2006
Thailand	0,04	74	2006
Türkei	0,41	3.308	2013
Venezuela	1,37	2.500	2006
Quelle: Voluntary Action Network India: „Development Finance and Cooperation in SSC with Special Focus on India“, 2015, New Delhi.			

ten Wirtschaftsleistung.⁵ Allerdings liegen die gesamten Schulden des Staates im In- und Ausland im Verhältnis zu den Einnahmen durchaus in einem kritischen Bereich.⁶

Herausbildung der indischen EZ

Größe und Umfang der indischen EZ hängen mit geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen des Landes zusammen. Andere G20-Länder wie Mexiko, Argentinien oder Südafrika investieren vergleichsweise weniger in ihre EZ. Indien spielt eher in einer Liga mit China, Brasilien und der Türkei, bei sonst sehr unterschiedlichen ökonomischen Grunddaten (siehe Tabelle 1).

Indiens EZ begann in den 50er Jahren. Das Land nahm Teil am 1951 vereinbarten *Colombo Plan*, der später zu einer regionalen kollektiven EZ-Organisation wurde mit Mitgliedsländern von Afghanistan bis Australien. Sie existiert noch heute und fördert insbesondere den Austausch im Bereich der beruflichen Bildung. Ein weiterer wichtiger Anstoß zur Süd-Süd-Kooperation erfolgte 1955 durch die berühmte Bandung-Konferenz in Indonesien.

29 afrikanische und asiatische Staaten vereinbarten damals Handels-, Kultur- und politische Kooperation. In den 60er Jahren

entwickelte sich daraus das Programm *Indian Technical & Economic Cooperation* (ITEC) – institutionalisiert 1964 – das bis 1972 die Zusammenarbeit mit 50 Staaten organisierte. ITEC ist bis heute eine der wichtigsten Säulen der indischen EZ, 2013-14 hat es etwa 8.500 Student/innen ausgebildet und dafür fast 60 Prozent der EZ-Mittel des Außenministeriums ausgegeben.

Die ersten Projekte der Technischen und Finanziellen Zusammenarbeit in den 50er Jahren wurden mit Nepal, Bhutan und Burma realisiert, wo etwa 128 Kilometer Straßen und ein Hospital gebaut oder Budgetzuschüsse gewährt wurden. Bereits Ende der 60er Jahre und in den 70er Jahren war die Zusammenarbeit begründet durch den Bedarf nach Energie (Wasserkraftwerk aus Nepal), das Ziel mit Nepal eine Pufferzone zu China zu stärken, aber auch schon durch den Wunsch, als ein Akteur auf dem internationalen Parkett wahrgenommen zu werden.⁷

Indische HIPC-Initiative

Indien beteiligte sich an der HIPC-Initiative zum Schuldenerlass für die ärmsten Länder und erließ sieben Staaten (Mosambik, Tansania, Sambia, Guyana, Nicaragua, Ghana und Uganda) insgesamt 20 Millionen US-Dollar⁸; eine Maßnahme, um die „strategischen wirtschaftlichen Interessen im Ausland zu stärken und zu fördern“⁹.

Indische Globalisierung und EZ

Indien öffnete seine Märkte allmählich Mitte der 90er Jahre. Es wandelte sich von einer relativ geschlossenen, importsubstituierenden Wirtschaft mit großem öffentlichem Sektor hin zu einer kapitalistischen Wirtschaft, die sich an der Globalisierung beteiligt. Davon profitierte die Warenproduktion und damit die Mittelklasse auf Kosten traditioneller, informeller Wirtschaftsformen sowie ländlicher und armer Bevölkerungsgruppen. Die Globalisierung trug auch zum Wachstum der Devisenreserven

⁵ Government of India, Ministry of Finance: „India's external debt“, Status Report 2015-16.

⁶ Siehe den Artikel „Verschuldete Staaten weltweit“ auf Seite 6 in diesem Schuldenreport.

⁷ Chaturvedi, S. et al.: „Indian Development Cooperation: the State of the Debate“, 2014, S. 7.

⁸ BBC News: „India to scrap poor countries' debts“, news.bbc.co.uk/2/hi/business/2974880.stm.

⁹ Chaturvedi, S. et al., 2014, S. 9.

bei. Das Riesenland mit seinen ca. 1,3 Milliarden Menschen unterstrich bei verschiedenen Gelegenheiten seine Entschlossenheit, international eine größere Rolle zu spielen. Es strebt seit 2013 nach einem eigenen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Seit 1995 setzt Indien im eigenen Land wirtschaftsliberale Reformen durch, unter anderem durch die Öffnung vieler Produktmärkte für den Weltmarkt. Nach Außen führte die gemeinsame Kritik am „Westen“ zu einer Betonung der Süd-Süd-Kooperation im Rahmen der „G77 und China“, einem losen Verbund von heute 134 Entwicklungsländern in den Vereinten Nationen. Zeitlich fallen das Streben Indiens nach wirtschaftlichem Wachstum und zunehmendem internationalem Einfluss mit der Herausbildung der indischen EZ zusammen.

Mitte der 90er Jahre wird die *Development Partnership Administration* (DPA) als Agentur des indischen Außenministeriums geschaffen. Sie zieht die Planung und Realisierung der indischen EZ ab 2004 an sich und koordiniert sie einschließlich der Vergabe von konzessionären Krediten in Zusammenarbeit mit der staatlichen EXIM Bank (vergleichbar mit der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) in Köln). Die Aufgabenbereiche im Einzelnen sind:¹⁰

- Kredite für bis zu 25 Jahre mit einem Zuschusselement bis zu 37,48 Prozent, Investitionsgüter müssen zu 75 Prozent in Indien beschafft werden;
- Zuschussprojekte in Afrika, Asien und Lateinamerika;
- Vergabe von über 8.500 zivilen und 1.500 militärischen Ausbildungsplätzen koordiniert durch ITEC (*Colombo Plan* für 161 Partnerländer), 47 Institutionen führen etwa 280 Kurse jährlich durch;
- Humanitäre Hilfe, Katastrophenhilfe.

2014 betrug Indiens konzessionäre Entwicklungsfinanzierung 1,4 Milliarden US-Dollar, von denen etwa 10 Prozent über multilaterale Ka-

näle vergeben werden. Indiens prioritäre Partnerländer sind seine Nachbarländer, darunter insbesondere Bhutan, das 61 Prozent seiner bilateralen Hilfe erhält, gefolgt von Afghanistan, Sri Lanka, Nepal, Bangladesch, Myanmar und den Malediven. Gegenstand der Zusammenarbeit sind zumeist Wasserkraftwerke (Bhutan), Gesundheit, Bildung und Informationstechnologie. Dabei besteht die Zusammenarbeit mit Indiens geographischen Nachbarn vor allem aus Zuschüssen.

Indische EZ in Afrika

Zuschüsse machen in der Zusammenarbeit mit afrikanischen Ländern gerade mal 3 Prozent im Vergleich zur Kreditvergabe aus (siehe Tabelle 2).

Die Zusammenarbeit mit Afrika hat 2014 stark zugenommen. Anfang November 2015 veranstaltete Neu-Delhi den dritten Indien/Afrika-Gipfel. Der neue Premierminister Narendra Modi kündete neue konzessionäre Kredite in Höhe von 10 Milliarden US-Dollar für Afrika über die nächsten fünf Jahre an. Ferner sollen 600 Millionen US-Dollar Zuschüsse für Entwicklungsprojekte zur Verfügung gestellt werden, die 100 Millionen für den *India Africa Development Fund* und den *India Africa Health Fund* beinhalten.¹¹

¹⁰ Chaturvedi, S.: „The Development Compact: A Theoretical Construct for South-South Cooperation“, RIS-DP # 203, 2016.

¹¹ The Financial Express: „PM Narendra Modi at India-Africa summit: 10 key highlights from his speech“, 30.10.2015, www.financialexpress.com/economy/pm-narendra-modi-at-india-africa-summit-top-10-key-highlights-from-his-speech/158300/.

Tabelle 2 - Jährliche Bewilligungen von Zuschüssen und Entwicklungskrediten an afrikanische Länder (in Mio. US-Dollar)

Jahr	Zuschüsse	Entwicklungskredite
2004/05	23,6	100,0
2005/06	13,9	1.052,6
2006/07	4,4	141,5
2007/08	12,8	524,5
2008/09	21,8	470,1
2009/10	22,6	486,5
2010/11	27,1	1.055,1
2011/12	22,4	1.189,4
Gesamt 2004-2012	156,0	5.019,7

Quelle: WTO/CII: „India-Africa: South-south trade and investment for development“, 2013.

Tabelle 3 - Landgrabbing der BRICS-Länder (ohne Russland)

Land	Fläche nach Regionen (ha)	Zielländer
Brasilien	Ostafrika: 28.000	Mosambik, Äthiopien
	Gesamt: 28.000	
Indien	Zentralafrika: 15.000	Kambodscha, Indonesien, Laos, Philippinen, Indien, Kamerun, Äthiopien, Madagaskar, Mosambik, Sudan
	Ostafrika: 1.761.800	
	Nordafrika: 8.020	
	Südostasien: 139.689	
	Gesamt: 1.924.509	
China	Zentralafrika: 10.000	Kambodscha, China, Sudan, Laos, Philippinen, Indien, Bolivien, Peru, Argentinien, Benin, Kamerun, Äthiopien, Mali, Demokratische Republik Kongo, Uganda, Simbabwe
	Ostafrika: 126.171	
	Südamerika: 348.972	
	Südostasien: 628.139	
	Westafrika: 26.000	
	Gesamt: 1.139.282	
Südafrika	Zentralafrika: 340.000	Kolumbien, Angola, Benin, Äthiopien, Demokratische Republik Kongo, Mosambik, Madagaskar
	Ostafrika: 367.174	
	Südamerika: 55.794	
	Westafrika: 650.000	
	Gesamt: 1.412.968	
Quelle: Land Matrix Initiative, nach Ferrando, T.: „Land grabbing under the cover of law: Challenges and Opportunities for South Africa and Africa“, Transnational Institute Working Paper, 2014.		

Wie Tabelle 3 zeigt, gehört Indien zu den großen „Landgrabbern“ unter den BRICS-Ländern, um die eigene Ernährungssicherung zu verbessern. Indien will für 15-20 Jahre 2 Millionen Tonnen Getreide und 5 Millionen Tonnen Lebensmittellöle in Afrika produzieren und hat zu diesem Zweck eine Zusammenarbeit von Regierung und Privatsektor auf den Weg gebracht sowie bilaterale Investitionsschutzabkommen mit 13 Ländern in Afrika ausgehandelt.¹²

Indien betrachtet China als Rivalen in Afrika. Premier Modis „Make in India“-Exportoffensive hängt zu einem guten Teil vom erfolgreichen Anzapfen der Kaufkraft der neuen afrikanischen Mittelklasse ab. Indiens Handel mit Afrika betrug 2014 72 Milliarden US-Dollar und hat sich seit 2007 verdoppelt. Allerdings ist der Handel Afrikas mit China mehr als dreimal so groß. Mit einem *India/Africa-Duty-free Tariff Preference Scheme*¹³ und dem erwähnten entwicklungspolitischen Entgegenkommen will sich

Indien Afrikas China-Müdigkeit, ein Resultat der chinesischen Wirtschaftskrise 2014/15 und eines als zu massiv empfundenen Auftretens Chinas in Afrika¹⁴, zunutze machen, um selbst stärker ins Geschäft zu kommen.

Die oben genannten finanziellen Zusagen Indiens verfolgen auch innenpolitische Ziele. Sie sollen dabei helfen, die Kapitalknappheit des großen öffentlichen Sektors der Wirtschaft in Indien bei seiner Zusammenarbeit mit den öffentlichen Wirtschaftssektoren afrikanischer Staaten zu reduzieren. Die Exportkreditabsicherung (88,89 Millionen US-Dollar im Zeitraum 2015-2016¹⁵) dient dem Abbau der Scheu indischer Investoren vor unternehmerischen Risiken in Afrika.¹⁶

Süd-Süd-Kooperation

Indien versteht seine EZ als einen Beitrag zur Süd-Süd-Kooperation. Das am 1. Dezember 2016 zu Ende gegangene zweite Ministertreffen

¹² Ferrando, T.: „Land grabbing under the cover of law: Challenges and Opportunities for South Africa and Africa“, Transnational Institute Working Paper, 2014, S. 10.

¹³ International Centre for Trade & Sustainable Development: „A Critical Analysis of India's Duty-free Tariff Preference Scheme“, 2014.

¹⁴ The Economist: „One among many“, 15.01.2015, www.economist.com/news/middle-east-and-africa/21639554-china-has-become-big-africa-now-backlash-one-among-many.

¹⁵ Chaturvedi, S., 2016, S. 37.

¹⁶ Foreign Policy: „In India, It's time for Africa“, foreignpolicy.com/2015/10/28/in-india-its-time-for-africa/?wp_login_redirect=0.

der *Global Partnership for Effective Development Co-operation* sagt im *Nairobi Outcome Document* zum Thema Süd-Süd-Kooperation: „Partner der Süd-Süd-Zusammenarbeit schätzen die Prinzipien der nationalen Souveränität, der nationalen Ownership und Unabhängigkeit, der Gleichheit, Freiheit von Konditionalität, bedarfsorientierte Unterstützung, Nicht-Einmischung in nationale Angelegenheiten und den gegenseitigen Nutzen der Zusammenarbeit“¹⁷. Ein Blick auf den Geist und den Wortlaut des *Nairobi Outcome Documents* zeigt, dass genau diese Prinzipien (allerdings noch einige weitere, wie Menschenrechte und Multi-Stakeholder-Kooperation mit allen Akteuren unter anderem auch mit der Zivilgesellschaft) von allen Akteuren der *Aid Effectiveness Partnership* geschätzt werden, nicht nur den Süd-Süd-Kooperanten. Doch diese Formulierung hilft den miteinander kooperierenden Entwicklungsländern ihre eigene Identität in der multilateralen Zusammenarbeit zu behaupten.

Development Compact

Die indische EZ greift dieses Verständnis von Süd-Süd-Kooperation auf, es findet sich wieder im Entwicklungskonzept des *Development Compact*. Dabei handelt es sich sozusagen um die indische Entwicklungsideologie. Es verbindet die Prinzipien der konditionalitätsfreien Kooperation zwischen Entwicklungsländern in einem gemeinsamen entwicklungs- und geopolitischen Aktionsfeld. Dazu gehören der gegenseitige Nutzen, die Nicht-Einmischung, das Streben nach qualitativem Wirtschaftswachstum, insbesondere Pro-Kopf-Einkommen, die Kapazitätsbildung und die Stärkung von Institutionen.¹⁸ Der *Compact*, also die auf dem Ausdruck des Bedarfs begründete Vereinbarung der Zusammenarbeit, kann sich je nach Bedarf aus den Elementen Kapazitätsbildung, Handel und Investitionen, Krediten, Zuschüssen und Schuldenerlass sowie Technische Zusammenarbeit zusammensetzen.¹⁹

Hier geht es ausschließlich um gegenseitigen Nutzen und Wachstum. Im Vergleich zu den Entwicklungskonzepten der traditionellen Geberländer fällt das Fehlen von Bekenntnissen zu Demokratie, Partizipation, Transparenz, Menschenrechten, Bewahrung von Umwelt und Klima unmittelbar ins Auge.

Die Rolle der Zivilgesellschaft

Die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in Indien selbst ist ohne die Zehntausenden von NGOs gar nicht vorstellbar. Viele sind auf Bundesstaaten- und/oder auf Unionsebene organisiert. Diejenigen, die ausländische Zuschüsse für ihre Projekte erhalten, werden von der Unionsregierung an der engen Kandare des Gesetzes über die ausländischen Beiträge geführt. Jeder einzelne Zuschuss muss beantragt, registriert, bewilligt und seine Verwendung dokumentiert werden. Die Regierung macht ausführlich von ihrem Recht Gebrauch, gegebenenfalls in jedem Stadium eines Projekts einzuschreiten. Die indische Zivilgesellschaft führt Klage über ihren immer enger werden operationalen und politischen Spielraum. Gleichzeitig werden zivilgesellschaftliche Organisationen von Regierung und Gesellschaft für ihren Beitrag zur sozialen Entwicklung im Lande gelobt.

Indiens EZ ohne Zivilgesellschaft

In Bezug auf Indiens eigene EZ spielt die indische Zivilgesellschaft noch so gut wie keine Rolle. Die indische EZ findet auf der Ebene von Regierungen, Firmen der öffentlichen Hand oder Privatunternehmen statt.

Die Zivilgesellschaft ist nicht in die Entscheidungsgremien der indischen EZ eingebunden, weder auf der Ebene der *Development Partnership Administration* noch bei der EXIM Bank. Ein Blick auf ihre Webseiten zeigt, dass beide Regierungseinrichtungen versuchen, ihre Arbeit transparent darzustellen, allerdings sind sie dabei noch nicht weit gekommen. Insbesondere

¹⁷ GPEDC 2016: „The Nairobi Outcome Document“, Paragraph 25.

¹⁸ Chaturvedi, S., 2016, S. 7.

¹⁹ Chaturvedi, S., 2016.

re Informationen über die Wirkungen der indischen EZ und der konzessionären Investitionen sucht man vergeblich.

Transparenz und Beteiligung

In einem Papier über die Süd-Süd-Erfahrungen in der Technischen Zusammenarbeit in Indien fordert die indische NGO-Plattform *Voluntary Action Network India*, dass NGOs sich für Regierungsprogramme engagieren und Teil von Begleitungs- und Evaluierungsaufgaben werden sollen.²⁰ In Indien selbst spielen soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenrechte, saubere Umwelt und die Klimaerwärmung als Orientierung der Arbeit der indischen Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle. Damit sie diese Anliegen auch in die EZ ihrer Regierung einbringen können, bräuchte es ein wesentlich höheres Maß an Transparenz und Beteiligungsmöglichkeiten.

Die indische Zivilgesellschaft kann bis dato wesentliche Fragen, die sich im Zusammenhang mit der EZ ihrer Regierung ergeben, nicht erforschen. Die Regierung legt nur in sehr oberflächlicher Weise Rechenschaft ab, indem sie den geopolitischen und wirtschaftlichen Nutzen der EZ betont. Die Zivilgesellschaft ist aufgrund der Informationslage und trotz des in Indien geltenden Informationsfreiheitsge-

setzes nicht in der Lage, in kompetenter Weise und auf der Basis eigener Studien von der Regierung Rechenschaft über den Einsatz der Mittel und ihre Wirkung auf die Bevölkerung, Umwelt und Entwicklung zu verlangen. Dafür sind die Bereitschaft und die erforderliche Transparenz bei der indischen Regierung und dem indischen Privatsektor nicht vorhanden.

Ein besserer Einblick in die Wirksamkeit und Leistung der indischen EZ wird auch dadurch erschwert, dass Indien grundsätzlich die Projekte der Regierungen der Entwicklungsländer beziehungsweise Privatsektorprojekte unterstützt. Sie hält kaum eigene Durchführungs- und Begleitkapazitäten vor. Gerade in Bezug auf die Rechenschaftslegung verlässt sie sich weitgehend auf die Kredit- und Zuschussnehmer. Um zu mehr Transparenz zu gelangen, müssen daher auch diese Akteure in den Transparenzdialog einbezogen werden.

Die *Global Partnership for Effective Development Co-operation* bemüht sich, auch die Süd-Süd-Kooperation effektiver zu gestalten. An diesem Dialog kann die Zivilgesellschaft mitarbeiten. Hier findet sie Bündnispartner auf ihrem Weg zu mehr Beteiligungsbereitschaft und Transparenz der indischen Regierung und einer substantiellen Rechenschaftslegung.

²⁰ Mohan, J.: „South-South Experience in Technical Cooperation in India“, in: „Reality of Aid 2016 Report“, S. 217.

GLOSSAR

BRIC-Länder – Als BRIC-Länder werden die vier aufstrebenden Schwellenländer Brasilien, Russland, Indien und China bezeichnet. Die Bezeichnung BRICS schließt auch Südafrika ein.

Collective Action Clauses – Diese Kollektivklauseln in Kreditverträgen erlauben es einer Gläubigermehrheit, für alle Gläubiger bindende Vereinbarungen mit dem Schuldner zu treffen.

Extraktivismus – Eine Volkswirtschaft wird als „extraktivistisch“ bezeichnet, wenn sie zu einem überdurchschnittlichen Teil ihre Wertschöpfung und insbesondere ihre Hartwährungseinnahmen durch den Export von Rohstoffen erzielt. *erlassjahr.de* zählt zu dieser Gruppe Länder, die mindestens 75 Prozent ihrer gesamten Warenexporteinnahmen durch den Verkauf von landwirtschaftlichen Rohstoffen, Energierohstoffen und Metallen und Mineralien an das Ausland oder mindestens 50 Prozent durch eine einzige dieser drei Kategorien erwirtschaften.

G20 (Gruppe der 20) – Die G20 ist ein internationales Forum für Regierungen und Zentralbankgouverneure der zwanzig größten Volkswirtschaften der Welt. Dazu gehören: Argentinien, Australien, Brasilien, China, Deutschland, Frankreich, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Kanada, Südkorea, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien, Südafrika, Türkei, USA, Vereinigtes Königreich sowie die Europäische Union. Die G20 vertritt somit zwei Drittel der Weltbevölkerung und erwirtschaftet zusammen 90 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Welt.

Governance (dt.: Regierungs-, Amts- bzw. Unternehmensführung, auch: Lenkungsform) – Steuerungs- und Regelungssystem im Sinn von Strukturen einer politisch-gesellschaftlichen Einheit wie Staat, Verwaltung, Gemeinde, privater oder öffentlicher Organisation. Der häufig verwendete Begriff *Good Governance* bezeichnet dementsprechend die gute Regierungsführung.

GUS – Gemeinschaft Unabhängiger Staaten – Regionale internationale Organisation, in der sich verschiedene Nachfolgestaaten der Sowjetunion zusammengeschlossen haben. Oft genutzt zur Bezeichnung aller ehemaligen Sowjetstaaten.

Hermesbürgschaft – Bezeichnung deutscher Exportbürgschaften. Benannt nach der Euler Hermes AG, die im Auftrag und auf Rechnung der Bundesregierung deutsche Exporte ins Ausland gegen das Risiko eines Zahlungsausfalls versichert.

HIPC (Heavily Indebted Poor Countries) – Hoch verschuldete arme Länder (nach Definition der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds) qualifizieren sich im Grundsatz für die gleichnamige Entschuldungsinitiative.

HIPC-Initiative – Entschuldungsinitiative, die 1996 von Weltbank und Internationalen Währungsfonds geschaffen wurde. Die sogenannten HIPCs (39 Länder) sollten einen Schuldenerlass bekommen, der alle Kredite einbezieht: die bilateralen Schulden bei Staaten, die Schulden gegenüber den multinationalen Entwicklungsbanken und dem Internationalen Währungsfonds sowie die Schulden bei privaten Banken. In der Wirklichkeit gelang dies nur teilweise.

konzessionär – Ein konzessionärer Kredit wird zu deutlich besseren Bedingungen vergeben als marktüblich, also zu niedrigeren Zinsen und längeren Laufzeiten.

Millenniumsentwicklungsziele (engl.: Millennium Development Goals, MDGs) – Die MDGs sind acht messbare Zielgrößen, mit deren Erreichung die Lebensbedingungen in Entwicklungsländern bis zum Jahr 2015 verbessert werden sollten. Die MDGs wurden im Jahr 2001 von einer Arbeitsgruppe aus Vertreter/innen der Vereinten Nationen, der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds und dem Entwicklungsausschuss (DAC) der OECD formuliert. Sie wurden aus der Millenniumserklärung abgeleitet, die im Rahmen des so genannten Millennium-Gipfels der Vereinten Nationen im Jahr 2000 verabschiedet wurde.

MDRI (Multilateral Debt Relief Initiative, dt.: Multilaterale Entschuldungsinitiative) – Beim G8-Gipfel 2005 in Gleneagles (Schottland) beschlossener Schuldenerlass für diejenigen Länder, die bereits durch die HIPC-Initiative entschuldet wurden. Dabei verzichten unter anderem die Weltbanktochter *International Development Association* und der Internationale Währungsfonds auf 100 Prozent ihrer vor Beginn der Initiative entstandenen Forderungen an die betreffenden Länder.

ODA (Official Development Aid, dt.: Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit) – Als ODA (Official Development Aid, dt.: Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit) werden die Mittel bezeichnet, die DAC-Länder (also die Mitgliedsländer des Entwicklungshilfesausschusses der OECD) Entwicklungsländern zur Verfügung stellen.

OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development, dt.: Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) – Internationale Organisation mit 34 Mitgliedsstaaten, die sich der Demokratie und der Marktwirtschaft verpflichtet fühlen.

Pariser Club – Der Pariser Club ist ein seit 1956 bestehendes informelles Gläubigerkartell, in dem sich zurzeit 22 Industrieländer zusammengeschlossen haben. Hier werden im Konsens Umschuldungen und Schuldenerleichterungen für einzelne Schuldnerländer ausgehandelt. Die Vereinbarungen haben jedoch keinen rechtlich bindenden Charakter.

PPP/ÖPP – (Public Private Partnership, dt.: Öffentlich-private Partnerschaft) – Vertraglich geregelte Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und Unternehmen der Privatwirtschaft in einer Zweckgesellschaft. Ziel von PPP ist die Arbeitsteilung, wobei der private Partner größtenteils selbst die Finanzierung besorgt, wovon die öffentliche Hand sich Entlastungen der Haushalte verspricht.

SDGs (Sustainable Development Goals, dt.: Ziele für nachhaltige Entwicklung) – Die SDGs sind politische Zielsetzungen der Vereinten Nationen, die der Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung auf ökonomischer, sozialer sowie ökologischer Ebene dienen sollen. Anders als die MDGs gelten sie für alle Staaten und sollen bis zum Jahr 2030 erreicht werden. Sie umfassen 17 Oberziele und 169 Unterziele.

SIDS (Small Island Developing States, dt.: Kleine Inselentwicklungsstaaten) – Gruppe von 39 kleinen Inselstaaten vor allem in der Karibik und im Pazifik, die zu den am höchsten verschuldeten Ländern der Welt gehören. Kleine Inselentwicklungsstaaten sind außerdem besonders von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen.

Süd-Süd-Kooperation – Süd-Süd-Kooperation bezeichnet im weitesten Sinne die Zusammenarbeit zwischen Ländern des Globalen Südens im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, technischen und ökologischen Bereichen, zum Beispiel auf regionaler und bilateraler Ebene durch das Teilen von Wissen, Fähigkeiten und Ressourcen, um gemeinsam Entwicklungsziele zu erreichen. Im Laufe der Zeit hat sich die Süd-Süd-Kooperation im Bereich Handel und ausländische Direktinvestitionen stark entwickelt.

LITERATURHINWEISE

Kaiser, J.:

„Häufig erhobene Einwände gegen ein Internationales Insolvenzverfahren“

Fachinformation 55, April 2016



Wenn in Deutschland ein Unternehmen oder eine Person zahlungsunfähig wird, dann regelt das Insolvenzrecht, worauf die Gläubiger Anspruch haben und worauf nicht. Nötigenfalls entscheidet ein Richter, der selbstverständlich unparteiisch zu sein hat. Das ist nicht nur fair gegenüber allen Beteiligten, es ist auch in hohem Maße

effizient. Ohne eine solche Gesetzgebung könnte eine moderne, auf Kredit aufgebaute Wirtschaft kaum funktionieren. Deshalb ist es eigentlich auf den ersten Blick einleuchtend, dass durch ein vergleichbares Verfahren auch die Pleite von Staaten besser, fairer und effizienter bewältigt werden könnte als durch die Entscheidungen, die die Gläubiger als Richter in eigener Sache treffen. Trotzdem werden gegen das von erlassjahr.de und vielen anderen propagierte Staateninsolvenzverfahren eine Reihe von Einwänden erhoben: politische, wirtschaftliche und juristische; manche sind auf den ersten Blick plausibel, andere weniger. Dieses Papier setzt sich mit den wichtigsten von ihnen auseinander.

Kaiser, J.; W. Schonecke und W. Stierle:

„Vor der nächsten Krise. Biblische Impulse zur Überwindung der globalen Verschuldung“

Herder Korrespondenz 70/6, Juni 2016



Die Globalisierung des Kapitalismus produziert neben Wirtschaftswachstum und Reichtum auch Ungleichheiten. Die Schere zwischen Arm und Reich ist eine der Ursachen für immer zahlreichere und brutalere Konflikte sowie für Flüchtlingsströme. erlassjahr.de-Bündnisrat Wolfgang Schonecke und der Politische Koordinator des Bündnisses Jürgen Kaiser

ziehen zusammen mit dem BMZ-Grundsatzreferenten Prof. Wolfram Stierle eine Linie von der alttestamentlichen Erlassjahr-Bestimmung zum existierenden Insolvenzrecht in unserem Rechtssystem. Sie begründen, warum eine ähnlich rechtsstaatliche Regelung für Staaten überfällig ist.

Kaiser, J.:

„Extraktivismus und Verschuldung“

Fachinformation 56, Januar 2017



Als extraktivistische Volkswirtschaft bezeichnet man in der kritischen politischen Ökonomie solche Volkswirtschaften, die zu einem überdurchschnittlichen Teil ihre Wertschöpfung und insbesondere ihre Hartwährungseinnahmen durch den Export von Rohstoffen erzielen. In Fachinformation 56 „Extraktivismus und Verschuldung“ untersucht

Jürgen Kaiser (unter Mitarbeit von Gökçen Bürlükkara) Länder, die mindestens 75 Prozent ihrer gesamten Warenexporteinnahmen durch den Verkauf von landwirtschaftlichen Rohstoffen, Energierohstoffen und/oder Metallen und Mineralien oder mindestens 50 Prozent durch eine einzige dieser drei Kategorien erwirtschaften und deren Verschuldungsindikatoren gleichzeitig kritische Grenzwerte überschreiten. Sie stellen fest: Extraktivistische Ökonomien sind durchschnittlich nicht höher verschuldet als nicht-extraktivistische. Sie weisen allerdings einen deutlich stärkeren Trend zu Verschlechterung ihrer Indikatoren auf als die Vergleichsgruppe aller Entwicklungs- und Schwellenländer.

Guzman, M. und J. Stiglitz:

„A soft law mechanism for sovereign debt restructuring based on the UN principles“

FES Dialogue on Globalization, Oktober 2016



Joe Stiglitz und sein Ko-Autor Martin Guzman schlagen eine Serie von informellen Vereinbarungen vor, um auch in Abwesenheit eines rechtsverbindlichen Entschuldungsmechanismus die von der UN-Vollversammlung im September 2015 beschlossenen „9 Prinzipien für Entschuldung“ in die Praxis umzusetzen.



Material zur Kampagne
**Debt20: Entwicklung
braucht Entschuldung
– jetzt!** finden Sie unter

erlassjahr.de/produkt-kategorie/aktionsmaterial/.

UNTERSTÜTZEN

Ja!

- ☐ **Wir werden Mitträger!**
☐ **Ich werde Unterstützer/in!**

Organisation (falls zutreffend)

Vorname, Name (falls Mitträgerschaft: Ansprechpartner/in)

Anschrift

Telefon

E-Mail

Den Mitträgerbeitrag von jährlich

- ☐ 60 € für Eine-Welt-Gruppen
☐ 120 € für Kirchengemeinden, NROs und Netzwerke
☐ 300 € für Dekanate, Kirchenkreise und Verbände
☐ 600 € für Landeskirchen und Diözesen

bzw. den Unterstützerbeitrag von jährlich

- ☐ 24 €
☐ 60 €

- ☐ € überweise ich jeweils zum:
auf das Konto von erlassjahr.de.

- ☐ ermächtige ich Sie hiermit von folgendem Konto
abzubuchen:

Konto-Inhaber/in

IBAN

BIC

Ort, Datum

Unterschrift

erlassjahr.de - Entwicklung braucht Entschuldung e. V.
Carl-Mosterts-Platz 1
40477 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 4693-196
Fax.: 0211 / 4693-197
E-Mail: buero@erlassjahr.de
www.erlassjahr.de

Bankverbindung:

Kontoinhaber: erlassjahr.de e.V.
Kreditinstitut: Bank für Sozialwirtschaft in Köln
IBAN: DE19 3702 05000 008 2477 00
BIC: BFSWDE33XXX



erlassjahr.de

Entwicklung braucht Entschuldung

Mitmachen

Der Einsatz für faire Entschuldung wäre nicht möglich ohne die Unterstützung von derzeit über 600 Mitträgerorganisationen und vielen engagierten Einzelpersonen. erlassjahr.de lebt vom ehrenamtlichen Engagement und der inhaltlichen und finanziellen Unterstützung der Mitträger und Unterstützer/innen.

Um Teil des deutschen Entschuldungsbündnisses erlassjahr.de zu werden, füllen Sie einfach das Formular aus und schicken Sie es per Post oder Fax an die Geschäftsstelle von erlassjahr.de.

Damit die finanziellen Lasten entsprechend den Möglichkeiten jeder einzelnen Mitträgerorganisation verteilt werden, ist der Mitträgerbeitrag gestaffelt.

Einzelunterstützer/in werden Sie schon ab 2 Euro im Monat! Mitträgerschaft und Einzelunterstützung sind jährlich kündbar.

Gemeinsam aktiv

Als Mitträgerorganisation oder Einzelunterstützer/in bietet erlassjahr.de Ihnen:

- Vertretung unseres gemeinsamen Interesses an fairen globalen Finanzbeziehungen in der deutschen und internationalen Politik,
- Unterstützung von Zivilgesellschaft in Schuldnerländern bei ihrem Einsatz für faire Entschuldung,
- Aktionen und Kampagnen,
- entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit, zum Beispiel Referent/innen für Veranstaltungen bei Ihnen vor Ort,
- aktuelle Informationen auf unserer Webseite, im monatlichen Newsletter, in den sozialen Medien und im jährlich erscheinenden Entschuldungskurier sowie
- Mitbestimmung auf unserer jährlichen Mitträgerversammlung.

SCHULDENREPORT 2017

eine gemeinsame Publikation von
erlassjahr.de - Entwicklung braucht Entschuldung e.V. und Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V.
www.erlassjahr.de www.misereor.de